

Gemeinsam gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus –

Für Demokratie, Vielfalt und Toleranz

Dokumentation der Konferenz, 24. und 25. Januar 2009
Abgeordnetenhaus Berlin
Niederkirchnerstraße 5, 10111 Berlin

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort

Programm

Begrüßung, Einleitung

Gregor Gysi
Carola Bluhm

Die extreme Rechte in Deutschland. Ausprägung, Ursachen, Potenziale

Richard Stöss

Wandlungen der extremen Rechten: Auftreten, Themen, Alltagspräsenz

Andrea Röpke

Rechtsextremismus.

Perspektiven aus dem Bund und aus Berlin

Ulla Jelpke
Marion Seeling

Die extreme Rechte in Parlamenten

Benno Hafener

Jugendarbeit gegen Rechts – Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen

Albert Scherr

Kein Platz für Schwarze und Juden – Fußball und die extreme Rechte

Gerd Dembowski

3 Alte und neue Förderprogramme gegen Rechtsextremismus – 4 Auf dem Weg zu Gesamtstrategien?

Lorenz Korgel

49

5 Pädagogische Interventionen: 9 Neue Lehrmaterialien zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus

Juliane Wetzel

51

11 Zustimmung mangels Alternativen – Kommunale Verankerung der extremen Rechten

Fritz Burschel

53

27

Populismus in Österreich

Sebastian Reinfeldt

58

35 Rechtliche Mittel für die politische 37 Auseinandersetzung mit rechtsextremen Strategien

Bianca Klose

63

39

Starker Staat gegen Nazis? Was bringen Verbote?

Martina Renner

65

42

46

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22 75 1170, Fax: 030/22 75 6128
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P.: Ulrich Maurer, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

**Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken
verwendet werden.**

1. Vorwort

Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus und der Einsatz für Demokratie, Vielfalt und Toleranz ist eine Aufgabe aller demokratischen Kräfte. DIE LINKE ist ein aktiver Part im Bündnis der Demokratinnen und Demokraten und in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten auf allen Ebenen: auf der Straße, im Parlament, in der gesellschaftlichen Debatte. Um diese Auseinandersetzung bestehen zu können ist es wichtig, sich mit der extremen Rechten selbst aber auch mit der Reflexion unserer antifaschistischen Arbeit zu befassen. Die Konferenz der Bundestagsfraktion DIE LINKE und der Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus von Berlin hatte genau dies zum Ziel: Sie sollte eine Analyse der gegenwärtigen Erscheinungsformen und Gefahren der extremen Rechten leisten und gleichzeitig Anregungen für den praktischen Kampf gegen Neofaschismus in Deutschland bieten. Der vorliegende Reader zur Konferenz, in dem noch einmal ein großer Teil der Referate und Vorträge abgedruckt wird, zeigt nach unserer Ansicht, dass der selbstgesteckte Anspruch der Konferenz eingelöst werden konnte. Von der analytischen Durchdringung der aktuellen Entwicklung der parteipolitische und nicht parteipolitisch organisierten extremen Rechten, über die Beschäftigung mit spezifischen Neuerungen der rechten Szene bis hin zur Frage der Gegenstrategien – alle diese Aspekte werden in den versammelten Texten behandelt und geben zahlreiche Anregungen.

Gerade die Beschäftigung mit der extremen Rechten verdeutlicht immer wieder, wie schnell sich hier Entwicklungen vollziehen, wie schnelllebig die Szene ist. So hat die NPD seit unserer Konferenz im Januar 2009 einen weiteren Finanzskandal erlebt und dennoch hat sich ihr Parteivorsitzender – über dessen Zukunft im Januar noch spekuliert werden konnte – zunächst gegen seine Widersacher durchgesetzt. Gleichzeitig ist mit der Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ) inzwischen eine wichtige Organisation der extremen Rechten verboten worden, wie es u.a. auch von der LINKEN gefordert wurde. Es kommt also für die politische Auseinandersetzung mit der extremen Rechten darauf an, die Wendungen und strategischen Wechsel der Szene im Blick zu behalten und gleichzeitig das ideologische Fundament aus Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus zu kennen, um wirksame Gegenstrategien zu entwickeln. Wir hoffen, dass wir mit der Dokumentation zahlreicher Vorträge der Konferenz einen Beitrag für diese Arbeit leisten können.

Mai 2009


Petra Pau


Ulla Jelpke

Programm

Beginn der Veranstaltung 24.1.2009, 10 Uhr

Ende der Veranstaltung 25.1.2009, 13 Uhr

Ort Abgeordnetenhaus Berlin, Niederkirchnerstraße 5, 10111 Berlin

Veranstalter Bundestagsfraktion DIE LINKE und die Fraktion DIE LINKE. im Abgeordnetenhaus Berlin

Hintergrund Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus und der Einsatz für Demokratie, Vielfalt und Toleranz ist eine Aufgabe aller demokratischen Kräfte. DIE LINKE ist ein aktiver Part im Bündnis der Demokraten und in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten auf allen Ebenen: auf der Straße, im Parlament, in der gesellschaftlichen Debatte. Um in dieser Auseinandersetzung bestehen zu können, ist es wichtig, sich mit der extremen Rechten selbst, aber auch mit der Reflexion unserer antifaschistischen Arbeit zu befassen. Die Konferenz hat genau dies zum Ziel: Sie soll eine Analyse der gegenwärtigen Erscheinungsformen und Gefahren der extremen Rechten leisten und gleichzeitig Anregungen für den praktischen Kampf gegen Neofaschismus in Deutschland bieten.

ABLAUF

Samstag, 24. Januar 2009, 10 - 10.15 Uhr

Grußwort von Walter Momper,
Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin
Begrüßung durch Gregor Gysi,
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. im Bundestag
Einleitung von Carola Bluhm, *Fraktionsvorsitzende DIE LINKE. im Abgeordnetenhaus von Berlin*

Teil I, 10.15 – 13 Uhr

Analyse der gegenwärtigen extremen Rechten

Die extreme Rechte in Deutschland. Ausprägung, Ursachen, Potenzial. Richard Stöss, *Professor für Politikwissenschaft, FU Berlin*
Wandlungen der extremen Rechten. Auftreten, Themen, Alltagspräsenz. Andrea Röpke, *Journalistin*

13 - 13.15 Uhr Rechtsextremismus - Perspektiven aus Berlin und dem Bund.

Ulla Jelpke, *Innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag*
Marion Seelig, *Innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Abgeordnetenhaus von Berlin*

Teil II, Parallele Workshops von 14.15 - 17.45 Uhr
14.15 -15.45 Uhr Zeitschiene 1, Workshops

I. Umgang mit Nazis in den Parlamenten
Strategien im Vergleich. Benno Hafener, *Professor für Pädagogik, Universität Marburg*
II. RechtsRock Musik als Transportmittel
extrem rechter Ideologie. Jan Raabe, *Autor zahlreicher Bücher zum Thema RechtsRock*

III. Jugendarbeit gegen rechts – Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen Konzept und Grenzen.
Albert Scherr, *Professor für Soziologie an der Pädagogischen Hochschule Freiburg*

IV. Crossover Autonome Nationalisten und Black Block. Ulli Jentsch, *antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum, apabiz*

V. Kein Platz für Schwarze und Juden Fußball und die extreme Rechte. Gerd Dembowski, Bündnis aktiver Fußballfans, BAFF und Cetin Özyaydin, *Türkiyemspor*

VI. Alte und neue Förderprogramme gegen Rechtsextremismus. Wie kann eine Gesamtstrategie gegen Rechtsextremismus formuliert werden?
Lorenz Korgel, *Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus des Berliner Senats*

16.15 - 17.45 Uhr Zeitschiene 2, Workshops

I. Pädagogische Interventionen Neue Lehrmaterialien zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus und NS-Vergangenheit. Juliane Wetzel, *Zentrum für Antisemitismusforschung, Berlin*

II. Kommunale Verankerung der extremen Rechten, Dominanzräume Beispiele aus der Provinz.
Fritz Burschel, *Journalist*

III. Starker Staat gegen Nazis? Was bringen Verbote?
Martina Renner, *Landesvorstand VVN Thüringen*

IV. Rechtliche Mittel für die politische Auseinandersetzung mit rechtsextremen Strategien. Bianca Klose, *Leiterin der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus (mbr), Berlin*

V. Rechtspopulismus - das Beispiel Österreich.
Sebastian Reinfeld, *Politikwissenschaftler, Wien*

Sonntag, 25. Januar 2009 Teil III 10.30 – 13 Uhr

Gemeinsam gegen Rechtsextremismus und für Demokratie
Von 1945 bis heute – Antifaschismus und Demokratie
Esther Bejarano, *Auschwitzkomitee, VVN-BdA*

Podiumsdebatte zum Thema »Engagement gegen Rechtsextremismus«

mit Maya Zehden, *Jüdischen Gemeinde in Berlin*, Andreas Köhn, *ver.di*; Heinz-Joachim Lohmann, *Superintendent des Kirchenkreises Wittstock-Ruppin*; Ulli Jentsch, *antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum (apabiz) Berlin*; Petra Pau, *Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, DIE LINKE.*; Heinz Vietze, *Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung*; Moderation: Frank Jansen, *Tagesspiegel*

Begrüßung, Einleitung

Gregor Gysi

Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. im Bundestag

Liebe Genossinnen und Genossen, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

Ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir in einer solchen Zeit eine solche Konferenz durchführen und ich hoffe, dass das nicht nur eine Form der Selbstbeschäftigung wird, sondern dass wir nachher Resultate und Ergebnisse haben, die unseren Kampf gegen den Rechtsextremismus vielleicht erleichtern, wir uns zum Teil auch ein bisschen neu orientieren und dass man sich über verschiedene Gesichtspunkte im Klaren wird. Wir haben es im Augenblick damit zu tun, dass die Erscheinungen des Rechtsextremismus zunehmen. Ich kann mir Rechtsextremismus ohne Rassismus und Antisemitismus gar nicht vorstellen. Deshalb gehören diese Phänomene meines Erachtens zusammen. In einer ganzen Reihe von europäischen Ländern, auch in Deutschland nimmt es zu. Die erste Frage ist: „Warum eigentlich? Was macht das für bestimmte Teile der Bevölkerung wieder irgendwie attraktiv?“ Ich glaube, das hängt u.a. mit der Frage zusammen, wie die Europäische Union gestaltet wird. Die Europäische Union ist ja politisch ökonomisch ein neues Instrument. Die Europäische Union ist auch dringend erforderlich, denn sie könnte die alten Kriege zwischen europäischen Staaten, wie wir sie aus dem letzten und vorletzten Jahrhundert und aus früheren Jahrhunderten kennen, aufheben und beseitigen. Die Europäische Union ist auch ökonomisch notwendig, weil sonst die Europäischen Staaten international weder gegenüber den USA noch gegenüber Japan oder China eine reale Chance hätten. Das Problem ist nur: Wird die Europäische Union so gestaltet, dass es Wohlfahrt für die Europäerinnen und Europäer bedeutet oder wird die Europäische Union so gestaltet, dass Rechte abnehmen, übrigens auch juristische und andere Rechte abnehmen, dass die Konkurrenz verschärft wird und dass sich somit die Bedingungen für die Menschen verschlechtern? In Deutschland und in anderen Ländern ist es gegenwärtig so, dass mit der Europäischen Union auch Ängste verbunden werden und diese Ängste nutzt der Rechtsextremismus, indem er den Leuten erklärt, dass der alte Nationalstaat besser funktioniert habe als die Europäische Union. Damit erreichst du auch den Bäckermeister, also auch die Mittelschicht, nicht etwa nur die Jugend. Damit erreichst du kleine Unternehmer etc. und das alles hat Folgen. Ergo sage ich: Es ist völlig korrekt und richtig, wenn wir die Art und Weise der Herausbildung der EU kritisieren, aber nicht etwa, weil wir gegen die EU sind, sondern weil wir eine EU wollen, die zu mehr Demokratie, zu mehr Rechten und zu mehr sozialer Wohlfahrt für die Menschen in ganz Europa führt. Das ist der andere Ansatz, den wir haben. In Europa oder man kann

sagen: In Europäischen Ländern – nicht nur in Europäischen Ländern – aber in allen Europäischen Ländern – gibt es auch Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus. Das ist erst einmal in Deutschland nichts Besonderes – leider. Man kann das in Frankreich erleben, man kann das in Holland erleben, man kann das auch in anderen Ländern erleben. Nun ist die Frage: Wieso ist es in Deutschland immer etwas Besonderes? Weil es zwischen 1933 und 1945 hier Regierungspolitik war? Nein, das gab es auch in anderen Europäischen Ländern. Der Unterschied ist allerdings ein Einzigartiger: In all diesen Ländern gab es Verbrechen, in all diesen Ländern wurden politisch anders Denkende verfolgt. Aber nur in einem einzigen Land wurde der Antisemitismus so weit getrieben, dass der Staat, die Regierung, die zuständigen Staatsbehörden planten, die europäischen Juden vollständig auszurotten. Das hat es nirgendwo anders gegeben. Und weil es das nirgendwo anders gegeben hat, reagieren wir alle und reagiert man auch in anderen Ländern auf Rechtsextremismus-Erscheinungen in Deutschland anders als in Frankreich, Belgien u.s.w. Das ist eine Tatsache, mit der sich jede Generation in Deutschland neu abfinden musste und die man nie vergessen darf. Mein Vater hatte immer eine schöne Formulierung, er sagte, er war bei den Nazis so gefährdet, weil er erstens Mitglied der kommunistischen Partei Deutschlands war, weil er zweitens eine jüdische Mutter hatte und weil er drittens Brillenträger war. Dann sagten die Leute immer: „Wieso Brillenträger?“ Dann sagte er: „Wieso das andere?“ Das war natürlich eine kleine Gemeinheit von ihm. Im Übrigen hat er mir erklärt, dass die Nazis Intellektuelle auch nicht mochten und insofern stimmte das auch mit der Brille. Trotzdem ist das eine Besonderheit, die wir nie vergessen dürfen, mit der wir uns auseinandersetzen müssen und weshalb wir aber die Dinge nicht gleichsetzen können, wenn sie in Frankreich, in Belgien, in Holland, in Großbritannien, Spanien, Portugal, oder auch in Osteuropäischen Ländern passieren. Das hat dazu geführt – ich habe das vor Kurzem gesagt –, dass meine Generation, diejenigen, die älter sind als ich und diejenigen, die zehn, zwanzig Jahre jünger sind als ich Hemmungen im Umgang mit bestimmten Themen haben. Wir sind verklemmt – alle. Denn wenn sich jemand kritisch zu Israel äußert, sagt er sofort dazu, dass er aber kein Antisemit sei, weil er sozusagen etwas befürchtet. Wenn sich jemand für Israel engagiert sagt er, dass hat aber nicht etwa mit dem Verbrechen der Deutschen zu tun, sondern es liegt daran, dass ... – also jeder versucht gleichzeitig für seine Begründung bzw. für seine Haltung eine Art Entschuldigung zu finden, was ich alles nachvollziehbar finde. Ich werfe das auch niemandem vor und ich kenne die Schwierigkeiten beim Umgang mit dem Thema seit ich überhaupt denken kann. Aber ich habe folgendes festgestellt: Die jetzt Zwanzigjährigen, die jetzt Achtzehn-, Neunzehnjährigen vollziehen hier einen Bruch. Sie überneh-

men das von unseren Generationen nicht mehr. Für sie ist das zu lange her. Sie wollen dazu ein ganz normales, ein eher natürliches Verhältnis aufbauen. Ich sehe das ganz gerne. Ich weiß überhaupt nicht, ob es funktioniert, aber ich will sagen, meine Generation darf ihre Beklemmungen nicht an die heute junge Generation übertragen. Dazu haben wir nicht das Recht. Wir können unsere Beklemmungen alle ausleben, das ist gar kein Problem, aber wir haben nicht das Recht, es auf die heute Achtzehn-, Neunzehn-, Zwanzigjährigen zu übertragen, sondern wir müssen zulassen, diese Generation dazu eine selbständige Entwicklung nehmen kann. Die Aufarbeitung der NS-Geschichte verlief in beiden Deutschen Staaten einseitig. Wenn ich mir irgendwo eine richtige Vereinigung gewünscht hätte, dann dort. In der DDR wurden sämtliche ökonomischen Ursachen der NS-Geschichte hervorragend aufgearbeitet aber die psychologischen überhaupt nicht, weil das mit den Fackelzügen der Einheitspartei und der Einheitsjugendorganisation zu schwer aufzuarbeiten war in der DDR. Ich muss denke ich nicht sagen, warum. In der Bundesrepublik hat man die psychologische Seite hervorragend aufgearbeitet, aber die ökonomische so gut wie nie, denn die Konzerne gab es ja alle wieder – auch klar. Da hab ich dann gesagt: Das hätte man doch mal vereinigen können. Die ökonomische Aufarbeitung, die psychologische, alles zusammen, Kultur und so weiter, wobei das natürlich alles nicht so einseitig ist. Ich weiß, dass es auch in der Bundesrepublik zur ökonomischen Seite etwas gab und ich weiß, dass es auch in der DDR zur psychologischen Seite etwas gab, aber ich wollte hier auf den Schwerpunkt hinweisen. Interessant ist auch, dass der Opfer der Naziherrschaft sehr unterschiedlich gedacht wurde. Es gab Opfer, denen wurde sowohl in der Bundesrepublik, als auch in der DDR gedacht. Dann gab es Opfer, die kamen in der Bundesrepublik so gut wie nicht vor, nämlich die kommunistischen. Die wurden dafür natürlich in der DDR stark betont, auch klar. Es stimmt übrigens auch nicht, dass die Leute vom 20. Juli nie geehrt wurden. Es gab immer eine Seite in der Tageszeitung Neues Deutschland, wo sie auch gewürdigt wurden. Daraus wurde natürlich nicht der Widerstand im Dritten Reiche, aber ein Widerstand im Dritten Reiche. Allerdings gab es auch Opfergruppen, die kamen in beiden Staaten zunächst nicht vor, die Homosexuellen – ganz klar, warum nicht, die blieben in der Sicht beider Staaten nach 1945 kriminell, also wurde ihrer nicht gedacht. Die Sinti und Roma, die bekamen ja keinen Staat und weil sie keinen Staat bekamen, gab es keine Regierung, die sich um sie kümmerte, also kümmerte sich niemand um sie. Beliebt waren sie auch nach 1945 nicht, also ließ man sie aus – und zwar in beiden Deutschen Staaten. Und dann, das ist das Interessanteste, die sowjetischen Kriegsgefangenen. Es gibt Bücher, da wird geschildert, dass die sowjetischen Kriegsgefangenen, die nach Auschwitz und in andere Konzentrationslager kamen, am allerschlimmsten behandelt wurden. Sie kamen in der DDR kaum vor, in der Bundesrepublik Deutschland auch nicht – auch interessant, warum. In der Bundesrepublik kamen sie

nicht vor, weil es einen tief sitzenden Antisowjetismus gab und man hatte überhaupt keine Absicht das zu schildern. Und durch die Art der Kriegsgefangenschaft wurde der Antisowjetismus noch genährt, dann war auch die Bevölkerung damit einverstanden, etc. In der DDR kam es nicht vor, weil Stalin nach 1945 alle, die im Krieg nicht erschossen wurden sondern sich in irgendeiner Form ergeben hatten und gefangen genommen wurden – auch wenn sie in ein Konzentrationslager kamen –, zu Verrätern erklärte, so dass die meisten wieder in Lager kamen. Deshalb wurden sie in der Erinnerung ausgelassen. So einfach war das und übel.

Nun sind wir natürlich einen Schritt weiter. Aber ich würde gerne, dass wir solche Dinge wirklich kritisch – und zwar in beiden Richtungen kritisch aufarbeiten. Das muss man wissen, wenn wir heute mit dem Thema umgehen. Nun haben wir aber einen zunehmenden Rechtsextremismus in Deutschland. Da gibt es Leute, die kann man nicht ändern, glaube ich. So ein Horst Mahler z.B.. Der hat ja eine sehr widersprüchliche Entwicklung. Das interessiert mich auch nicht, das will ich gar nicht analysieren. Dem könnte ich jetzt erzählen was ich will, der wird nie sagen nach einer halben Stunde: „Mensch, der Gysi hat ja recht, ich habe ja völligen Schwachsinn gedacht.“ Also das kann man vergessen. An den kommt man gar nicht ran. Das sollten wir also auch nicht versuchen.

Dann haben wir – ich habe davon gesprochen, wegen der EU – die Bäckermeister. Hier brauchen wir eine andere Politik für die Europäische Union, um Ängste abzubauen. Hätten wir zum Beispiel einen gesetzlichen Mindestlohn in ganz Deutschland von 8,71 EUR, wie wir das vorschlagen, hätte also niemand mehr Angst vor zu niedrigen Löhnen aufgrund der Europäischen Union. Es wüsste also jede und jeder: Es gibt genügend Sicherheit und wir organisieren die Europäische Union so, dass andere sich schneller nach oben entwickeln, aber wir uns nicht nach unten entwickeln, sondern wir uns auch nach oben entwickeln. Deshalb arbeiten wir ja an diesen Themen. Aber nun komme ich zur Jugend. Ich sage: „Was reizt Teile der Jugend am Rechtsextremismus?“ Und da müssen wir uns Gedanken machen, weil es hier überhaupt nicht reicht, dass wir uns hinstellen und sagen: „Wir sind dagegen.“ Ja, wunderbar, dann sind wir dagegen, und? Die sind aber dafür. Was machen wir dagegen? Dazu müssen wir analysieren, was geht in deren Köpfen eigentlich vor?

Das Eine ist: Wir haben rechtsextreme Szenen, und zwar gerade in den neuen Bundesländern. Ich sage auch noch etwas zu den alten Bundesländern. Szenen bedeutet, du wohnst in irgendeinem Neubauviertel und in diesem Neubauviertel ist die Jugend links organisiert und wie es sich für Jugendliche gehört, etwas extrem. Dann hast du zwei Wahlmöglichkeiten, entweder du nimmst am Jugendleben teil, dann musst du links werden oder du verzichtest auf ein Jugendleben. In dem anderen Neubaugebiet ist aber eine Szene, die ist rechtsextrem. Da hast du auch zwei Möglich-

keiten, entweder du nimmst am Jugendleben teil oder du verzichtest darauf. Wenn du aber teilnimmst, dann nimmst du an einer rechtsextremen Szene teil. Was machen wir dagegen? Warum schauen wir nur zu? Warum achten wir nicht darauf, welche Szenen in welchen Vierteln entstehen? Hier müssen wir alle – nicht etwa nur unsere Partei – wirklich aktiv eingreifen. Denn wenn die Szene einmal entstanden ist, wird es wahnsinnig schwer, etwas dagegen zu unternehmen. Das ist das eine.

Das Zweite: Es gibt soziale Verwerfungen. Da die in den neuen Bundesländern deutlich schlimmer sind als in den alten Bundesländern, lassen sich junge Leute in den neuen Bundesländern leichter gewinnen. Das ändert sich. Leider vereinigen wir uns auf dieser Strecke, denn die rechtsextreme Jugend – in Bayern etc. – in anderen Ländern nimmt deutlich zu. Aber diese Art der Vereinigung will ich nicht. Ich möchte eigentlich die umgekehrte, dass das überall deutlich abnimmt. Aber es ist anders. Trotzdem sind die sozialen Verwerfungen im Osten gravierender: Weniger Ausbildungsplätze, weniger Chancen für Jugendliche und kaum Einrichtungen für Jugendliche, da hier vieles geschlossen wurde.

Das Zweite, was man in diesem Zusammenhang sehen muss und was mich auch beschäftigt ist, dass viele Jugendliche keinen Halt haben. Sie haben auch in ihren Eltern und Großeltern keinen wirklichen Halt. Wir dürfen nicht unterschätzen, was der Wandel, die Wende, die Veränderungen von 1989/1990 für die Jugend und die nächste Jugend bedeuten. Ich bringe mal folgendes Beispiel: Da hast du Eltern, die haben ein Kind, das ist damals vielleicht zehn Jahre alt. Dieses Kind geht zur Schule, der Vater ist in der SED, erklärt dem Kind immer warum Honecker viel besser ist als Kohl. Dann kommt die Wende, dann sagt der Vater, er dachte immer schon, dass Kohl besser ist als Honecker. Er ist ja schon ausgetreten, er geht einen anderen Weg und dieses Kind verliert jeden Respekt vor den Eltern. Das darf man nicht unterschätzen. Jetzt ist die Frage: Wer kommt zu diesem Kind? Wer gibt diesem Kind Halt, auch politisch? Darauf haben wir zu wenig geachtet, denn wir waren ja auch in einem Grad mit uns selbst beschäftigt, dass wir kaum darauf achten konnten. Ich habe eine hoch interessante Studie gelesen, die fand ich ganz witzig. Da stand drin, dass die Kinder von SED-Mitgliedern, die in der PDS blieben, allesamt erklärten, dass ihre Eltern zwar einen leichten Knall haben, aber sie mochten. Es hat für sie keinen Bruch gegeben. Sie entwickelten einen gewissen Respekt vor ihren Eltern. Das funktioniert auch, wenn sie vorher schon ihren Kindern erzählt haben, dass sie daran nicht glauben, weil es auch kein Bruch war. Aber da wo der Bruch gegenüber den Kindern vollzogen wurde, da haben die Kinder das nicht nachvollzogen, mit interessanten Folgen für deren Halt. Ich wollte einmal auf dieses spezifische Moment hinweisen, das liegt jetzt 18, 19 Jahre zurück, trotzdem ist es interessant sich das zu vergegenwärtigen. Das dritte Moment: Rechtsextremismus bietet etwas an, was weder Liberale noch vernünftige

Konservative, weder Grüne noch Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und auch die Linken nicht anbieten können. Das ist ein schwerwiegendes Problem. Ich habe dafür keine Lösung. Sie bieten Selbstbewusstsein zum Nulltarif an, ohne jede Leistung. Also was sagen wir jungen Leuten? Wir sagen, wenn du gut in der Schule bist, wenn du etwas Tolles in der Kultur machst, wenn du gut im Sport bist oder weiß ich was, dann entwickelt sich dein Selbstbewusstsein. Was sagt der Rechtsextremismus? Der sagt, du bist mehr wert als Milliarden Menschen auf der Erde, nur weil du als Deutscher geboren bist. „Zack“. Du kannst ein Selbstbewusstsein haben gegenüber allen Polinnen und Polen, gegenüber allen Russinnen und Russen, gegenüber allen Chinesinnen und Chinesen – du bist mehr wert. Da hast du noch gar nichts gemacht. So etwas haben wir nicht zu bieten. So etwas wollen wir ja auch nicht bieten. Ergo müssen wir uns aber etwas ganz anderen überlegen. Wir müssen uns nämlich überlegen, wie wir jungen Leuten zu Selbstvertrauen verhelfen, zu Selbstbewusstsein verhelfen, möglichst zügig, ohne natürlich eine solche Komponente zu bedienen. Aber wir müssen wissen, dass der Rechtsextremismus das macht und dass das gerade für Kinder, die nicht gut sind in der Schule, für Jugendliche, die etwas schlicht sind in ihrem Gemüt, für Jugendliche, die auch gar nicht glauben, dass sie besondere Leistungen vollbringen werden, ein Top-Angebot ist! Jetzt sage ich etwas, was mir Ihre Kritik einbringen wird. Ich versuche es auch so vorsichtig wie möglich zu formulieren, um nicht missverstanden zu werden. Natürlich gibt es strukturell – nicht inhaltlich, nicht politisch, damit ich nicht falsch verstanden werde – eine gewisse Ähnlichkeit zu bestimmten Erscheinungen in der DDR und zwar in folgender Hinsicht: Es gibt für die eine Organisation einen Chef der Ihnen die Ideologie erklärt und es gibt eine Kameraderie, die man auch als Solidarität missverstehen kann. Das würde aber nicht genügen. Da kannst du noch an die FDJ-Gruppe denken. Jetzt kommt der gravierende Unterschied und der macht den Rechtsextremismus für Jugendliche so reizvoll: Dass man nur als Rechtsextremer in vollständiger Opposition zur DDR und zur BRD steht. Das kriegst du ja ansonsten nicht hin. Entweder bist du so ein bisschen solidarisch mit der DDR und gegen die BRD oder du bist stur gegen die DDR und findest daher die BRD so im Kern ganz gut, natürlich mit gewisser Kritik. Aber dass du sagen kannst: „Ich habe mit diesen beiden Staaten gar nichts zu tun“, das kannst du nur als Rechtsextremer. Das ist ein Reiz, weil das einen hohen Grad an Opposition darstellt zur Geschichte und zur Gegenwart. Nicht in Opposition zur längst vergangenen Geschichte, die ja für diese jungen Leute eher eine abstrakte Größe ist. Ich sage das auch nur deshalb, damit wir uns darüber im Klaren sind und damit wir uns überlegen, was man gegen all diese Erscheinungen tun kann, wenn man da einbrechen will.

In NRW hatte meine Partei einmal eine Veranstaltung mit mir organisiert und ich ging da hin und wir wussten gar nicht, dass das die einzige Hochburg der Republikaner war in NRW. Dann stand ich da und

machte meine einleitenden Bemerkungen. Die waren auch alle ganz nett, aber ich merkte, ich komme hier überhaupt nicht an, das hatte ja überhaupt keinen Sinn. Dann kamen die ersten Argumente aus dem Publikum und ich merkte, wo ich hingeraten war. In diesem Moment machte ich eine Sache – die meisten von Ihnen würde sich das wahrscheinlich nicht trauen, weil Sie das als ein unzulässiges Argument ansehen, aber ich machte es trotzdem und ich erzähle es, weil es interessant war von den Folgen her: Ich sagte: „Gut, ich würde Ihnen jetzt gerne mal einen Moment entgegenkommen und hätte dann eine Frage an Sie hier alle. Also, nehmen wir mal an, Ihre Vorstellungen gingen in Erfüllung, ab nächsten Montag gibt es keine einzige Ausländerin und keinen einzigen Ausländer mehr in Deutschland. Ich lass jetzt mal weg, dass unser ganzes Steuersystem zusammenbräche, unser Sozialsystem zusammenbräche, ich lasse das mal alles weg und gehe noch weiter mit Ihnen und sage, gut, wir hätten dann 100 Millionen Euro, oder damals Mark, mehr. Also, das ist ja Ihre Vorstellung. Ich habe eine einzige Frage. Wie kommen Sie darauf, dass Sie davon eine Mark abbekommen? Also ich wahrscheinlich, die werden ein bisschen die Diäten erhöhen, das kann ich mir vorstellen, aber wie kommen Sie darauf, dass Sie etwas davon erhalten?“ Das war ein Kippen im Saal, weil die ja immer genährt waren mit dem Argument, die Ausländer kosten Geld und wenn die weg sind, gibt es mehr für sie und ich stellte plötzlich eine Frage, die etwas mit oben und unten zu tun hatte und nichts mit deinem türkischen Nachbarn oder mit deinem asiatischen Gemüsehändler. Plötzlich ging ein Murren im Saal rum, da saßen ja viele Wählerinnen und Wähler, die sich das offenbar noch nie überlegt hatten und die an dieser Frage richtig knackten. In diesem Moment kamen die Funktionäre der Partei und rannten an die Mikros und veranstalteten eine wüste ideologische Hetze gegen mich, so dass ich dann wirklich sehr schnell abfuhr, weil ich dachte, sonst komme ich gar nicht mehr zum Fahren, weil eine solche Aggressivität entstand. Aber da merkten sie, dass ihnen etwas wegrutscht. Ich schildere das nur aus einem Grund, man kann sie nur bekämpfen, wenn man ihre Logik versteht, also es versucht und sie dann natürlich vehement angeht und bekämpft;

aber indem man ihnen ein Stück entgegenkommt, damit sie erstmal mit dem Gedanken mitgehen, aber dann muss man die Sache natürlich kippen. Aber er muss rechtzeitig und gründlich kippen, sonst geht es natürlich völlig daneben. Mit anderen Worten, ich habe ihnen natürlich auch noch gesagt, dass alles was sie erzählen völliger Blödsinn ist. Wenn sie glauben, ihre soziale Situation verbessern zu müssen, dann müssen wir das Verhältnis zwischen reich und arm verändern, dann müssen wir das Verhältnis zwischen oben und unten verändern, ihr Hass gegen ihre Nachbarn, ihre Kollegen aus anderen Ländern, ist völlig daneben. Davon hätten sie nicht mal etwas, abgesehen davon, dass es völlig inhuman ist, etc. Ich glaube, dass das wichtig ist.

Als Letztes lassen sie mich noch einen Punkt ansprechen: Dass der Rechtsextremismus zunimmt, ist ein Problem, also müssen wir etwas dagegen tun. Aber wir dürfen eine Seite nicht vergessen. Was ist der Unterschied zur der Zeit – es gibt viele Unterschiede – vor 1933? Der Unterschied ist, dass die großen Konzerne und die großen Banken, was wir auch immer kritisch über sie sagen, an einem engen Rassismus, an einem engen Antisemitismus nicht interessiert sind, und zwar deshalb nicht interessiert sind, weil sie nicht mehr den Schutz des Binnenmarktes brauchen wie die großen Konzerne vor 1933, sondern sie sind inzwischen international organisiert. Übrigens, zum Teil internationaler als die Linke, wenn ich das mal ganz nebenbei leicht kritisch bemerken darf. Das ist natürlich wichtig zu wissen, weil es die Harzburger Front in dieser Form nicht geben kann. Aber wir dürfen die kleinen Unternehmen u.s.w. nicht vergessen – was ich vorhin zur EU gesagt habe. Ich möchte also, dass wir eine Konferenz durchführen, wo wir zum Teil schonungslos analysieren, wo wir uns überlegen, was macht die attraktiv? Und wo wir darüber nachdenken, was können wir wirksam gemeinsam mit anderen Kräften, mit Kirchen, mit Gewerkschaften, mit anderen Parteien, dagegen tun? Denn nur wenn wir das gemeinsam machen, ist es von Erfolg gekrönt.

Schönen Dank, in diesem Sinne.

Carola Bluhm

Fraktionsvorsitzende DIE LINKE. im Abgeordnetenhaus von Berlin

Im Vergleich zu anderen Bundesländern ist der organisierte Rechtsextremismus in Berlin nicht allzu stark verankert. Im Vergleich zu Sachsen oder Mecklenburg-Vorpommern haben wir eher geringe Probleme. Mehrere Studien belegen, dass Berlin das Bundesland mit der am wenigsten ausländerfeindlichen Bevölkerung ist.

Das klingt zunächst einmal gut. Andererseits vergeht aber auch in Berlin keine Woche ohne ausländerfeindlichen oder antisemitischen Übergriff. Die gleichen Studien, die Berlin im Vergleich mit anderen Bundesländern so gut aussehen lässt, weisen aber für Berlin bei über 36 % der Bevölkerung ausländerfeindliche Einstellungen nach. Ein geschlossenes rechtsextrêmes Weltbild haben ca. 6% der Berlinerinnen und Berliner.

Berlin kommt also deshalb so gut weg, weil in den anderen Bundesländern noch katastrophalere Befunde zu Tage gefördert wurden. Das ist die schlechte Nachricht.

Lange Zeit gab es keine Strategie gegen den Rechtsextremismus: die öffentliche und die politische Debatte war geprägt von Unkenntnis und Verharmlosung: Wenn überhaupt war die größte politische Sorge beim Thema Rechtsextremismus das Ansehen Deutschlands im Ausland. Die Opferperspektive spielte eine Nebenrolle. Rechtsextremismus in der Nachbarschaft wurde als Jugendproblem betrachtet, das sich verwächst, wer drüber redet wertet Nazis nur auf: Das waren die gängigen Argumentationsmuster der 90er Jahre. Mittlerweile ist mehrfach wissenschaftlich belegt, Rechtsextreme Einstellungsmuster existieren bis in die Mitte der Gesellschaft. Rechtsextreme Schläger sind nur der widerlichste sichtbare Ausdruck des Problems.

Repression gegen rechte Straftäter ist sicher richtig und sinnvoll, Bekämpfung von Rechtsextremismus setzt aber weiter an und orientiert auf die Zivilgesellschaft.

Darüber müssen wir reden. Demokratie wird nicht durch wegsehen und schweigen verteidigt, und auch nicht durch einen starken Staat. Nur offensives Thematisieren, Aufklären und Bekämpfen von Rassismus, Antisemitismus und rechtsextremen Einstellungen im Alltag, im Kiez, in der Schule im Betrieb kann eine Gesellschaft auf lange Sicht gegen den braunen Spuk immunisieren. Nur aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger können ihr demokratisches Gemeinwesen wirklich nachhaltig gegen Feinde der Demokratie verteidigen.

In Berlin, in der rot-roten Koalition, haben wir eine Landeskonzeption gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus durchgesetzt. Mit der neuen Landeskonzeption nimmt die rot-rote Koalition und

der Senat das gesamte Problemfeld des Rechtsextremismus in den Blick. Unter der Federführung unserer Senatorin Heidi Knaake-Werner waren alle Senatsverwaltungen aufgefordert ihren Beitrag zu liefern und das Ergebnis ist bemerkenswert. Entstanden ist eine Gesamtstrategie gegen Rechtsextremismus, die bundesweit einmalig ist. Für die Förderung von Projekten stehen in diesem Jahr 2,1 Millionen Euro bereit, davon sind 1,8 Millionen Landesmittel.

Dazu gehören Programme zur Förderung des Demokratieverständnisses in den Schulen und zur Weiterbildung für Lehrer in der Auseinandersetzung mit rechtsextremem Gedankengut ebenso wie Sportprojekte. Eine aktive Antidiskriminierungspolitik, eine enge Verzahnung der Landeskonzeption mit den Projekten des Integrationskonzeptes gehören ebenso dazu, wie die konsequente Verfolgung von Straftaten.

Um aber den Wert dieser Landeskonzeption richtig einordnen zu können, sollte man sich kurz an das Jahr 2006 erinnern. Während wir in Koalitionsverhandlungen in Berlin saßen, tobte auf der Bundesebene ein Streit um die Förderpolitik für Projekte gegen Rechtsextremismus. Das Civitas-Bundesprogramm, über das zum Beispiel die überaus erfolgreichen Mobilien Beratungsteams in Ostdeutschland entwickelt und mit finanziert wurden, wurde beendet: Die Strukturprojekte gegen Rechtsextremismus standen vor dem Aus. Die Union wollte alles durch ein neues Jugendprogramm ersetzen. Und damit die MBTs und die Opferberatung sterben lassen. Eine - vermutlich ideologisch begründete - Dummheit ersten Ranges.

Der SPD im Bund ist zu attestieren, dass sie sich ernsthaft eingesetzt hat die Strukturprojekte zu retten. Richtig durchsetzen konnte sie sich damit leider nicht. Es war also an Rot-Rot in Berlin die Strukturprojekte gegen Rechtsextremismus, mbr, reach out und andere auch als Strukturprojekte nachhaltig zu sichern, finanziell vernünftig auszustatten und in gewissen Bereichen sogar auszubauen. Das ist in der Landeskonzeption gelungen. Wer Prävention und Nachhaltigkeit im Kampf gegen Rechtsextremismus haben will, der muss auch die richtigen Strukturen stärken. Das ist eine der großen Leistungen im Rahmen dieser neuen Landeskonzeption.

Wesentlich und neu, neben der Bündelung der verschiedenen Projekte und Programme, ist der fachliche Austausch, die Diskussion über die strategische Ausrichtung der Programme im Beratungsnetzwerk. Hier sitzen die NGOs, und die Verwaltung zusammen. Wesentlich und Neu ist auch der Ratschlag für Demokratie: Hier geht es um die Aktivierung der Stadtgesellschaft.

Chefredakteure, Gewerkschafterinnen, Kirchenvertreter, Unternehmer, Türkischer Bund, Jüdische Gemeinde und viele andere mehr haben sich bereit erklärt in Form von Kampagnen, Veranstaltungen und sonstigen Aktionen Signalwirkung für ein demokratisches und vielfältiges Berlin zu initiieren. Örtliche Initiativen sol-

len öffentlich unterstützt werden und die Stadtgesellschaft gegen Rechtsextremismus mobilisiert werden.

Wir sind in Berlin gegen Rechtsextremismus vergleichsweise gut aufgestellt; das sollte uns aber nicht allzu sehr beruhigen. Ich will mir nicht ausmalen, was passieren würde wenn die vielen kleinen Initiativen, die Bündnisse gegen Rechts, die vielen Bürgerinnen und Bürger die sich tagtäglich gegen Rechtsextremismus engagieren, - sei es aus Zeitmangel, oder einfach aus Resignation, - ihre Arbeit einstellen würden. Der Staat kann diese Arbeit nicht ersetzen. Er kann sie aber fördern oder behindern.

Zwei Beispiele: Am 8.Mai 2005 hat Berlin im Kampf gegen Naziaufmärsche neue Standards gesetzt: Tausende Menschen blockierten die Nazis auf der Schlossbrücke. Die Berliner Polizei verzichtete darauf den Naziaufmarsch gewaltsam durchzusetzen. Diesem Beispiel wurde daraufhin vereinzelt aber erfolgreich in anderen Bundesländern gefolgt. Andererseits versucht die Berliner Kameradschaftsszene jedes Jahr im Dezember zu demonstrieren. Zuerst in Treptow-Köpenick, dann in Richtung Rudow und am 6.12.2008 in Lichtenberg. Es gibt ein breites Bündnis gegen den Naziaufmarsch. Da der Nazi-Aufmarsch nicht einfach verboten werden kann, gibt es eine Reihe fantasievol-ler Aktionen aus der Zivilgesellschaft um den Nazis zu zeigen, dass sie im Bezirk unerwünscht sind. Unter

anderem auch durch vereinzelte friedliche Blockadeversuche des Naziaufmarsches. In den vergangenen Jahren scheint die Kooperationsbereitschaft der Berliner Polizei mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren, aber auch den BezirksbürgermeisterInnen, stark abzunehmen.

Der von uns stark kritisierte Polizeieinsatz am 6.12. ist ein trauriger Beleg dafür. Statt antifaschistischen Protest zu fördern und Raum zu geben, wurde er behindert und stigmatisiert. Manch einer hat uns gefragt: „Ihr seid doch an der Regierung, wieso habt ihr das nicht verhindert?“

Wenn es so einfach wäre, bräuchten wir keine Konferenzen mehr wie diese.

Ich kann euch versichern, dass wir entschlossen daran arbeiten, dass sich die Berliner Polizei wieder an der Strategie am 8.Mai 2005 orientiert und nicht der Taktik vom 6.12.2008.

Das Beispiel soll zeigen, Es gibt noch Einiges zu tun. Zivilcourage ist die wichtigste Ressource im Kampf gegen Rechtsextremismus. Wir sollten diese Ressource, und die Menschen und Gruppen die sie tragen, fördern wo wir nur können. Dem Austausch darüber und über Strategien, zivilgesellschaftliche und staatliche, soll diese Konferenz dienen.

Die extreme Rechte in Deutschland. Ausprägung, Ursachen, Potenziale

Richard Stöss

Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie ebenfalls. Ich bedanke mich für die Einladung und für die freundliche Begrüßung und für die Vorstellung von Herrn Schirdewan. Ich möchte Ihnen jetzt keinen ausführlichen Überblick über die gegenwärtige Lage des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik geben. Ich gehe davon aus, dass die meisten von Ihnen insofern informiert sind, dass ich mir das ersparen kann. Es geht mir dagegen um einige besonders wichtige Entwicklungstendenzen bzw. Erscheinungsformen im Bereich des organisierten Rechtsextremismus und im Bereich der rechtsextremen Einstellung. Ich will insgesamt vier Punkte ausführen und beginne mit der Mitgliederentwicklung.

Zahlen und Fakten zur extremen Rechten

In Tabelle 1 [ein Auszug der präsentierten Tabellen findet sich am Ende dieses Beitrags] sehen Sie die amtlichen Daten der Verfassungsschutzämter. Sie können ohne Schwierigkeiten erkennen, dass die Mitgliederentwicklung sich wellenförmig vollzieht. Es gibt drei Wellen, die Sie im Übrigen auch im Wahlverhalten feststellen könnten, was ich jetzt jedoch nicht ausführen will. Die erste Welle ist der Nachkriegs-Rechtsextremismus. Die zweite Welle ist die Erfolgsphase der NPD 1966 bis 1969. Die dritte Welle ist dann der – wie häufig gesagt wird – Neu-Rechtsextremismus, dessen Spezifikum darin liegt, dass es ein gesamteuropäisches Phänomen ist. Also, zunächst ein westeuropäisches, dann nach den Umbrüchen in Osteuropa, auch ein osteuropäisches Phänomen, bei dem man sagen kann, dass nicht nur die Erscheinungsformen, sondern auch die Ursachen weithin identisch sind. Dieser „neue“ Rechtsextremismus geht dann über in einen gesamtdeutschen Rechtsextremismus. Sie können ohne Schwierigkeiten erkennen: 1993 war ein Höhepunkt, seitdem gibt es einen Abwärtstrend. Bei den Daten können Sie sehen, dass seit 1993 ein deutlicher Rückgang oder ein deutlicher Abwärtstrend zu erkennen ist. 1993 waren es noch ungefähr 65.000 registrierte Mitglieder des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik insgesamt. 2007 waren es nur noch 31.000. Wenn man 6.000 „REP's“ dazuzählt (die seit 2007 von den Verfassungsschutzämtern nicht mehr dem Rechtsextremismus zugeschlagen werden), wären das noch 37.000. Also, immerhin ein Rückgang um fast die Hälfte. Nun könnte ja dadurch der Eindruck entstehen, dass der Rechtsextremismus, die Gefahr des Rechtsextremismus, rückläufig ist.

Ich will Ihnen im Folgenden zeigen – das ist mein erster Punkt –, dass dieser Eindruck beim genaueren Hinsehen falsch ist. Deswegen splitte ich mal die Mitgliederentwicklung etwas auf. Sie können sehen, dass der Mitgliederrückgang sich eigentlich nur im Westen vollzieht. Das ist die obere, die rote Linie. Während die Entwicklung des Rechtsextremismus im Osten

mehr oder weniger konstant ist. Das unterschiedliche Niveau beruht auf der Tatsache, dass in Ostdeutschland nur rund ein Sechstel der Bevölkerung der Bundesrepublik insgesamt lebt.

Im zweiten Schritt teile ich das jetzt noch einmal auf zwischen den einzelnen Parteien. Sie sehen, dass die Republikaner dramatisch an Mitgliedern in der Zeit verlieren, die ich jetzt hier betrachte, eben seit 1993. Also, seit der Hochphase geht das runter von 23.000 auf 6.000 Mitglieder. Das ist immerhin ein Verlust von 17.000 Mitgliedern. In der Kurve für die DVU sehen Sie einen Mitgliederrückgang von 26.000 auf 7.000. Das ist ein Minus von 19.000 Mitgliedern. Und schließlich können Sie in der blauen Kurve sehen, dass die NPD als einzige dieser drei Parteien ein Zuwachs hat. Der ist nicht überwältigend, aber immerhin von 5.000 Mitgliedern im Jahr 1993 auf 7.200 Mitglieder im Jahr 2007. Das bedeutet auch, dass die NPD die stärkste der drei rechtsextremen Parteien ist und bei den Mitgliederzahlen die Republikaner und die DVU überrundet hat. Wenn Sie da noch einmal genau hingucken werden Sie sehen, dass wir zunächst bei der NPD einen Abwärtstrend haben, der so ungefähr bis 1996 ging. In dieser Zeit hat sich innerhalb der NPD einiges verändert. Udo Voigt als neuer Parteivorsitzender hat eine programmatische und eine strategische Wende eingeläutet. Programmatisch: im Wesentlichen die Betonung der sozialen Frage – die Verbindung von nationaler und sozialer Frage. Zweitens, bündnisstrategisch im sogenannten Deutschlandpakt, wo Voigt gesagt hat: ‚Wir müssen ein Bündnis mit den übrigen rechtsextremen Parteien – dabei handelt es sich vor allen Dingen um die DVU, dann aber auch mit den sogenannten freien Kräften – also im Wesentlichen Kameradschaften, Neonazis usw. schmieden.‘ Dieser Einfluss ist mittlerweile so stark geworden, dass man, verbunden mit dem programmatischen Wandel hin zu einem „nationalen Sozialismus“, davon sprechen kann, dass die NPD im Wesentlichen oder überwiegend eine neonazistische Partei ist. Die NPD ist also mittlerweile die stärkste der rechtsextremen Parteien und damit das Gravitationsfeld innerhalb des Rechtsextremismus.

In der nächsten Grafik sehen wir uns die Mitgliederentwicklung der NPD seit 1964 an. Da kann man sehen, dass in historischer Perspektive heute der Mitgliederstand vergleichsweise gering ist. Ende der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts hatte die NPD noch knapp 30.000 Mitglieder. Der Unterschied zwischen damals und heute, ist mir dabei wichtig. Deswegen weise ich noch einmal darauf hin. Damals war die NPD eine überwiegend deutschnationale Partei und konnte eben auch Brücken ins konservative Lager schlagen. Das hat sich vor allen Dingen bei Wahlen bemerkbar gemacht. Zwischen 1966 und 1969 ist die NPD in sieben westdeutsche Landtage eingezogen und hatte sogar bei der Bundestagswahl 1969 4,3 %

erreicht – wäre also fast in den Deutschen Bundestag eingezogen. Heute, als neonazistische Partei, ist der NPD diese Brücke ins konservative Lager weithin versagt. Durch die Zusammenarbeit mit den sogenannten freien Kräften, mit den Neonazis, hat sie auch kaum Expansionschancen im Vergleich eben zu den früheren Mitgliederzahlen. Sie hat auch kaum Expansionschancen bei Wahlen. Nun ist ja sehr viel von einer Strategie der Verbürgerlichung der NPD die Rede. Aber ich glaube, dass derartige Meldungen im Großen und Ganzen maßlos übertrieben sind. Man muss bedenken, dass wenn die NPD bundesweit über die Fünf-Prozent-Hürde kommen wollte oder sollte, sie etwa 2,5 Millionen Stimmen erreichen müsste. Das ist nur im Bündnis mit den sogenannten freien Kräften kaum zu realisieren. Ich glaube, dass dieses Problem auch hinter dem gegenwärtig ablaufenden Konflikt innerhalb der Führungsgruppe der NPD steht. Da geht es darum: Wer wird der nächste Parteivorsitzende? Da geht es zwar nicht nur um strategische Fragen in diesem Konflikt, aber es geht eben auch um die strategische Frage: Wie kann die NPD eigentlich expandieren? Ist es dazu notwendig, im Bereich der freien Kräfte, der rechtsextremen Subkultur, der Skinheads Zulauf zu erringen oder aber ist die Chance, diese 2,5 Millionen Stimmen zu erreichen, nur dadurch realisierbar, dass man sich eben auch dem Konservativen gegenüber öffnet? Was bedeuten würde, dass man sich gegenüber den Neonazis abschottet oder abgrenzt. Die erste Kurve ist noch einmal die NPD. Das ist jetzt ein bisschen auseinandergezogen und deswegen sind die Ausschläge größer, aber der Effekt ist derselbe. Bei der NPD sehen Sie noch einmal die rote Linie. Es geht also hoch von 1993 bis 2007 von 5.000 auf 7.200 Mitglieder. Da haben Sie auch noch einmal die wellenmäßige Bewegung Anfang 2000, 2001. Da ist dahinter ein kleiner Rückgang, das hat etwas mit dem Verbotverfahren zu tun, geht danach aber wieder hoch. Die zweite Linie, die sonstigen rechtsextremen Gruppierungen, sind im Wesentlichen die Kameradschaften und die freien Kräfte. Da sehen Sie auch einen leichten Anstieg: von 5.000 auf ungefähr 7.000 Mitgliedern. Am stärksten nehmen aber die sogenannten Subkulturen, das sind die rechtsextremen Skinheads, zu, nämlich von knapp 6.000 auf 10.000 Mitgliedern. Das heißt also, wir haben gegenläufige Entwicklungen innerhalb des Rechtsextremismus.

Wenn man jetzt meiner These folgt, die besagt: „Die NPD ist mittlerweile eine neonazistische Partei, also eine offen systemfeindliche Partei“, dann können wir uns jetzt einmal anschauen wie sich eigentlich die systemfeindlichen Kräfte innerhalb dieser Zeit entwickelt haben. Hier sehen Sie, dass bei einer isolierten Betrachtung der systemfeindliche Kräfte betrachtung, deren Anteil am Personenpotential deutlich zunimmt – nämlich von etwas über 10 % auf rund 45 %. Das hat natürlich damit zu tun, dass der Gesamtanteil, die Gesamtzahl der Mitglieder, rückläufig ist. Wenn man jetzt noch ab 1997 – also seit der „Voigt’schen“ strategischen und programmatischen Wende – da auch noch die NPD draufsattelt, dann haben Sie einen Anstieg von 10 %, 1993 auf mittlerweile 70 %. Mit anderen

Worten: hier findet ein dramatischer Wandel statt. Wir dürfen nicht nur sehen, dass die Mitgliederzahlen zurückgehen, sondern das Ganze wird a) systemfeindlicher und b) haben die bekannt gewordenen, die ermittelten, die registrierten Straftaten in der letzten Zeit dramatisch zugenommen.

Das heißt, wir haben eine rückläufige Zahl an Rechtsextremisten, jedenfalls an erfassten Rechtsextremisten, von den Verfassungsschutzämtern erfassten Rechtsextremisten. Aber Systemfeindschaft und Gewaltbereitschaft haben dramatisch zugenommen. Das ist mein erster Punkt.

Verbreitung rechtsextremer Einstellungsmuster

Als zweites möchte ich Ihnen etwas über die rechtsextremen Einstellungen sagen.

Das ist ein riesiges Problem, weil sie unablässig in den Medien Daten über die Verbreitung von rechtsextremen Einstellungen lesen. Es ist auch sehr unterschiedlich, was da mitgeteilt wird. Deswegen will ich Ihnen zuerst einmal sagen, wie wir das messen, damit Sie wissen: Wie komme ich überhaupt zu den Zahlen, die ich darstelle? Wir sagen: Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster. Das knüpft an das an, was Herr Gysi vorhin gesagt hat, meiner Meinung nach völlig zu Recht gesagt hat: Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster. Das hat mehrere unterschiedliche Dimensionen. Da haben wir einmal die Dimension „Befürworter einer rechten Diktatur“. Das sind so ein bisschen sozialwissenschaftlich umständliche Formulierungen. Es geht um politischen Autoritarismus. Da wird also ein autoritäres politisches System gewünscht. Das Zweite ist ein chauvinistischer Nationalismus, weil wir sagen: „Okay, es kann auch ein Nationalismus geben, der nicht notwendiger Weise rechtsextrem ist.“ Unter rechtsextrem versteht man ja, dass die Nation oder der Nationalismus als oberster Wert angesehen wird, dem alle anderen Werte, die Rechte, auch die Freiheitsrechte, untergeordnet sind. Das Dritte ist dann Ausländerfeindlichkeit oder Fremdenfeindlichkeit, wie Sie wollen. Das Vierte ist Antisemitismus. Da muss ich auch nichts zu sagen. Sozialdarwinismus meint die Vorstellung, dass es so etwas wie eine natürlich Auslese geben muss, dass der Stärkere sich gegenüber den Schwächeren durchsetzt, dass Schwächere ausgegrenzt werden. Wenn Sie jetzt den Sozialdarwinismus und Fremdenfeindlichkeit zusammennehmen, dann ist das Rassismus. Dann haben Sie als sechsten Punkt die Verharmlosung oder sogar die Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Das heißt, diese sechs Punkte oder diese sechs Dimensionen müssen erfüllt sein, damit wir von rechtsextremer Einstellung sprechen. Andere Kollegen, die auch Daten veröffentlichen, nehmen da nur einige dieser Dimensionen raus. Dann kommen sie logischer Weise zu anderen Ergebnissen. Wenn Sie jetzt diese Dimensionen haben, formulieren wir dazu Statements, also Aussagen. Die Umfragen werden dann den Befragten vorgelegt und die sollen diese Aussagen beurteilen. Hier einige Beispiele für

solche Statements. Also, vorne als erstes: „Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistung reicht das aber nicht heran.“ Damit soll der chauvinistische Nationalismus gemessen werden. „Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“ Damit soll Sozialdarwinismus gemessen werden. „Auch heute ist noch der Einfluss der Juden zu groß.“, hier geht es um Antisemitismus: „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.“ – Fremdenfeindlichkeit. „Wir sollten wieder einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.“ Das wäre die Befürwortung einer rechten Diktatur. „Der Nationalsozialismus hat auch seine guten Seiten.“ Das wäre dann die Verharmlosung des Nationalsozialismus. Die Befragten bekommen diese Statements vorgelegt und haben nun die Möglichkeit abgestufte Antwort zu geben, denn bei vielen Statements kann man nicht einfach „Ja“ oder „Nein“ sagen. Das heißt, sie haben also die Möglichkeit, entweder zu sagen: „Lehne ich völlig ab.“, „Lehne ich eher ab.“, „Stimme ich eher zu.“ oder „Stimme ich völlig zu.“ Das heißt, ein Befragter oder eine Befragte, die sagt: „Lehne ich völlig ab.“, bekommt einen Punkt. Wer sagt: „Lehne ich eher ab.“, bekommt zwei Punkte. Wer sagt: „Stimme ich eher zu.“, drei Punkte. Wer sagt: „Stimme ich völlig zu.“, vier Punkte. Wenn sie jetzt für jedes dieser Statements einen Punkt haben, bekommen sie sechs Punkte. Das ist die minimale Zahl. Sechs Punkte auf alle Fälle. Wenn sie alle Statements ablehnen, bekommen sie sechs Punkte. Wenn sie zu allen Statements sagen: „Stimme ich völlig zu.“, bekommen sie sechs Mal vier, also 24 Punkte. Das heißt, wir haben eine Skala, die geht von 6 bis 24. Nun muss man ja irgendwo einen Schnittpunkt setzen, wo man sagt: Ab wann sind die Menschen rechtsextrem eingestellt? Dann nehmen wir das arithmetische Mittel. Das arithmetische Mittel einer Skala von 6 bis 24 ist 15. Das heißt also, die Werte 16 bis 24 – also die Befragten, die die Werte 16 bis 24 haben – gelten als rechtsextrem eingestellt oder eben als Rechtsextremisten. Das Problem ist, dass Kollegen teilweise den Schnittpunkt woanders setzen, teilweise andere Statements haben – deswegen kommen die einfach zu anderen Zahlen.

Wie sehen die aktuellen Daten aus? Wir haben gegenwärtig Daten von 2005 und 2008. Alle früheren Untersuchungen die wir gemacht haben können wir da nicht hineinbringen, weil die auf anderen Messungen beruhen. Sie können hier nun erkennen, für die Bundesrepublik insgesamt haben wir eine Veränderung von 2005 bis 2008 von 12 auf 10% Rechtsextremisten. 10% der Wahlberechtigten, das sind die Befragten ab 18 Jahren, d.h. es sind immer noch sechs Millionen Deutsche, die ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild haben. Das ist schon eine Menge. Früher lagen wir mit anderen Messungen höher, da hatten wir teilweise 15, 16% aber das war, wie gesagt, eine weichere Skala. Wenn Sie sich das für Westdeutschland einschließlich West-Berlin – in den Umfragen können wir auch in Berlin zwischen West und Ost unterscheiden, bei den Verfassungsschutzdaten ist das nicht möglich – ansehen, da haben wir also einen

Rückgang in Westdeutschland von 12 auf 9% und wir haben in Ostdeutschland, einschließlich Ost-Berlin, einen Rückgang von 14 auf 11%. Wenn wir uns jetzt einmal die Bundesrepublik genauer angucken, könnte man fragen: „Wie ist das eigentlich in den einzelnen Bundesländern?“ Der Kollege Elmar Brähler und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben einmal so eine Liste der einzelnen Bundesländer veröffentlicht. Da haben sie maßlos viel Prügel bekommen, da die einzelnen Bundesländer sich dann beschwert und gesagt haben: „Das ist so eine Hitliste. Wenn ihr das zu einem anderen Zeitpunkt gemessen hättet, hätte das vielleicht ganz anders ausgesehen.“ Wir haben stattdessen versucht Ländergruppen zu bilden. Und zwar haben wir vier Ländergruppen gebildet: Die nördlichen Bundesländer: Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen; die westlichen Bundesländer: Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland; die südlichen Bundesländer: Bayern und Baden-Württemberg; und die fünf östlichen Bundesländer, einschließlich Berlin. Da sehen Sie nun, dass Entwicklungen in den einzelnen Ländergruppen sehr unterschiedlich verlaufen. In den nördlichen Bundesländern, von 8 auf 9%. Man muss immer die Fehlertoleranz mit bedenken, die solche Umfragen auch haben. Da würde man sagen: „Da hat sich nichts verändert.“ In den westlichen Bundesländern haben wir einen Rückgang von 12 auf 8%. Das ist immerhin ein Drittel. Die südlichen Bundesländer von 13 auf 11%. Das sind Bayern und Baden-Württemberg. In den östlichen Bundesländern, einschließlich Berlin, von 15 auf 11%.

Wenn man diese Ländergruppen bildet ergibt sich der Effekt, dass Ostdeutschland – entgegen früherer Messungen –, einschließlich Berlin, die Nase nicht mehr vorn hat, sondern auf dem selben Niveau angelangt ist wie die südlichen Bundesländer. Es waren dann vor allen Dingen auch die Bayern, die sich über die Untersuchung von Brähler fürchterlich aufgeregt haben, der die auch ziemlich weit oben hatte. D.h., wir haben da schon eine Veränderung, die sich ländergruppenspezifisch vollzieht. Aber insgesamt würde ich doch sagen: Wir haben offenbar – ich bin da mal vorsichtig, man sollte diese Daten auch nicht überbewerten, denn je länger man mit solchen Umfragedaten arbeitet, desto mehr weiß man auch, wie vorsichtig man damit umgehen muss – einen leichten Rückgang, jedenfalls keine Zunahme.

Jetzt habe ich noch etwas für Berlin und Brandenburg, weil das vorhin angesprochen wurde. Da ist es – wenn wir uns Berlin anschauen, Berlin-West oder insgesamt erstmal in Berlin – offenbar stabil geblieben, bei 7%. In West von 7 auf 6%. Wie gesagt, nicht überbewerten. Berlin-Ost 7 auf 8%. Das würde ich auch nicht überbewerten. Also, wir können sagen, dass es hier bei uns stabil geblieben ist. Anders ist es in Brandenburg. Da sehen wir in Brandenburg insgesamt – und das bestätigt noch einmal die vorherigen Daten, dass in Ostdeutschland das Potential offenbar zurückgegangen ist – einen Rückgang von 14% auf 10%. Das ist beachtlich. Im engeren Verflechtungsraum – das

ist praktisch der Speckgürtel um Berlin – haben wir einen Rückgang von 11 auf 8 Prozent. Also, im engeren Verflechtungsraum ist der Anteil des Rechts-Extremismus, der rechtsextremen Einstellung, deutlich geringer als im äußeren Entwicklungsraum. Das ist gewissermaßen die Peripherie Brandenburgs. Da haben wir auch einen Rückgang von 16 auf 12. Aber immerhin, ist es da im Vergleich zu der Belastung im Speckgürtel noch deutlich größer.

Festzuhalten bleibt: Wir haben es wahrscheinlich – also, aufgrund der Daten, die mir vorliegen – mit einem leichten Rückgang der rechtsextremen Einstellung in Deutschland zu tun. Es gibt gewisse Angleichungstendenzen zwischen Ost und West. Definitiv kann man sagen, es hat nicht zugenommen. Das ist der zweite Punkt.

Ursachen für Rechtsextremismus

Im dritten Punkt nähere ich mich jetzt etwas den Ursachen. Ich will Ihnen da etwas über die sozialstrukturelle Verteilung dieser Einstellung sagen. Es beginnt ja zunächst immer mit dem Geschlecht. Das sage ich deswegen, weil die Daten hier eindeutig sind. Wenn Sie sich noch einmal die Einstellungspotenziale ansehen: Der Durchschnitt war zehn Prozent. Das ist der Durchschnittswert für alle Befragten. Haben wir ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Männern und Frauen? D.h., können wir sagen: Männer und Frauen sind gleichermaßen anfällig für rechtsextreme Angebot? Wenn Sie sich das in Ostdeutschland angucken, haben wir schon einen deutlichen Unterschied. Männer, neun Prozent; Frauen zwölf Prozent. Da gibt es eine intensive Diskussion, woran das eigentlich liegen kann. Es hat sich eine These durchgesetzt, die sagt: Na ja, wenn man sich die Wende-verlierer mal anguckt und das geschlechtsspezifisch aufteilt, dann ist es wahrscheinlich so, dass die Frauen in den neuen Bundesländern noch stärkere Wende-verlierer sind – wegen der Veränderung der Beschäftigungsverhältnisse von Frauen früher in der DDR und heute – dass die Frauen noch eher Wende-verlierer sind als die Männer und dass man es dadurch vielleicht erklären könnte. Wichtig ist aber Folgendes: Wenn wir uns das Wahlverhalten angucken, dann ist ganz deutlich, dass zwei Drittel der Wähler der rechtsextremen Parteien – im Übrigen nicht nur in Deutschland, sondern in fast allen erfolgreichen westeuropäischen Parteien – Männer sind und ein Drittel Frauen. Es gibt eine sehr angeregte Diskussion darüber, warum das so ist. Vor allen Dingen, woher der Unterschied kommt. Da kann ich jetzt im Einzelnen schon aus Zeitgründen nicht ausführen, weil ich etwas über Altersgruppen sagen will. Da haben Sie diese bekannte u-förmige Verteilung, dass die 14- bis 17-Jährigen – im Durchschnitt immer zehn Prozent, das haben Sie immer im Hinterkopf – mit elf Prozent im Durchschnitt liegen, vielleicht etwas überdurchschnittlich. Aber dass dann die älteren Altersgruppen, also 65- bis 74- und die 75-Jährigen dann deutlich überdurchschnittlich zum Rechts-Extremismus neigen. Das ist auch beim Wahlverhalten anders. Die Wähler der rechtsextremen Parteien, nicht nur in Deutschland, sind überwiegend junge

Leute. Das sind alles Fragen, über die man diskutieren kann. Woran liegen eigentlich diese Unterschiede zwischen rechtsextremer Einstellung auf der einen Seite und Wahlverhalten auf der anderen Seite?

Das Dritte ist jetzt die Erwerbs- bzw. Berufsstruktur. Wenn Sie sich das angucken, müssen Sie berücksichtigen, dass die ersten Balken bis einschließlich der Selbstständigen 50 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Die zweite Gruppe der Rentner und sonstigen Nichterwerbspersonen sind ebenfalls 50 Prozent der Bevölkerung. Sie erkennen jetzt unschwer – wenn Sie wieder zehn Prozent als Durchschnitt nehmen –, dass Arbeitslose, einfache Arbeiter, und Facharbeiter deutlich überdurchschnittlich vertreten sind. Die einfachen Angestellten liegen im Durchschnitt. Dann die anderen Gruppen, verantwortliche Angestellte, Beamte und Selbstständige unterdurchschnittlich, Rentner wieder überdurchschnittlich. Das haben wir vorhin gesehen. Das ist natürlich eine Altersfrage. Und die sonstigen Nichterwerbspersonen wieder unterdurchschnittlich. Was lehrt uns das eigentlich? Im Zusammenhang mit der Diskussion oder dem geflügelten Wort das besagt: „Rechtsextremismus wächst in der Mitte der Gesellschaft.“ stelle ich mir die Frage, was ist die Mitte der Gesellschaft? Wenn wir uns das einmal sozialstrukturell angucken: Was ist die Mitte? Also, wir sehen, es sind eindeutig Arbeitslose, einfache Arbeiter und Facharbeiter und dann die älteren Leute, die Rentner sind. Ist das die Mitte der Gesellschaft? Man kann etwas anderes machen. Die Gesellschaft, tatsächlich sozialstrukturell nach Schichten aufteilen. In modernen Industriegesellschaften sagt man immer, die Schichtzugehörigkeit einer Person sei durch zwei Faktoren bestimmt. Das Eine ist Einkommen, das Andere ist Bildung. Man geht also weg von der Berufsstruktur, von der Erwerbsstruktur und sagt, es geht eigentlich um die beiden zentralen Faktoren für die soziale Lage in den modernen Industriegesellschaften. Jetzt kann man entlang dieser beiden Faktoren, Einkommen und Bildung, die Schichten bilden. Unterschicht: Geringe Bildung, geringes Einkommen; Mittelschicht: Mittlere Bildung, mittleres Einkommen; Oberschicht: Hohe Bildung und hohes Einkommen. Wenn man das jetzt macht und sich anguckt, wie da eigentlich die Verteilung des Rechtsextremismus ist, zeigt sich auch erst einmal generell, unabhängig von Ost-West-Unterschieden, die Unterschicht ist am stärksten anfällig für Rechtsextremismus. Die Mittelschicht steht dann an zweiter Stelle, die Oberschicht ist mehr oder weniger immun. Wenn wir uns da noch einmal die Ost-West-Unterschiede angucken – auch da haben wir im Hinterkopf, der Durchschnitt ist zehn Prozent – haben wir die Unterschicht deutlich überdurchschnittlich. Bei der Mittelschicht sehen wir nur, dass sie im Osten, der leicht oder gerade am Durchschnitt liegt, vielleicht leicht überdurchschnittlich ist. Aber interessant ist eben auch, dass diese Unterschicht-These vor allen Dingen für Westdeutschland gilt. Sie gilt nicht so stark für Ostdeutschland. In Ostdeutschland sind dann eben auch die Mittelschicht und die Oberschicht stärker für rechtsextreme Einstellung anfällig, als das in Westdeutschland der Fall ist. Aber auch da stellt

sich die Frage: Wo ist jetzt die Mitte der Gesellschaft? Wäre das die Mittelschicht? Dann würde man nicht sagen, dass der Rechtsextremismus besonders in der Mittelschicht grassiert, sondern es ist natürlich schon die Unterschicht. Das hat sich auch an den berufsstrukturellen Kategorien gezeigt: Einfache Arbeiter und Arbeitslose gehören überwiegend der Unterschicht an.

Das gibt im Übrigen genauso für das Wahlverhalten. Rechtsextreme Parteien werden überwiegend von Mitgliedern der Unterschicht gewählt. Mitte der Gesellschaft? Zur Begründung werden dann irgendwelche Ort angeführt, sagen wir mal Königstein in Sachsen, und gefragt: Wer hat da eigentlich NPD gewählt? Und dann kommt man darauf, dass das eigentlich das Bürgertum ist. Wer von Ihnen Königstein kennt, weiß: Okay, auf den Gedanken könnte man kommen. Aber von einzelnen Orten, da wo die NPD besonders gute Ergebnisse hatte, auf die Gesamtstruktur zu schließen, ist falsch, wenn man für die Bundesrepublik insgesamt repräsentative Daten erarbeitet. Man kann auch noch einmal fragen: Mitte der Gesellschaft, könnte das auch ideologisch gemeint sein? In dem Zusammenhang stellen wir immer eine Frage, die nennen wir die ideologische Selbsteinstufung. Das heißt, wir geben den Befragten eine Rechts-Links-Skala vor und sagen: „Es gibt eine Skala von links bis rechts, die hat zehn Punkte. Punkt eins heißt links, Punkt zehn heißt rechts. Jetzt stuft euch mal selbst ein.“ Da passiert dann Folgendes: Die Punkte eins, zwei, drei sind die Linken; vier, fünf ist Mitte-links; sechs, sieben ist Mitte-rechts und acht, neun, zehn ist rechts. Auch da sehen wir, dass es einen ganz starken statistischen Zusammenhang gibt. Je rechter sich die Leute einstufen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie auch rechtsextrem eingestellt sind. Da gehen wir auch wieder von dem Durchschnittswert von zehn Prozent aus. Sie sehen, dass links und mitte-links deutlich unterdurchschnittlich sind. Links kann man sagen, ist fast immun gegen derartige Einstellungen. Dann mitte-rechts und rechts, da sind dann eigentlich die großen Anteile.

Das ist jetzt mein dritter Punkt. Rechtsextremismus gedeiht vor allen Dingen in der Unterschicht und im rechten politisch ideologischen Spektrum. Das heißt nicht, um das ganz deutlich zu sagen, dass die Mittelschicht dagegen immun sei oder dass die Oberschicht dagegen immun sei. Natürlich finden wir auch irgendwo einen Professor – er wurde vorhin schon angesprochen – Mahler oder Rabehl. Natürlich ist das auch möglich. Wenn wir uns aber das Gros angucken, die Schwerpunkte angucken, dann handelt es sich doch um ein Unterschicht-Phänomen. Und es handelt sich um ein Phänomen, das politisch, ideologisch im eher rechten politischen Spektrum angesiedelt ist. Das bedeutet eben auch – wenn man sich jetzt einmal weitere Faktoren anguckt, beispielsweise geringe Modernität des Arbeitsplatzes, hohe Prekarität des Beschäftigungsverhältnisses, überhaupt ein bedrohter sozialer Status – dass all diese Faktoren die Entstehung oder Entwicklung, die Ausbreitung rechtsextremer Einstellung begünstigen. Das weist alles schon in

die Richtung der Ursachen. Aber das sind noch nicht die Ursachen. Denn es kommt nicht auf die objektive soziale Lage an, sondern es kommt darauf an, wie die Menschen das verarbeiten. Also, prekäres Beschäftigungsverhältnis beispielsweise bedeutet nicht, dass die Leute sich notwendiger Weise rechtsextremen Parteien zuwenden. Es kann genauso gut nach links gehen. Die Frage ist ja, wie wird das verarbeitet, wie wird es mental verarbeitet? Darauf wollte, glaube ich, Gysi vorhin auch hinaus, als er sagte: „Wir müssen uns genau angucken, wie die Leute eigentlich ihre eigene Situation wahrnehmen.“ Es kommt auf die subjektive Verarbeitung an. Dazu will ich jetzt in der Kürze der Zeit nur zwei Beispiele bringen.

Das eine Beispiel bezieht sich auf die Zufriedenheit mit der politischen Ordnung. Ich vergleiche jetzt einfach mal die Bevölkerung und nur diejenigen Befragten, die als rechtsextrem eingestuft worden sind. Da sehen wir zunächst einmal, dass schon die Demokratiekritik in der Bevölkerung recht groß ist – im Osten noch größer als im Westen. Wir stellen den Menschen zwei Fragen. Die erste Frage ist: Wie beurteilen Sie die Demokratie in der Bundesrepublik so wie sie im Grundgesetz festgelegt ist? Die zweite Frage ist: Wie beurteilen Sie Demokratie so wie sie von Parteien und Politikern praktiziert wird? Wenn die Leute in beiden Fällen eine gute Beurteilung geben, dann sagen sie: „Wir sind zufrieden mit der Demokratie.“ Wenn sie sagen: „So wie die Demokratie im Grundgesetz festgelegt ist, damit sind wir völlig einverstanden, das ist in Ordnung, aber wie die Politiker damit umgehen, das ist ein riesiges Problem.“ Dann sagen wir: Die sind politikverdrossen. Wenn sie aber sagen: „Sowohl wie die Demokratie im Grundgesetz festgelegt ist als auch wie die Politiker, Politikerinnen und die Parteien damit umgehen, das lehnen wir ab.“ Dann nennen wir das „demokratieverdrossen.“ Vielleicht ist das kein geschicktes Wort, hat aber die Funktion den Begriff der Verdrossenheit noch einmal irgendwie aufzugreifen. Also, wir haben drei Stufen: Zufrieden: Wir sind mit allem zufrieden; politikverdrossen: Das ist eigentlich eher eine Kritik an Politikern, an Parteien; „demokratieverdrossen“: Das schließt eben auch die Ausgestaltung der Demokratie in der Verfassung ein. Da sehen wir, dass in der Bevölkerung die Unzufriedenheit schon relativ groß ist. „Demokratieverdrossen“ sind im Westen immerhin 19 Prozent. Das ist ein Fünftel der Bevölkerung. Im Osten fast doppelt so viel. Jetzt gucken wir uns mal an: Wie ist es nur bei denjenigen, die wir als rechtsextrem einstufen? Da sehen Sie, dass die Zahlen noch deutlich höher liegen. „Demokratieverdrossen“ in Westdeutschland: 38 Prozent. Das ist doppelt soviel wie in der Gesamtbevölkerung. In Ostdeutschland: 50 Prozent. Das ist auch deutlich mehr als 35 Prozent der Gesamtbevölkerung. Das heißt, wir können jetzt sagen: Je unzufriedener die Menschen mit der Demokratie sind, desto anfälliger sind sie für den Rechtsextremismus.

Jetzt will ich noch zu der Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung kommen. Damit komme ich jetzt auch zum Zusammenhang von

nationaler und sozialer Frage. Da haben wir Folgendes gemacht: Wir wollten einmal die Einstellung der Menschen zum Kapitalismus herausbekommen. Wir hatten ursprünglich gar nicht den Gedanken, das im Zusammenhang mit Rechtsextremismus zu messen. Die ersten drei Statements nennen wir harte Kapitalismuskritik. Also, da heißt es: Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden; wirkliche Demokratie ist erst möglich, wenn es keinen Kapitalismus mehr gibt; und in der Bundesrepublik bestehen noch die alten Gegensätze zwischen der besitzenden und der arbeitenden Klasse. Die Zahlen dahinter, das sind die durchschnittlichen Zustimmungswerte der Bevölkerung insgesamt. Im Übrigen sind die Zahlen von 2003. Also, sie sind schon ein bisschen älter, aber ich glaube nicht, dass sich daran etwas verändert hat. Wahrscheinlich haben sich die Gewichte noch stärker in der Richtung Kapitalismuskritik verlagert.

Dann haben wir noch etwas Zweites: Das haben wir ursprünglich Globalisierungskritik genannt. Hier steht jetzt „weiche Kapitalismuskritik“; „Ausplünderung der dritten Welt durch die kapitalistischen Industriestaaten muss beendet werden“. Dem stimmen 77 Prozent der Befragten zu und zwar durch alle Parteien. Also, bei der CDU sind das auch noch 65 Prozent. Von der Globalisierung profitieren nur die mächtigen Wirtschaftsinteressen: 69 Prozent Gesamtzustimmung. „Die internationalen Finanzmärkte sind Schuld an der weltweit wachsenden sozialen Ungleichheit.“ Immerhin noch 52 Prozent aller Befragten stimmen da zu. So, das sind die Statements. Die haben wir dann zu zwei Faktoren gebündelt. Einmal harte Kapitalismuskritik oder meinetwegen traditionelle Kapitalismuskritik und das andere, weiche Kapitalismuskritik oder eben Globalisierungskritik – wie Sie das wollen. Da haben wir jetzt die Zahlen. Wir sehen: harte Kapitalismuskritiken im Westen immerhin 25 Prozent. Das ist ein Viertel der Bevölkerung. Im Osten doppelt so viel. Bei den Rechtsextremen sehen wir jetzt wieder deutlich mehr. Im Westen 48 Prozent, also die Hälfte derjenigen, die rechtsextrem eingestellt sind in Westdeutschland, formulieren diese harte Kapitalismuskritik verbunden mit der Forderung nach Verstaatlichung. In Ostdeutschland sogar 71 Prozent. Bei der Globalisierungskritik können Sie sehen, dass sie in Westdeutschland zum normalen Einstellungsmuster der Bevölkerung insgesamt gehört. Drei Viertel der Befragten in Westdeutschland äußern diese Globalisierungskritik, in Ostdeutschland sogar 84 Prozent. Wenn Sie sich da jetzt die Rechtsextremisten anschauen, ist das unwesentlich mehr. Das Ergebnis ist ja auch kaum noch zu toppen. D.h., das besondere am Rechtsextremismus ist gar nicht die Globalisierungskritik, denn da unterscheiden sich die Rechtsextremen gar nicht von denen, die nicht rechtsextrem eingestellt sind, sondern die deutlichen Unterschiede bestehen eben bei der harten Kapitalismuskritik oder bei der traditionellen Kapitalismuskritik. Also, je größer vor allem die harte bzw. die traditionelle Kapitalismuskritik ist, desto größer ist eben auch die Anfälligkeit für rechtsextreme Angebote. Vielleicht

erklärt sich auch so, warum in der Entwicklung, die ich vorhin gezeigt habe, die DVU und die Republikaner deutlich an Zuspruch verlieren. Denn diese Kapitalismuskritik verkörpert eigentlich nur die NPD halbwegs authentisch. Also, der DVU nimmt man im Ernst keine Kapitalismuskritik ab. Und die Republikaner bemühen sich gar nicht erst so aufzutreten. In der Propaganda der politischen Parteien spielt nun gerade die politische Ordnung oder die Kritik an der politischen Ordnung und an der wirtschaftlichen, sozialen Ordnung eine sehr große Rolle. Man muss da unterscheiden zwischen der Propaganda und der Programmatik der Parteien. Das Programm vor allem der NPD kennt kein Mensch. Keine Wählerin, kein Wähler kennt das Programm der NPD. Das ist ja auch ihre Chance, in der tagespolitischen Auseinandersetzung, vor allen Dingen in Wahlkämpfen, auch propagandistisch spezifisch aufzutreten. Da ist sie dann eigentlich bemüht, zwei Dinge zu tun. Einmal die politische Ordnung der Bundesrepublik verächtlich zu machen. Und sie sind zum Zweiten bemüht, die sozialen Sorgen und Nöte der Menschen, die sich hinter der Kapitalismuskritik verbergen, für die Ziele des völkischen Nationalismus zu instrumentalisieren, wobei – das zeige ich gleich – der Rechtsextremismus oft wie der Wolf im Schafspelz auftritt. Ich habe hier ein Bild vom Parteitag in Sachsen, von der sächsischen Landtagwahl 2004. Was Sie da sehen: Arbeit, Familie, Vaterland. Erst einmal die Reihenfolge. Von einer rechtsextremen Partei würden Sie erwarten, dass dort Vaterland an erster Stelle steht und dass das nicht „Vaterland“, sondern „Nation“ heißt – deswegen ja Nationalismus. Sie schreiben „Arbeit“, dann „Familie“, dann „Vaterland“. Wenn Sie nur die Parole sehen würden, wenn Sie nicht den Holger Apfel da auch noch sehen würden und wenn da nicht NPD darunter stehen würde, wäre das nicht so einfach erkennbar, dass das die Parole oder das Motto einer rechtsextremen Partei ist. Wenn Sie sich das Programm angucken, da steht der Nationalismus natürlich an erster Stelle. Und dann kommt gleich die zweite völkische Komponente, die hier völlig heraus fällt, der völkische Nationalismus. Im Programm ist er eindeutig, in der Propaganda eher zurückhaltend. Das ist also der Zusammenhang von sozialer und nationaler Frage. Sozial geht nur national. Das hat Herr Gysi vorhin ja auch angesprochen. Dann haben Sie als weiteres Beispiel die Parolen der DVU: „Löhne und Sozialleistung rauf – Diäten runter“. Das ist die implizierte Verächtlichmachung von Politikerinnen und Politikern. „Arbeit statt Zuwanderung“ – Das ist sozusagen noch einmal die völkische Dimension, die da eine Rolle spielt.

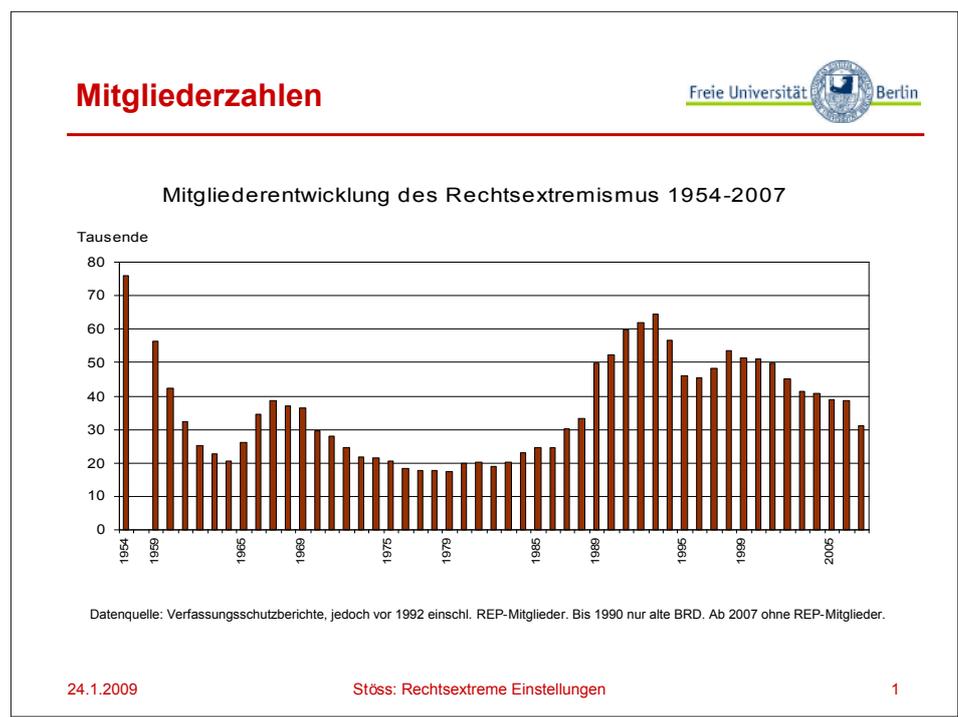
Wenn wir das einmal zusammenfassen – das wäre mein vierter Punkt – geht es nicht um die objektive soziale Lage der Befragten, sondern es geht um die Art und Weise, wie Sie sie subjektiv verarbeiten. Bei dieser subjektiven Verarbeitung spielen zwei Dinge eine Rolle, die ich hier angesprochen habe und eine dritte, die ich nicht angesprochen habe. Da fehlt die Zeit einfach. Das erste ist also antidemokratische Orientierung. Es gibt so etwas wie einen antidemokratischen Impetus. Antidemokratische Orientierung

begünstigen die Ausbreitung von Rechtsextremismus. Zweitens und damit zusammenhängend, kapitalismuskritische Orientierung.

Das Dritte, was ich nicht gesagt habe, das ist die autoritäre Orientierung. Autoritarismus begünstigt die Ausbreitung von Rechtsextremismus. Das heißt, wenn diese Mentalitäten zusammenkommen, antidemokratische plus kapitalismuskritische Orientierung und die von Menschen geäußert werden, die autoritäre Persönlichkeitseigenschaften haben, dann ist die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass sie auch rechtsextreme Einstellung ausprägen.

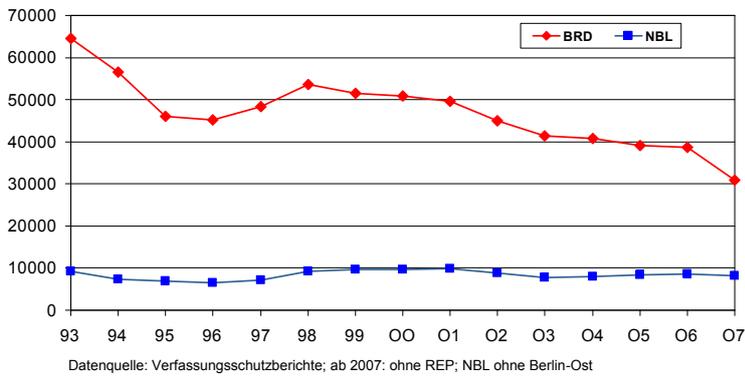
Ganz zum Schluss will ich Ihnen noch eins zeigen: Wen wählen denn nun die rechtsextremen eingestellten Menschen? Das ist jetzt auch meine letzte Folie. Wir fragen natürlich auch immer: „Wollen Sie bei der nächsten Landtagswahl oder Bundestagswahl die NPD, die Republikaner oder die DVU wählen?“ Da kommt in der Regel nie etwas dabei raus. Das heißt, wir müssen die alle unter den sonstigen Parteien unterbringen. Sie sehen ganz eindeutig, es sind die etablierten Parteien, vor allen Dingen, die Unionsparteien, die den größten Teil davon abbekommen. Dann ist es die SPD. Dann aber auch andere, die FDP, Bündnis 90/Grüne, auch die LINKE im Übrigen. Aber wir haben einen großen Bereich, von unentschiedenen oder Nichtwählern. Meistens ist es so, dass diejenigen, die noch in der Umfrage sagen: „Wir haben uns

noch nicht entschieden, wir wissen noch nicht was wir wählen“, bei der nächsten Bundestagswahl dann auch gar nicht wählen gehen. Das heißt, Sie können die Unentschiedenen auch zu den Nicht-Wählern dazu zählen. Und wir haben einen deutlichen Ost-West-Unterschied, der im Wesentlichen damit zusammenhängt, dass in Ostdeutschland sich immerhin auch zwölf Prozent vorstellen können, die LINKE zu wählen. Das ist in Westdeutschland nicht der Fall. Da sind es nur sechs Prozent. Und das bedeutet eben auch, dass in Westdeutschland die Union etwas stärker nachgefragt wird und die SPD auch etwas stärker nachgefragt wird. Woher kommt das eigentlich? Das ist dieser starke antikapitalistische Impetus in der Bevölkerung. Könnte das eine Ursache dafür sein, dass rechtsextreme Wahlerfolge zunehmen? Das ist offenbar nicht der Fall. Die Begründung dafür ist ziemlich einfach. Den rechtsextremen Parteien werden keine Kompetenzen bei der Lösung von wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen zugesprochen. Was Ausländer rausschmeißen angeht, da wird ihnen eine Kompetenz zugesprochen - aber das ist hier in dem Zusammenhang nicht so spannend. D.h., gerade die zunehmende Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen dürfte den rechtsextremen Parteien kaum zugute kommen. Anders wäre es, wenn sich fremdenfeindliche, rassistische Stimmungen vermehrten. Da hätten rechtsextreme Parteien eigentlich eher die Chance, eine Zunahme von Wählern zu verzeichnen.



Mitgliederzahlen

Mitgliederentwicklung des Rechtsextremismus in Deutschland (BRD) und in den fünf neuen Ländern (NBL) 1993-2007



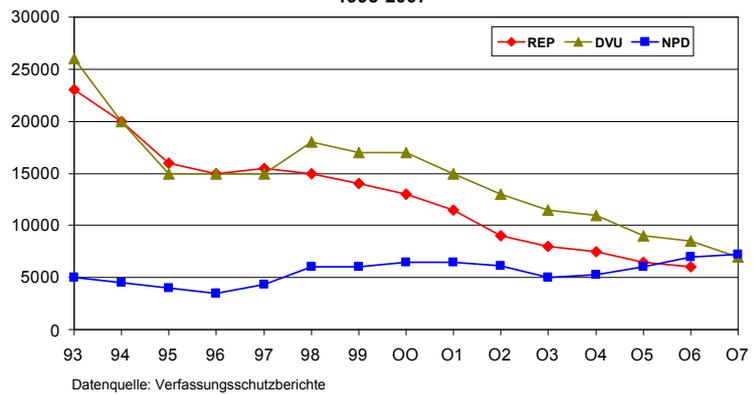
24.1.2009

Stöss: Rechtsextreme Einstellungen

2

Mitgliederzahlen

Mitgliederentwicklung DVU, NPD und REP in Deutschland 1993-2007



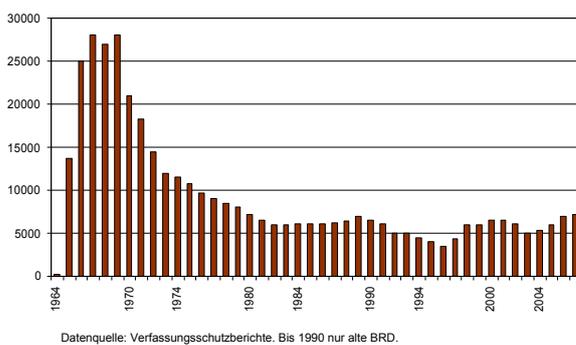
24.1.2009

Stöss: Rechtsextreme Einstellungen

3

Mitgliederzahlen

Mitgliederentwicklung der NPD 1964-2007



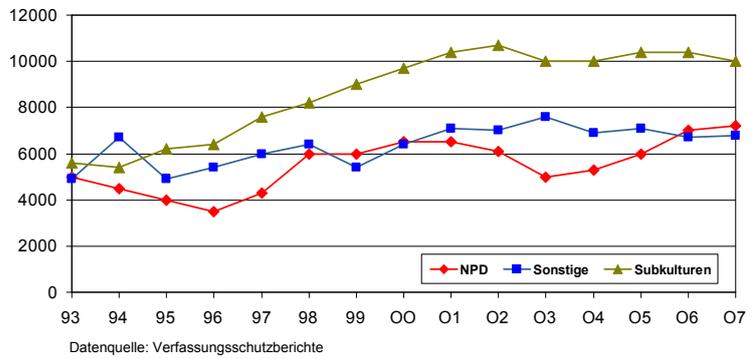
24.1.2009

Stöss: Rechtsextreme Einstellungen

4

Mitgliederzahlen

Mitgliedentwicklung NPD, sonstige rechtsextremistische Organisationen und rechtsextremistische Subkulturen in Deutschland 1993-2007



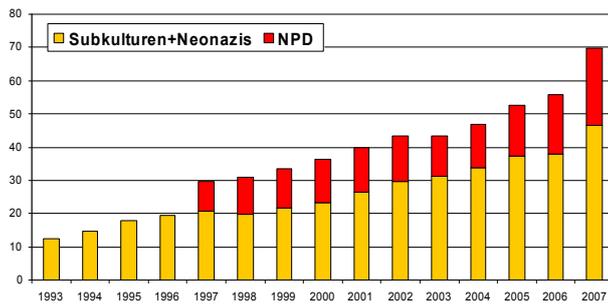
24.1.2009

Stöss: Rechtsextreme Einstellungen

5

Mitgliederzahlen

Anteil der systemfeindlichen Rechtsextremisten am rechtsextremistischen Personenpotenzial insgesamt in Deutschland 1993-2007 (%)



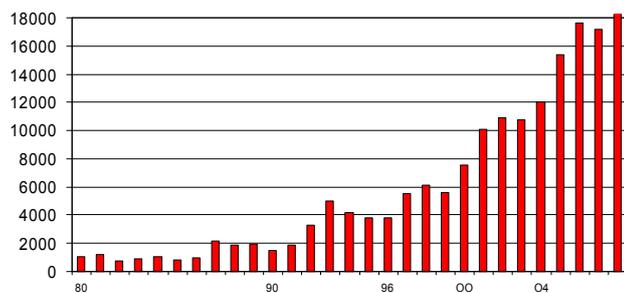
24.1.2009

Stöss: Rechtsextreme Einstellungen

6

Straftaten

Bekannt gewordene Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund in Deutschland 1980-2008



24.1.2009

Stöss: Rechtsextreme Einstellungen

7

Dimensionen des rechtsextremen Einstellungsmusters:

- Befürwortung einer rechten Diktatur
- Chauvinistischer Nationalismus
- Ausländerfeindlichkeit
- Antisemitismus
- Sozialdarwinismus
- Verharmlosung des Nationalsozialismus

Statements

- „Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran“
- „Es gibt wertvolles und unwertes Leben“
- „Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß“
- „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken“
- „Wir sollten wieder einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker hand regiert“
- „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“

Rechtsextremismus in den Gebieten und Ländergruppen der Bundesrepublik 2005 und 2008 (%)		
	2005	2008
Bundesrepublik insgesamt	12	10
Nur Westdeutschland (einschl. Berlin-West)	12	9
Nur Ostdeutschland (einschl. Berlin-Ost)	14	11

Befragte ab 18 Jahren; Datenquelle 2005: Infratest dimap, face to face, Sept./Okt., N = 2540; 2008: forsa, telefonisch, Juni, N = 5681

Rechtsextremismus in den Gebieten und Ländergruppen der Bundesrepublik 2005 und 2008 (%)		
	2005	2008
Nur nördliche Bundesländer (SH, HH, BRE, NS)	8	9
Nur westliche Bundesländer (NRW, HE, RLP, SAAR)	12	8
Nur südliche Bundesländer (BW, BY)	13	11
Nur östliche Bundesländer (MV, BRBG, BLN, S-A, SA, THÜ)	15	11

Befragte ab 18 Jahren; Datenquelle 2005: Infratest dimap, face to face, Sept./Okt., N = 2540; 2008: forsa, telefonisch, Juni, N = 5681

Rechtsextremismus in den Gebieten der Bundesrepublik 2006 und 2008 (%) Leipziger Erhebung (Decker & Brähler)		
	2006	2008
Bundesrepublik insgesamt	9	8
Nur Westdeutschland (einschl. Berlin-West)	9	8
Nur Ostdeutschland (einschl. Berlin-Ost)	7	8

Befragte ab 14 Jahren; Datenquelle USUMA, face to face, N = 4832 (2006) bzw. N = 2410 (2008)

Rechtsextremismus in der Region Berlin-Brandenburg 2004 und 2008 (%)		
	2004	2008
Berlin	7	7
Berlin-West	7	6
Berlin-Ost	7	8

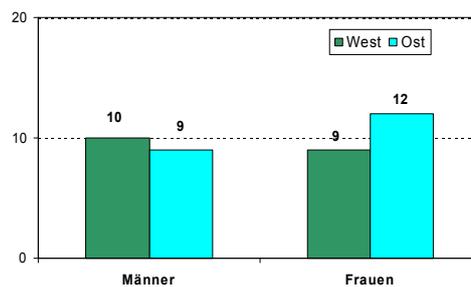
Befragte ab 18 Jahren; Datenquelle forsa, telefonisch, N = 1894 (2004) bzw. N = 1914 (2008)

Rechtsextremismus in der Region Berlin-Brandenburg 2004 und 2008 (%)		
	2004	2008
Brandenburg	14	10
Engerer Verflechtungsraum	11	8
Äußerer Entwicklungsraum	16	12

Befragte ab 18 Jahren; Datenquelle forsa, telefonisch, N = 1894 (2004) bzw. N = 1914 (2008)

Geschlecht

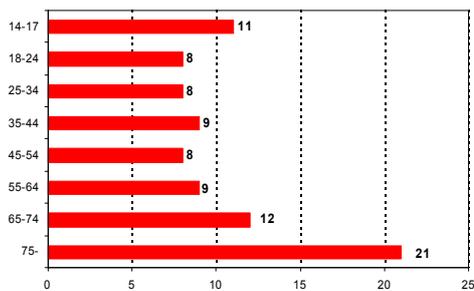
Rechtsextremismus bei den Geschlechtern in den
Gebieten der Bundesrepublik 2008 (%)



Befragte ab 14 Jahren; Datenquelle forsa, telefonisch; N = 6005

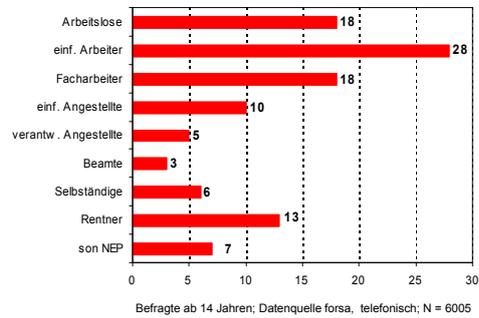
Alter

Rechtsextremismus bei den Altersgruppen in der
Bundesrepublik 2008 (%)



Befragte ab 14 Jahren; Datenquelle forsa, telefonisch; N = 6005

Rechtsextremismus bei den Berufs- bzw. Erwerbsgruppen in der Bundesrepublik 2008 (%)



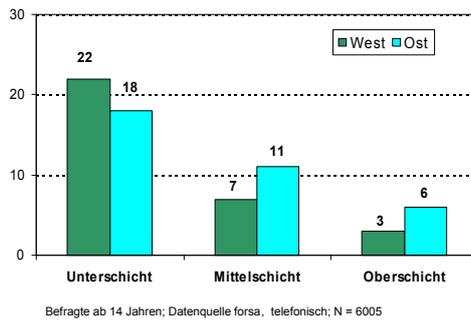
24.1.2009

Stöss: Rechtsextreme Einstellungen

17

Objektive Schichtzuordnung

Rechtsextremismus bei den sozialen Schichten in den Gebieten der Bundesrepublik 2008 (%)



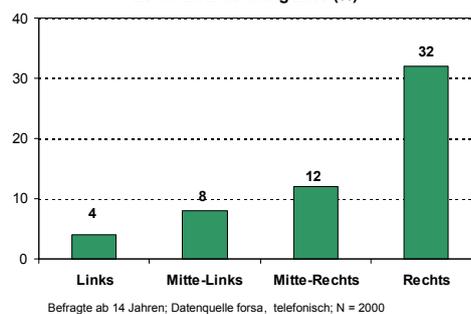
24.1.2009

Stöss: Rechtsextreme Einstellungen

18

Ideologie

Ideologische Selbstidentifikation und Rechtsextremismus in der Region Berlin-Brandenburg 2008 (%)



24.1.2009

Stöss: Rechtsextreme Einstellungen

19

Demokratiekritik in der Bevölkerung und unter Rechtsextremisten in den Gebieten der Bundesrepublik 2008 (%)				
	Bevölkerung		Rechtsextremisten	
	West	Ost	West	Ost
Zufrieden	45	30		
Politikverdrossen	36	35		
Demokratieverdrossen	19	35		

Befragte ab 14 Jahren; Datenquelle forsa, telefonisch; N = 6005

Demokratiekritik in der Bevölkerung und unter Rechtsextremisten in den Gebieten der Bundesrepublik 2008 (%)				
	Bevölkerung		Rechtsextremisten	
	West	Ost	West	Ost
Zufrieden			32	27
Politikverdrossen			30	23
Demokratieverdrossen			38	50

Befragte ab 14 Jahren; Datenquelle forsa, telefonisch; N = 6005

"Harte" Kapitalismuskritik

- "Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden." (20)
- "Wirkliche Demokratie ist erst möglich, wenn es keinen Kapitalismus mehr gibt." (28)
- "In der Bundesrepublik bestehen noch die alten Gegensätze zwischen der besitzenden und der arbeitenden Klasse." (52)

"Weiche" Kapitalismuskritik

- "Die Ausplünderung der Dritten Welt durch die kapitalistischen Industriestaaten muss beendet werden." (77)
- "Von der Globalisierung profitieren nur die mächtigen Wirtschaftsinteressen." (69)
- "Die internationalen Finanzmärkte sind Schuld an der weltweit wachsenden sozialen Ungleichheit." (52)

Kapitalismuskritik in der Bevölkerung und unter Rechtsextremisten in den Gebieten der Bundesrepublik 2003 (%)				
	Bevölkerung		Rechtsextremisten	
	West	Ost	West	Ost
"Harte" Kapitalismuskritik (traditionelle Kapitalismuskritik)	25	47		

Befragte ab 16 Jahren; Datenquelle: forsa/FUB-OSZ; telefonisch; N=4008

Kapitalismuskritik in der Bevölkerung und unter Rechtsextremisten in den Gebieten der Bundesrepublik 2003 (%)				
	Bevölkerung		Rechtsextremisten	
	West	Ost	West	Ost
"Harte" Kapitalismuskritik (traditionelle Kapitalismuskritik)	25	47	48	71

Befragte ab 16 Jahren; Datenquelle: forsa/FUB-OSZ; telefonisch; N=4008

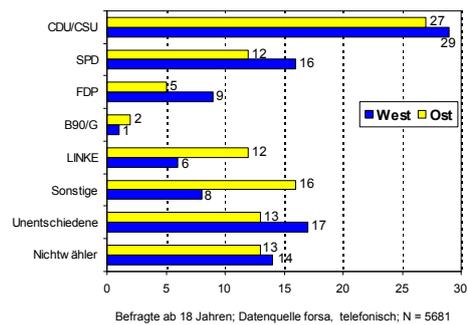
Kapitalismuskritik in der Bevölkerung und unter Rechtsextremisten in den Gebieten der Bundesrepublik 2003 (%)				
	Bevölkerung		Rechtsextremisten	
	West	Ost	West	Ost
"Weiche" Kapitalismuskritik (Globalisierungskritik)	76	84		

Befragte ab 16 Jahren; Datenquelle: forsa/FUB-OSZ; telefonisch; N=4008

Kapitalismuskritik in der Bevölkerung und unter Rechtsextremisten in den Gebieten der Bundesrepublik 2003 (%)				
	Bevölkerung		Rechtsextremisten	
	West	Ost	West	Ost
"Weiche" Kapitalismuskritik (Globalisierungskritik)	76	84	88	97

Befragte ab 16 Jahren; Datenquelle: forsa/FUB-OSZ, telefonisch; N=4008

Wahlabsicht (Bundestag) der Rechtsextremisten in der Bundesrepublik 2008 (%)



Prof. Dr. Richard Stöss
 Freie Universität Berlin
 Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
 Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft
 Otto-Stammer-Zentrum (Arbeitsstelle für Empirische Politische Soziologie)
 Ihnestr. 21, 14195 Berlin
 Tel.: (030) 838-54959; Fax: (030) 838-54960
 Internet: <http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/mitarbeiter/stoess/index.html>
 E-Mail: rstoess@zedat.fu-berlin.de

Wandlungen der extremen Rechten: Auftreten, Themen, Alltagspräsenz

Andrea Röpke

Kurz zu meiner Person: Mein Name ist Andrea Röpke und Ich bin seit 1994 freie Journalistin. Ganz kurz noch zu meiner Arbeitsweise: Bei uns als freien Journalisten sieht es so aus, dass wir als Fachjournalisten natürlich nicht die Möglichkeiten der Redaktionen haben und gerade im Bereich der investigativen Recherche seit Jahren gekürzt wird. Wir haben nicht mehr die Möglichkeiten, wochenlang an einem Thema finanziert zu recherchieren, das heißt, bei uns sieht es so aus, dass wir natürlich in Netzwerken arbeiten und versuchen, wirklich gezielt hinter die Kulissen zu schauen. Ich habe 1994 angefangen, habe Mitte der 90er Jahre noch verdeckt recherchiert in der Szene, damals noch als junge Frau, verbunden mit dem Versuch, sich unauffällig zu verhalten. Damit ist es relativ lange möglich, weitestgehend in den Innercircle der Szene vorzudringen. Wir haben dann an SS-Treffen teilgenommen, eine Woche lang unter SS-Veteranen gelebt, was wirklich Hardcore ist oder später auch in Burschenschaftskreisen recherchiert. Irgendwann ist es vorbei, man ist verbrannt. Wir haben damals viel für den Stern gemacht, wie gesagt, da waren die Gelder für die Recherchen noch da. Mittlerweile, seit 2000/2001, ist es so, dass wir offen arbeiten und dass wir tatsächlich zu Treffen fahren. Zum Beispiel vor zwei Wochen war der Bundesparteitag der DVU. Wir haben versucht - es ist zwar keine normale Partei - aber wir haben dennoch versucht, uns zu akkreditieren. Es wurde gänzlich abgelehnt. Ich weiß es auch von NDR-Kollegen. Die DVU wollte also keine Presse dabei haben - wie immer. Wir haben uns dann ganz profan an den Bus gehangen, den wir kennen. Wir wussten also, um 7:00 Uhr in Hamburg am Hauptbahnhof. Man fährt hinterher und findet dann den geheimen Veranstaltungsort in Kalbe bei Magdeburg. Wir haben dann stundenlang draußen gestanden und gewartet und irgendwann haben sie uns tatsächlich hineingelassen - das ist unsere Arbeitsweise. Es ist ganz wichtig, hinter die Kulissen zu schauen und zu sehen, wie arbeiten die wirklich? Da wo sie uns eigentlich nicht haben wollen, das einfach fortlaufend zu dokumentieren. Immobilien, die in Vergessenheit geraten - wie der Heisenhof zum Beispiel in Niedersachsen, eine große ehemalige Bundeswehrimmobilie -, wo immer wieder Arbeitseinsätze und Treffen stattfinden aber die Öffentlichkeit keinerlei Interesse mehr hat. Da versuchen wir wirklich kontinuierlich dranzubleiben. Und seit rund drei Jahren, als ein Beispiel, recherchiere ich zur Heimattreuen Deutschen Jugend. Das ist die organisierte braune Kindererziehung. Ich bin 2005 wirklich darauf gestoßen, war völlig überrascht, dass es so etwas in dieser Größenordnung gibt in der Bundesrepublik und uns das so lange auch entgangen ist. Aber noch schockierender war, wie wenig die Behörden wussten. Wir sind da auf solche Ahnungslosigkeit gestoßen, obwohl wir heute vom Verfassungsschutz immer eines Besseren

belehrt werden sollen: angeblich haben sie schon seit 2001 V-Leute in der HDJ. Da wundere ich mich immer wieder, wie ahnungslos sie auch heute noch sind. Das kurz zur Arbeitsweise.

Die Freien Kameradschaften

Wir versuchen dort hinzuschauen, wo niemand hinschaut. Wir haben dieses Jahr 2009 ein Superwahljahr, das heißt, es wird maßgeblich auf die NPD geschaut, wenn überhaupt auf die rechte Seite. Tatsächlich ist es aber so, dass diese Wahlpräsenz, diese Wahlantritte nur möglich sind durch die freien Kräfte, durch die Präsenz der Freien Nationalisten, des sogenannten Nationalen Widerstandes. „Rechte Graswurzelarbeit statt Volksfront“ - das ist ein sehr aktueller Titel, weil es zurzeit eben zu Auseinandersetzungen in der Szene gekommen ist. Da gehe ich später noch darauf ein. Grundsätzlich erst mal zum Entstehen der Freien Nationalisten, der Kameradschaften: Anfang der 90er Jahre hat es eine Verbotswelle der kleinen rechten Parteien in Westdeutschland gegeben. „Nationale Liste“, später die „Freiheitliche Arbeiterpartei Deutschland“ - die FAP - wurden verboten und Strategen der Szene, wie Christian Worch, haben sich 1992/1993 überlegt, wie kann ich diese Verbote umgehen, wie macht es eigentlich die linke Szene? Das hat er ganz offen eingeräumt, dass er wirklich bei der linken Szene abgekupfert hat. Und dann hat er sich überlegt, zusammen mit anderen Drahtziehern oder Kopfmenschen aus dieser Szene: Wie kann ich eine strukturelle Organisation ohne formale Organisation aufbauen? Und dadurch sind die Kameradschaftsstrukturen entstanden. Das heißt scheinbar autonom agierende Strukturen. Zum Selbstverständnis hat das Aktionsbüro Nord, eine der Vordenkerstrukturen unter der maßgeblichen Führung damals unter anderem von Christian Worch aber vor allem auch von Tobias Thiesen & Co. aus Hamburg, folgendes formuliert:

„Ich verstehe freien Nationalismus als eine innere Haltung, die sich grundsätzlich unterscheidet von lebensfremden Parteikonventionen, muffiger Vereinsmeierei und rechten Spießbürgertum. Mein politischer Kampf ist keine flüchtige Erscheinung, sondern die Lebensauffassung, 24 Stunden Neonazi sein. Als Freier Nationalist habe ich den Vorteil, mich über alle Parteigrenzen und Organisationszwänge hinweg und überall engagieren zu können.“

Die Organisation des nationalen Widerstandes sieht so aus, Zitat:

„Ziel der Vernetzung ist es nicht, selbst eine bessere, neue Organisation heranzubilden, sondern es soll eine flächendeckende, effektive und schlagkräftige Form von Organisation ohne Organisation gefunden werden.“

Organisierung ohne Organisation ist das Schlagwort bei dieser Struktur. Tatsächlich ist es so, dass wir bundesweit davon ausgehen, dass rund 200 Kameradschaftsstrukturen aktiv sind. Man muss dazu sagen, dass es eine unheimlich schnelllebige Szene ist. Und vor allem wandeln die immer wieder ihre Namen um. Die nennen sich zum Beispiel wie bei uns in Niedersachsen: Mal Kameradschaft Weserbergland, dann heißen sie Nationale Offensive Schaumburg, dann heißen sie wieder nur Nationaler Widerstand usw. Es gibt Strukturen, die nicht als feste Struktur zu erkennen sind was auch so gewollt ist. Informell vernetzt sind die Kameradschaften in der Bundesrepublik über so genannte Aktionsbüros oder wie sie sich jetzt auch nennen: Netzwerke. Das sind Beispiele, die ich da aufgeführt habe. Eines der ganz wichtigen und straff strukturierten Netzwerke, ist das Soziale Nationale Bündnis Pommern, SNBP. Auch für uns als Journalisten immer noch eine ganz geheimnisvolle Struktur, die derartig straff nach außen organisiert ist - genauso wie die Mecklenburgische Aktionsfront unter David Petereit -, wo wirklich kaum Einblick gewährt wird und wo wir ganz wenig über die Strukturen wissen. Über diese Aktionsbüros werden Strategien und werden Kampagnen ausgegeben. Sie haben das vielleicht auch mitbekommen: Das Aktionsbüro Nord nennt sich jetzt Netzwerk Nord aus Hamburg. Und die haben jetzt an 100 Schulen in Niedersachsen eine Kampagne angekündigt, ein Bildungsangebot zur Verfügung zu stellen, und haben Mails an die Schulen geschickt, unter dem Slogan „Neues Volk“. Eigentlich haben sie gar nichts gemacht. Sie sind gar nicht vorstellig geworden an den Schulen. Sie haben nur die Mails rausgeschickt. Daraufhin gab es vom Kultusministerium sofort eine Reaktion in Hannover. Die haben gesagt: „Kein Kontakt zu diesen Rechten“. Und daraufhin hatten sie natürlich die Medienöffentlichkeit und der Clou war gelungen. Und das zeigt auch, wie diese Strategien wirklich ticken. Sie arbeiten ganz bewusst mit der Öffentlichkeit.

Ganz wichtig ist natürlich, wenn man sich mit Kameradschaften beschäftigt, dass sie versuchen - wie hier jetzt in Schönebeck, also in Sachsen Anhalt -, wirklich an ganz junge Leute zu kommen. Sie erst mal anzufixen. Sie sprechen ganz gezielt Leute an Tankstellen an, Leute, die da irgendwie rumlungern, oder die sich irgendwo an Bushaltestellen treffen. In Ostvorpommern habe ich das gesehen, die werden dort gezielt angesprochen. Die Hemmschwelle ist natürlich unheimlich niedrig für Jugendliche, weil sie natürlich erstmal diese Parteikonvention fehlt - sie müssen keine Satzungen beachten, sie müssen nicht vorstellig werden in dem Sinne, sie müssen nicht still sitzen, sondern das Ganze wird wirklich attraktiv gestaltet. Attraktiver Aktionismus wird immer weiter ausgeprägt. Es ist eine Erlebniswelt zwischen Rechtsrockkonzerten, zwischen rechter Musik, zwischen Partys und Demonstrationen. Das hat natürlich gerade in bestimmten ländlichen Strukturen eine unheimliche Attraktivität für die jungen Leute und zunehmend auch für junge Mädchen. Was wenig beachtet wird: Der Zulauf von Frauen und jungen Mädchen ist enorm

in der Szene. Diese sogenannte Erlebniswelt „rechts“ wird immer weiter vervollkommen, also in bestimmten Strukturen weiter ausgeprägt. Wir wissen teilweise, dass sie es in bestimmten Bereichen - ich habe mir selber letztes Jahr in Vorpommern die ganzen Orte angeschaut oder wir beobachten es zurzeit auch ganz extrem im Bereich Ludwigslust - wirklich versuchen, immer weiter vorzudringen, auch über die Vereine. Es wird wirklich immer attraktiver gestaltet.

„Nationale Volksfront“

Die Nationale Volksfront ist ein Clou der NPD-Strategien zusammen mit den Kameradschaftsführern gewesen, eben zusammenzuarbeiten, den Bruderkampf, wie sie das genannt haben, zu beenden und gemeinsam aufzutreten. Das Konzept wurde auch aus der Not heraus geboren, weil die NPD eben diesen Kampf um die Parlamente starten wollte und ganz genau wusste, wer für sie eigentlich die Arbeit macht, wer die Plakate aufhängt und wer die Stände organisiert. Sie hatten überhaupt keine Strukturen dort im ländlichen Bereich und in den Vorstädten. Das heißt, sie mussten aus der Not heraus auf die Kameradschaftsstrukturen zurückgreifen, die sich seit 1992/1993 sehr stark herangebildet haben. Die Kameradschaftsstrukturen können wirklich von Kleinstgruppen, fünf Leute bis zu 90 Leuten, wie zum Beispiel im Bereich Salzwedel, stark sein.

Sie sehen hier auf dem Bild typische Anführer der Kameradschaftsstrukturen. Links ist Thomas Wulff zu sehen, genannt ‚Steiner‘ - nach einem SS-General -, in der Mitte ist Jürgen Rieger - im Herzen immer noch Freier Nationalist, radikal, absolut überzeugter Hitleranhänger und in der NPD sehr ungern gesehen. Aber er hat sich eingekauft und ist mittlerweile Stellvertretender NPD-Vorsitzender und immer noch verhasst. Rechts ist Thorsten Heise - er war Kameradschaftsanführer in Nordheim, eine der militantesten Kameradschaften in Niedersachsen. Zurzeit haben sie wieder mit Waffenfunden von sich Reden gemacht. Thorsten Heise ist einer der größten Rechtsrockproduzenten in der Bundesrepublik. Es gab vor kurzer Zeit wieder eine Razzia, wo auch Waffen bei ihm gefunden wurden. Es handelt sich um äußerst militante Anführer, die jetzt alle im Präsidium, in der Spitze der NPD mitmischen, abgesehen von Thomas Wulff, der aber ein ganz wichtiger Drahtzieher und Bindeglied zwischen Kameradschaften und NPD ist.

Der Deutschlandpakt 2004 bis 2005, eingeleitet von Udo Voigt unter NPD-Führung: Der Deutschlandpakt besagt eigentlich nichts weiter als: „Wir machen Wahlabsprachen und wir jagen uns nicht mehr die Stimmen ab“, was auch dazu geführt hat, dass die NPD kaum ein halbes Jahr später, 2004, auch in den Sächsischen Landtag einziehen konnte. Diese Zusammenarbeit, dieser Deutschlandpakt, hat über Jahre hinweg gehalten. Auf die internen Streitereien komme ich gleich noch zu sprechen. Nach der Einführung des Deutschlandpaktes sah es tatsächlich so aus, dass sie im Wahlkampf hier in Niedersachsen - die Landtagswahl war im letzten Jahr - wirklich gezielt zusammen-

gearbeitet haben. Links sehen Sie Andreas Molau im Bild - ehemaliger Waldorflehrer - dann Spitzenkandidat der NPD. Er hat ein Zweckbündnis mit den Kameradschaften in Niedersachsen gegründet, um bei den Landtagswahlen in diesem Flächenstaat überhaupt antreten zu können. Sie sehen rechts wieder den Geldgeber, Jürgen Rieger, in der Mitte Thorsten Heise - wohnt zwar mittlerweile wieder in Thüringen aber die Nazis arbeiten gerade in den Kameradschaften sehr stark über die Ländergrenzen hinweg.

Bürgernähe der NPD

Das ist eine Sache, die die Polizei, meiner Ansicht nach, viel zu wenig beachtet. Wir sehen, dass die Vernetzung der Kameradschaftsstrukturen wirklich ganz gezielt über Ländergrenzen hinweggeht. Das sieht man hier auch an dem Beispiel. Aber sie arbeiten eben gezielt zusammen, wenn es um Landtagswahlen und Kommunalwahlen geht. Und das hat einigermaßen funktioniert über die Jahre hinweg. Zitat von Andreas Molau:

„Wir müssen Schutz und Heimat im „entorteten“ globalistischen Chaos versprechen, das ist unsere Chance. Wir müssen erst die Kommune, also die Dörfer gewinnen. Die Deutschen müssen sich hier erst wieder identifizieren und das ist dann erst die Voraussetzung für eine neue Nationalbewegung. Wir erobern die Städte vom Land aus.“

Eigentlich eine alte Parole, die sie immer wieder auch anwenden. Udo Voigt im Gespräch am Biertisch über dem Becher Bier. Man gibt sich bürgerlich, man ist da, man hört zu. Natürlich immer den Bodyguard dabei, aber die Leute kommen auf ihn zu. Ein neues Phänomen, wo die NPD ganz klar sagt: „Wir wollen uns bürgernah gerieren. Wir wollen nicht nur für das Potential, das wir eh schon haben da sein, sondern wir wollen wirklich zeigen, wir kümmern uns, wir hören zu.“ In Mecklenburg-Vorpommern haben wir beobachtet, dass sie nach dem Einzug in den Landtag 2006 tatsächlich angefangen haben, Bürgerbüros zu gründen und aufzubauen. Und die sind geöffnet. Ich bin neulich noch mal in Lübtheen gewesen und es ist tatsächlich so: Die Tür steht offen. Es steht draußen ein Plakatträger und es wird darauf hingewiesen: „Sie können zu uns reinkommen. Wir beraten Sie.“ In Ostvorpommern, in Anklam, ist es zum Beispiel so, dass sie Hartz IV-Beratung machen, dass sie Hausaufgabenhilfe anbieten oder zu Weihnachten ein Weihnachtsbasteln anbieten. Man sieht wirklich, die Leute gehen rein. Und tatsächlich ist es so, dass die Hemmschwelle auch für ganz normale Leute aus dem Mittelstand sinkt. Das sind nicht nur Jugendliche, die dort hingehen. Es sind auch besorgte Mittelständler, Unternehmer, die dort ins Büro reingehen und sich unterhalten. Diese Bürgerbüros funktionieren scheinbar und diese Bürgernähe wird ganz gezielt als Strategie eingesetzt, um Nähe zu zeigen. Auch von Kameradschaften aber auch von der NPD vor Ort. Auf kommunaler Ebene kann die Ausgrenzung unterlaufen werden. Die kommunalpolitische Verankerung ist eine der wichtigsten Strategien der Szene zurzeit. Die so

genannte nationale Volksgemeinschaft zu leben, ist jetzt die Strategie nach innen.

Das heißt, wir müssen stabiler werden, wir müssen auch mit internen Konflikten umgehen können, wir müssen die Frauen an uns binden, die Frauen dürfen nicht der Ausstiegsgrund Nummer 1 bleiben. Sondern die Frauen müssen auch langfristig der Szene verhaftet bleiben, auch wenn sie nicht mehr mit dem Typen zusammen sind, sie sollen dabei bleiben. Die Volksgemeinschaft muss funktionieren. Wenn ich 24 Stunden Nazi sein will, wenn ich mich wirklich der Sache widmen will - meiner Gesinnung -, dann muss ich auch in einer Gemeinschaft leben können. Im Westen können wir beobachten, dass es tatsächlich schon Familien gibt - also Männer und Frauen -, die innerhalb der Szene geheiratet haben. Es gibt da regelrechte Partnerbörsen oder Vermittlungen, sowie Frauen oder Männer, die teilweise schon in der zweiten oder dritten Generation aus der rechten oder nationalistischen Szene stammen. Und diese Volksgemeinschaft zu leben, ist eine interne Strategie. Das sieht dann teilweise so aus, wie oben beim Sommerfest in Sangerhausen im letzten Jahr. Da war nicht mehr ganz so viel los wie in den Jahren davor, weil auch mehr Gegenaufklärung stattgefunden hat. Die Nazis sind ein wenig ausquartiert worden ins Industriegebiet. Das macht man mittlerweile ganz gerne, dass man versucht, ihnen das mit Auflagen schwer zu machen und außerdem gab es ein Problem für die Nazis dort vor Ort: Sie durften kein Bier ausschenken. Und das ist natürlich bei so einem Sommerfest schon eine Auflage - die hat auch in Gera ganz gut funktioniert. Wenn sie nur alkoholfreies Bier bekommen und dort ein Rechtsrock-Konzert mitten in der Öffentlichkeit im Park stattfindet, dann haben sie nicht so richtig Spaß. Also sie haben sich schwer getan, dort Feierstimmung aufkommen zu lassen. Ganz rechts im Bild sehen Sie dann tatsächlich die Strategen dort vor Ort in Sangerhausen. Die Frau, die so harmlos wirkt mit dem Kinderwagen, ist Judith Rothe. Dahinter ihr Mann, der bullige Glatzkopf, tätowiert, Enrico Marx. Er selber war Kameradschaftsführer einer starken Kameradschaftsstruktur vor Ort, Ostara nannten die sich. Mittlerweile sind sie beide in der NPD. Sie ist im Kreistag Südharz Mansfelder Land. Sie hat vor Ort 15 % der Stimmen erhalten, sitzt, von 20 Eltern gewählt, im Elternrat, in der Elternvertretung der Klasse einer ihrer drei Söhne, und tatsächlich sind die zu Hause bei sich akzeptiert. Also es ist wirklich so, dass sie dort ganz ungeniert Treffen abhalten. Sie haben einen Versandt, der Staatsfeindversandt. Den haben sie gehabt, bis ihnen die Konzession entzogen wurde. Ihre Haus - das ist eine ehemalige Gaststätte „Zum Thingplatz“ -, von dem der Verfassungsschutz in Sachsen-Anhalt mittlerweile sagt, dass es ein Treffpunkt der rechtsradikalen Szene von übergeordneter Bedeutung ist. Aber dennoch stört es niemanden. Ich habe letzte Woche noch mal bei den Kreisvertretern aller Parteien angerufen und sie sagen, die tritt dort sehr bürgerlich auf, kümmert sich um den Baumbestand in Sangerhausen, kümmert sich darum ob Krippenplätze geschaffen werden, zeigt Interesse, redet nie, sagt nie

ein Wort öffentlich aber sie ist jemand, die hinterher immer schriftliche Anfragen stellt und immer wieder auch schriftliche Anträge einbringt. Also eigentlich waren sich alle einig: Sie bewegt nichts aber sie zeigt Präsenz.

Eine weitere Strategie von Kameradschaften und der NPD ist es, als normale Partei erscheinen zu wollen und zu zeigen: „Sie können auf uns zukommen. Sie können Ihr Anliegen anbringen.“ Und das ist ganz wichtig. Sie machen keine parlamentarische Arbeit, keine sinnvolle parlamentarische Arbeit, aber sie zeigen Präsenz und sie finden Akzeptanz.

Regionale Alltagspräsenz

Hier sehen sie ein „Schottenfest“ in Sachsen-Anhalt. Das ist auch etwas, um die Leute aus der eigenen Szene nett zu unterhalten. Das Schottenfest wird von den Strukturen der Freien Nationalisten Altmark organisiert. Diese Altmark-Szene ist ganz eng vernetzt mit den Freien Nationalisten, den Neonazis, in Niedersachsen. Gerade in der Altmark gibt es große Probleme. Dort gibt es immer wieder Übergriffe auf Volksfeste und wenn das zu schlimm wird, dann engagieren die Volksfestbetreiber, die Schützenvereine eine Security und die Security wird wiederum von den Nazis gestellt. Sie verdienen Geld damit, dass sie ihre eigenen Kameraden von Gewalttaten bei den Volksfesten abhalten und das funktioniert. Die machen da richtig Geld mit. Dieses „Schottenfest“ findet seit Jahren statt und das Schlimme ist, dass die lokale Presse immer wieder wohlwollend darüber berichtet hat. Die haben gar keine Probleme damit gehabt, dass das eine Naziveranstaltung ist. Sie haben immer wieder berichtet, bis zum letzten Jahr - wo es eine umfassende Aufklärung gegeben hat, wo es eine Empörung gab und zum ersten Mal nicht so getan wurde, als ob dieses „Schottenfest“ eine normale Veranstaltung sei.

Soziale Frage von rechts

Soziale Thesen im Visier von freien Nationalisten, ein ganz wichtiges Thema und es wird vom Cheftheoretiker der NPD Jürgen Gansel – das gilt für Kameradschaften und NPD gleichermaßen – so formuliert: „Im Übrigen interessiert die Leute auf der Straße nicht der Holocaust, sondern die Alltagsprobleme wie etwa Hartz IV. Die NPD ist bestrebt, die Menschen dort abzuholen, wo sie sich geistig befinden.“ Mit ihren klassischen Positionen Holocaust-Relativierung oder Grenzen des Deutschen Reiches führen sie keine nach außen gerichteten Wahlkämpfe. Nicht dass das kein Thema ist. Intern sind das natürlich ganz wichtige Themen, wie jetzt im Februar auch wieder der große Aufmarsch zum so genannten „Bombenholocaust“, also zur Bombardierung Dresdens am 14. Februar, wo tausende von Neonazis wieder auf die Straße gehen werden. Aber die Wahlkämpfe sind geprägt durch soziale Themenwahl. Zitat noch einmal von Jürgen Gansel: „Adolf Hitler und die NSDAP sind Vergangenheit, Hartz IV und Globalisierung, Verausländerung und EU-Fremdbestimmung aber bitter böse Gegenwart. Insofern haben wir Nationalisten zwingend Gegenwartsthemen aufzugreifen und die soziale Frage

konsequent zu nationalisieren. Laden wir die soziale Frage weiterhin völkisch auf.“

Das sind Themen, die sie gerne wählen aber zum Beispiel auch das Thema Todesstrafe für Kinderschänder. Das sind Parolen, mit denen sie gezielt versuchen – zum Beispiel nach dem Mord an einem kleinen Mädchen in Leipzig – populistisch zu arbeiten und auch ganz gezielt versuchen, Frauen anzufixen. Oft werden diese Demonstrationen von Frauen angemeldet, von Neonazistinnen. Es ist wirklich ein soziales Thema, mit dem sie versuchen an die Bevölkerungsgruppen heranzukommen, an die sie sonst nicht kommen. Sie sehen rechts auch Umweltschutz, ist ja Heimatschutz, da setzt man sich ein. In Niedersachsen war es so, dass der NPD-Spitzenkandidat Molau sich zum Beispiel für den Weiterbestand des Turmfalken eingesetzt hat oder gerade in Bayern setzt man sich sehr stark für die Milchbauern ein. Also alles, was irgendwie nationalistisch benutzt werden kann, wird aufgegriffen. Das unten sind Wahlsprüche des Sozialen und Nationalen Bündnisses Pommern, die Kameradschaftsstruktur aus Vorpommern. Da geht es auch wieder darum: „Wehrt euch, seid kämpferisch!“ Das ist ein Duktus, den die immer wieder drauf haben: „Wehrt euch gegen diese Etablierten, wehrt euch gegen die in Schwerin, wehrt euch gegen die in Berlin!“ Immer wieder auch sehr radikale Slogans. Ganz anders als vielleicht im Bereich Westdeutschland, wo doch ein bisschen gemäßigter vorgegangen wird.

Frauen in der Szene

Hier Bilder vom Wahlkampfauftakt der NDP in Mecklenburg-Vorpommern in Lübbtheen, der wunderschönen Lindenstadt – wie sie selber sagen – im Bereich Ludwigslust, gleich hinter der Elbe. Das war im Juni 2006, vor dem Einzug in den Landtag. Es war tatsächlich so, dass dort eine Kapelle spielte und die Frauen Kaffee und Kuchen ausgeschenkt haben. Es gab eine Hüpfburg für die Kinder und man hat wirklich so getan, als ob das ein Volksfest für die Bürger sei. Diese Volksfeste, die so genannten geöffneten Feste – nicht mehr intern nur für die Szene – finden immer mehr Verbreitung. Der Mann mit dem Fahrrad auf dem Foto – ich habe ihn gefragt, ob er auch bei der NPD sei – da sagt er: Nein, er wolle nur mal schauen. Drei Stunden später war er immer noch da und hat sich wunderbar unterhalten. Auch die Taxiunternehmerin und der Apotheker waren da und auch ein Tischler. Es ist so, dass Udo Pastörs zusammen mit den Kameradschaften dort sogar seit Jahren einen Unternehmerstammtisch abhält und der wirklich auch Bestand hat und frequentiert wird. Frauen als Sympathieträgerinnen, das haben sie wahrscheinlich mitbekommen, wird jetzt Gott sei Dank seit 1 bis 2 Jahren auch wieder in der Öffentlichkeit thematisiert. Es gab letztes Jahr im Sommer, im Juni, eine Umfrage im Auftrag der Bild am Sonntag, wonach 14 % der befragten Mädchen und Frauen gesagt haben, sie würden durchaus überlegen, eine Partei rechts von der CDU zu wählen. Das heißt, jede 7. Frau, jedes 7. Mädchen könnte eventuell auch NPD-Wählerin sein. Die NPD hat das sehr wohl im Blick und sie versuchen dieses

Potential auch ganz klar zu nutzen. Frauen haben sie als riesiges Potential entdeckt und sie benutzen auch Frauen dazu, strategisch ihre kommunalpolitische Verankerung, ihre Verbürgerlichung, voranzutreiben. Und diese Frauen haben sich in Sotterhausen, auch wieder im Bereich Sangerhausen, also Sachsen-Anhalt, getroffen und den Ring Nationaler Frauen gegründet. Wenn Sie die Frauen sehen, würden Sie wahrscheinlich keine von denen als Neonazistin erkennen. Auch wenn sie eine Skingirl-Vergangenheit haben mögen, sie sehen heute sehr bürgerlich aus. Dieser Ring Nationaler Frauen ist eine Unterorganisation der NPD. Sie sagen, es sind alle Frauen willkommen aber natürlich müssen sie Deutsche sein. In der Mitte, die Dame in weiß, ist Judith Rothe und in der Mitte, mit der roten Bluse, ist die Sprecherin und eine der Frauen, die für uns auch wirklich journalistisch eine Katastrophe ist, weil sie derart aalglatt ist, dass ist Stella Hähnel, ehemals Palau, hier in Berlin aktiv, auch im Bundesvorstand der NPD. Alles Frauen, die auch sehr viel Verständnis für Gewaltbereitschaft in der Szene haben aber das nicht nach außen tragen und die durchaus auch aus Kameradschaftsstrukturen kommen. Die Stella Hähnel in der Mitte war mit einem der militantesten Kameradschaftsführer von Berlin verheiratet, Oliver Schweigert. Geheiratet haben sie am 20. April. Die zweite von rechts ist Gitta Schübler, einzige Frau in einem Landtag, und ganz links, eine der Drahtzieherinnen, Petra Müller aus Calw in Baden-Württemberg. Wirklich eine Frau, auf die man viel zu wenig geachtet hat. Eine ganz starke Multiplikatorin zwischen Kameradschaftsstrukturen, NPD und heidnisch-germanischen Gruppierungen. Sie ist immer wieder auch in Niedersachsen auf dem Heisenhof mit ihrer Artgemeinschaft und Jürgen Rieger.

Der Ring Nationaler Frauen will Frauen schulen und politisch motivieren, wirklich auch in Ämter zu gehen. Die breiten sich gerade aus, gründen neue Sektionen. Das ist eine Kaderorganisation, keine Massenorganisation. Das heißt, man will wirklich Führerinnen heranzubilden, die in der Lage sind, weitere Frauen, junge Frauen, für die Szene zu gewinnen.

Der Herr auf dem Bild rechts außen, Frank Klawitter, hat die Freien Nationalisten oder die Nationalisten Greifswald gegründet. Er hat Anfang der 90er Jahre vor einem Panzer mit einer Wehrsportgruppe posiert. Er hat zu rechten Hausbesetzern in der Hansestadt Greifswald gehört und er ist maßgeblich an der Kindererziehung in der Heimattreuen Deutschen Jugend im Bereich Ostvorpommern beteiligt. Und nichtsdestotrotz war er jahrelang für den THW in Greifswald für die Jugendarbeit zuständig. Nur auf Druck der Öffentlichkeit bzw. aufgrund der Medien ist er jetzt von seinem Amt zurückgetreten. Das ist eine sehr typische Geschichte -, dass wir langsam auch bei unserer Arbeit merken, jetzt kommen auch mal Feuerwehrleute in unsere Vorträge. Es kommen Ansprechpartner aus Schützenvereinen und wir haben Pfadfinder. Die merken jetzt langsam, dass sie unterwandert werden sollen. Gerade in Sportvereinen ist eine große Tendenz da. Die Neonazis versuchen wirklich ganz

gezielt in den politischen Raum vorzudringen und diesen zu manipulieren. Eines der besten Beispiele sind die Snevern Jungs. Das ist eine der straffsten Kameradschaften im Westen, in Niedersachsen, in der Lüneburger Heide. Und die arbeiten nach dem von der NPD vorgegebenen Motto: „Raus aus den Hinterzimmern, rein in die Vereine, Freiwilligen Feuerwehren, Sportvereine.“ Sie können das vielleicht hier schwer erkennen, das sind die Snevern Jungs, die Anführer beim Blutspenden. Die gehen auch zum Preisdoppelkopf, zum Skat, die machen ganz normal mit. Ich habe das vor zwei Jahren erlebt: die Cheerleader stehen am Straßenrand und dann wird gejubelt, wenn die Läufer reinkommen und dann sind die Neonazis dabei und tragen ihre T-Shirts. Die haben nachher, wenn sie mit dem 5km-Lauf oder dem 10km-Lauf durch sind, ihre Banner und alle jubeln. Das ganze Volk steht drum herum und keiner muckt auf, dass das Neonazis sind, die dort mitgemacht haben und das Ganze für sich manipulieren und ausnutzen. Und genauso fotografieren sie sich auch bei solchen Aktionen immer wieder und feiern das als Erfolge. Bei den Snevern Jungs muss man noch sagen, dass es für die Neonaziszene sehr typisch ist und auch für die Kameradschaftszene in Niedersachsen. Ein Mitglied ist zum Beispiel Unternehmensberater, Finanzberater. Das sind alles Leute, die keine Randexistenzen sind. Die sind in ihrer Heimat Sneverdingen wirklich akzeptiert. Es hat keiner was gegen die. Das sind Handwerker, das sind Zimmermannsleute. Das ist in Niedersachsen eine generelle Tendenz, dass die Kandidaten der NPD überwiegend aus Kameradschaftsstrukturen, Mittelständler, sind. Ganz klar Leute, die irgendwie dazugehören und die auch Akzeptanz in der Bevölkerung finden. Und das ist wirklich ein Phänomen, was wir momentan sehr verstärkt beobachten.

Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ)

Unten rechts, das ist die Anführerin oder die Bundesführerin der Heimattreuen Deutschen Jugend, Holle Böhm, aus Brandenburg bzw. früher Schleswig Holstein. Sie versuchen wirklich auch volkstümlich aufzutreten. Aber es geht nicht nur darum, in den eigenen Reihen dieses Volkstümliche weiter zu verbreiten, sondern es geht auch gezielt darum, im bürgerlichen, vorkommunistischen Raum auftreten zu können, mitzumischen und ganz normal an Wettbewerben teilzunehmen. Ein Teil der Kameradschaftsstrukturen, aber auch ein Teil der NPD - also der Inner Circle Bereich dieser Strukturen, ist die organisierte Kindererziehung. Auch wenn wir bisher immer wieder darauf hingewiesen haben, dass maßgebliche NPD-Führer dort die Kindererziehung übernehmen, ist es tatsächlich auch so, dass viele von denen aus den radikalen Kameradschaftsstrukturen kommen. Viele sind vorbestraft, unter anderem wegen Körperverletzungsdelikten oder Sprengstoffbesitzes. Nichtsdestotrotz tragen sie dennoch zur organisierten Kindererziehung bei. Die Heimattreue Deutsche Jugend ist eine bundesweit organisierte Struktur. Ein Verein, der beim Amtsgericht Kiel eingetragen ist. Der Verfassungsschutz räumt mittlerweile ein, dass er aus 400 Mitgliedern besteht, Kinder, Kleinkinder und Ältere

nicht mitgerechnet. Die Heimattreue Deutsche Jugend versucht Kinder im Alter von sieben bis 29 Jahren für ihre Zeltlager, für ihre ideologischen Schulungen, zu gewinnen und sie zu Soldaten zu erziehen, soldatisch zu erziehen, mit einer Liebe zum Deutschen Reich und vor allem zu Kämpfern gegen das demokratische System, wie sie es nennen. Die Heimattreue Deutsche Jugend ist keine nur in einer Parallelwelt im Inner circle agierende Organisation. Sie sind aber keine Massenorganisation, wie auch viele andere Organisationen in der Szene, sondern sie sind wiederum eine Kaderorganisation. D.h., diese Jugendlichen können mit 14 Jahren eine Messer- und Mutprobe ablegen – vielmehr, müssen sie ablegen – da gibt es eine Gruppendynamik. Dann sind sie Unterführer und dann übernehmen die auch schon mit 14 bis 15 Jahren die Jüngeren.

Sie sehen hier oben auf den Bildern den militärischen Charakter. Das ist tatsächlich so, dass sie seit Jahren uniformiert auftreten. Das ist mittlerweile laut Versammlungsgesetz verboten aber nichtsdestotrotz sagen sie: „Die Uniform gehört zu uns“. Diese Kinder wachsen mit einer Verehrung für SS-Dichter auf: Herbert Böhme, Kurt Eggers. Sie lernen, dass der 2. Weltkrieg, das Hitlerregime, „der Großdeutsche Freiheitskampf war“. Diese Kinder haben eigene Kreuzworträtsel, in denen sie lernen, wer der letzte deutsche Reichskanzler war oder welche Gebiete eigentlich noch zu Deutschland gehörten. Die Mädchen tragen grundsätzlich, auch wenn die Uniform verboten ist, bunte lange Röcke. Diese Uniformität ist ganz wichtig, weil sie lernen: „Ich bin nichts, mein Volk ist alles“. Wir haben seit einigen Jahren verschiedene Lager beobachten können. Das geht zwar nie ohne Stress ab aber anders kann man es nicht zeigen. Man muss diese Bilder wirklich nach außen tragen weil lange weggeschaut wurde. Es ist tatsächlich so, dass diese Kinder nicht individuell auftreten sollen. Es ist immer nur eine Gruppenbildung da. Es wird auch nichts dem Zufall überlassen. Es wird gesagt: „Warum musst du hier ein Buch lesen in diesem Lager? Du bist doch für die Gruppe da. Und ihr müsst hier doch nicht individuell auftreten“. Anglizismen sind verpönt. Diese Kinder sollen Deutsch sprechen und so wird alles auf das Groteske eingedeutscht. Sie essen nur beim deutschen Gastwirt aber wenn sie denn mal eine Pizza bestellen, dann heißt die Gemüseuchen oder das Internet ist das Weltnetz. Wir haben mit Herbergsvätern an Orten von HDJ-Lagern gesprochen, die gesagt haben, es ist wirklich gruselig wenn man das sieht. Wenn die Kinder im Schnee ein Winterlager haben und sie dann Wache stehen müssen über Stunden, dann frieren sie. Sie sollen abgehärtet, sie sollen zu Kämpfern werden. Es gibt aktuell von allen Fraktionen im Bundestag eine Verbotsforderung gegen die Heimattreue Deutschen Jugend. Aber ich bin doch besorgt oder ich bin immer wieder am zweifeln, ob es auch konsequent vorangetrieben wird.

Ich habe aktuell wieder recherchiert, an der Jahreswende, also an Silvester. Da machen sie immer das

größte Winterlager mit 200 bis 300 Teilnehmern. Ich selber habe nicht rausbekommen wo es war. Das sind immer nur so Glücksgriffe wenn wir mal erfahren, wo ein Lager ist. Aber ich habe dann rumtelefoniert und habe fast die Hälfte der Landesämter für Verfassungsschutz und die LKA's angerufen und das Bundesamt für Verfassungsschutz um zu erfahren, ob die etwas wissen. Ob sie sagen können, ob das Lager überhaupt stattfindet. Aber die wussten gar nichts. Den meisten Landesämtern für Verfassungsschutz musste ich erst einmal erklären, wer überhaupt die HDJ ist. Ich bin da ein wenig ernüchert, dass von Seiten der Verfassungsschutzbehörden tatsächlich mit dem Enthusiasmus dran gearbeitet wird, wie es nach außen behauptet wird.

Aufsplitterung der Szene?

Ein weiteres Phänomen, konträr zu dem völkisch-nationalen: Die Szene teilt sich gerade sehr. Das Skinheadmilieu ist am Abebben. Es findet sich noch in ländlichen Strukturen, aber überwiegend geht der Trend hier zum völkisch-nationalen. Man sieht immer mehr Jungs in Zimmermannshosen, in karierten Hemden. Scheitelträger sind wieder angesagt, Mädchen laufen bei Demonstrationen wieder mit langen Zöpfen und langen Haaren herum. Und das konträre Bild sind die Autonomen Nationalisten, die sogenannten rechten „Black Blocks“. Das sind Bilder von Demonstrationen aus Bad Nenndorf und Güstrow. Die Freien Nationalisten haben einen Slogan, der nicht bloß ein Parole ist: „We will rock you“. Es ist tatsächlich so, dass sie mit Anglizismen arbeiten und sich dem angepassten, gemäßigten Verhalten der NPD widersetzen wollen. Sie wollen Aktionismus zeigen, sie wollen auch zeigen: wir sind militant, wir machen was. Die „Autonomen Nationalisten“ sind um das Jahr 2002 entstanden, zu einem Zeitpunkt als sich abgezeichnet hatte, dass sich die Freien Kameradschaften der NPD annähern. Der Verfassungsschutz hat 2007 die Autonomen Nationalisten noch als militante Randerscheinung abgewertet. Ein Jahr später, 2008, haben sie dann doch warnend von einer neuen Qualität gesprochen. Tatsächlich ist es so, dass die Autonomen Nationalisten regional unterschiedlich stark ausgeprägt sind. Vor allem in Nordrhein Westfalen beobachtet man sie sehr straff organisiert oder auch sehr stark zunehmend. Aber auch in Berlin-Brandenburg, in Sachsen-Anhalt und Magdeburg zeigt sich immer mehr, dass diese Autonomen Nationalisten äußerst attraktiv für Jugendliche sind. Das Konzept ist nicht mehr, politischer Soldat zu sein, wie bei den völkisch-nationalen - bei denen, die in der Heimattreuen Deutschen Jugend oder bei den Jungen Nationaldemokraten heranwachsen -, sondern sie wollen politischer Partisan sein. Das heißt, sie wollen straffere Aktionen starten und Sachen wie auch Menschen angreifen.

Ich hatte kürzlich ein Aussteigergespräch mit einem Autonomen Nationalisten. Aussteiger kann man das gar nicht nennen, denn der wollte gar nicht aussteigen, der wollte gleich zu den Linken und gleich Querfront machen. Ich habe gesagt, du bist ein Straftäter, irgendwie muss da erstmal ein Prozess in

deinem eigenen Kopf ablaufen, bevor du jetzt gleich weitermachst. Aber davon wollte er nichts hören. Es ist schon erschreckend, wie die oft ticken. Bei ihm ist es tatsächlich so gewesen, dass die versucht haben, mit den Autonomen Nationalisten, mit ihrer kleinen Truppe, wieder einen Ort als befreite Zone zu erkämpfen. Dort wurden nicht primär Ausländer, Emigranten, gejagt sondern Linke. Darauf war er ganz stolz und sie haben ganz gezielt Überfälle durchgeführt und Jugendliche zu Hause vor der Haustür abgegriffen, überfallen und zusammengeschlagen. Solche Angstaktionen werden ganz gezielt getätigt und sie freuen sich schon auf den 1. Mai in Hannover, haben sie gesagt, vor allem nach dem Erfolg, den sie in Hamburg hatten, als sie dort die Polizeiketten durchbrochen haben – die Polizei war nicht vorbereitet. Mich wundert das, denn das zeichnete sich wirklich seit Jahren ab. Dass die Polizei so wenig darauf vorbereitet war, wundert mich sehr. Aber sie sind dann wirklich auf Journalisten und auf Gegendemonstranten losgegangen und haben dort zugeschlagen. Ich denke, Hannover wird sich darauf einstellen müssen, dass es dort zu sehr starken gewalttätigen Ausschreitungen kommen könnte.

Militanz auch bei der NPD

Auf diesen Fotos sehen sie ein Event, mit dem keiner gerechnet hat. Das war der Wahlkampfauftakt der NPD in Schleswig Holstein. Sie saßen dort alle im Saal, Kameradschaften und NPD zusammen. Das war nach dem Entstehen der Volksfront. Auf einmal war draußen eine Gegendemonstration, 20 bis 30 Gegendemonstranten. Und plötzlich hieß es nur, alle starken Männer raus. Und dann sind die wirklich rausgestürmt und da konnte man sehen, dass dieses parlamentarische, scheinbar demokratische Maske ruck zuck fallen gelassen wird und sie dann wirklich zu Straftätern und Gewalttätern werden. Sie haben uns dann als Schutzschild gegriffen, als die Steine flogen. Es war wirklich eine Aktion, die nur eingedämmt werden konnte, indem zwei Zivilbeamte dort in die Luft geschossen haben. Eine Demonstrantin, die am Boden lag, wurde noch mit Fußritten traktiert. Unter anderem war auch der NPD-Landtagsabgeordnete Stefan Köster beteiligt. Man erkennt hier sehr deutlich, dass Gewalt für die NPD ein politisches Mittel ist, dass ihre Politik ganz klar mit Militanz einher geht und dass man genau hinschauen muss und sich wirklich nicht blenden lassen darf, dass das auch nur annähernd eine harmlose Partei ist.

Wir haben das jetzt in Niedersachsen, in der Lüneburger Heide, wieder beobachtet. Die Polizei hat das offen eingeräumt. Dieser junge Mann rechts, der da von der Polizei gepixelt wurde, ist nicht nur NPD-Politiker in Osnabrück, sondern auch Erzieher bei der Heimattreuen Deutschen Jugend. Gegen ihn läuft ein Verfahren wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz. Er hat nicht nur Wehrsportübungen abgehalten sondern hat auch eine „rassepolitische“ Schulung dort mit Kindern und Jugendlichen veranstaltet. Das sind die Waffenfunde von dieser Woche in Südniedersachsen. Das ist nur einer von vielen Waffenfunden. Gerade in Niedersachsen, in Bayern,

ist es verwunderlich, wie militant dort die Szene auftritt und wie viel dort die Polizei auch zutage bringt. Aber gerade die Strukturen in Niedersachsen zeigen die Vernetzung auf, dass sie über die Länder hinaus zusammenarbeiten, nach Thüringen, nach Sachsen-Anhalt. Es gibt dort große Kameradschaftszusammenschlüsse.

Ausblick:

Zusammenarbeit NPD – Kameradschaften

Projektbezogene Zusammenarbeit statt rechter Volksfront; das ist das Aktuelle zurzeit. Die Volksfront bröckelt. Das heißt, die Zusammenarbeit zwischen Kameradschaften und NPD ist nicht so wie sie eigentlich sein sollte, wie es weiterlaufen sollte im Superwahljahr. Man steckt momentan, immer noch rechtzeitig, die Claims ab. Die Kameradschaften möchten mehr Macht haben, möchten sich radikaler gerieren können, möchten nicht so angepasst erscheinen und es gibt ein paar Auslöser für diese Konflikte. Einer davon ist unter anderem Jürgen Rieger im Bundesvorstand der NPD. Dort ist er sehr verhasst. Viele von denen haben ihn nicht gewollt. Aber er ist natürlich wichtig, weil er als Millionär die Szene sponsert. Links, das war die Aktion von Thomas Wulff, von „Steiner“ Wulff, als er im Sommer 2008 in Passau die Reichskriegsfahne mit Hakenkreuz in das Grab von Friedhelm Busse gelegt hat. Das ist natürlich eine Aktion gewesen, über die sich der gemäßigte parlamentarische Flügel der NPD unheimlich aufgeregt hat: „Mit solchen Leuten können wir nicht zusammen arbeiten, die schaden unserer Verbürgerlichungsstrategie, das sind feindliche Kräfte“. Viele von der NPD verabschieden sich immer mehr von der gemeinsamen Front. Es treten immer mehr radikale Kameradschaftsanführer aus der NPD aus. Es gibt immer mehr Streit untereinander. Andreas Molau hat es so zusammengefasst: „Es gibt keine Volksfront aber wir können an einer Graswurzelrevolution arbeiten, um ein nationales Milieu zu schaffen. Jede Region muss ihre eigene Form der Zusammenarbeit finden“. Ich glaube, dass soll die Volksfront ersetzen. Sie wollen wirklich nur noch konzeptionell in bestimmten Regionen zusammenarbeiten. Das ist wahrscheinlich auch im Sinne der Kameradschaften, weil sie dann noch an Einfluss gewinnen können.

Als Letztes nur noch kurz aufgezeigt, wie die Fronten sich zurzeit abzeichnen:

Wir können im Moment nur von dem ausgehen, was wir über rechtsradikale und neonazistische Foren über Aussteiger, mitbekommen. Der NPD-Vorsitzende Udo Voigt, in der Mitte des Bildes, möchte gerne weitermachen, will den Vorsitz beibehalten. Er hat es immerhin geschafft, die Mitgliederzahl der NPD auf 7.200 Mitglieder zu verdoppeln. Er hat es eigentlich auch geschafft, die Volksfront über Jahre hinweg zu halten. Er hat den Deutschlandpakt mit der DVU geschafft. Aber er ist umstritten, weil Erwin Kemna – das ist der Schatzmeister der NPD – 741.000 Euro veruntreut hat, und die NPD angeblich nichts davon gewusst hat, dass 741.000 Euro mal eben so verschwinden. Voigt wird intern auf jeden Fall auch dafür mitverantwortlich gemacht, dass diese 741.000 Euro verschwinden

konnten. Kemna ist verurteilt worden und viele in der Partei verlangen Konsequenzen von Voigt, die er nicht erfüllen will. Deshalb gibt es im März einen Sonderparteitag der NPD. Maßgeblich am internen Unmut der Szene beteiligt sind Andreas Molau und Udo Pastörs. Udo Pastörs ist Fraktionsführer der NPD im Schweriner Landtag, Andreas Molau ist Pressesprecher im Schweriner Landtag. Die beiden versuchen, Voigt zu stürzen. Sie hatten gedacht, dass Pastörs selber kandidieren will, aber sie haben jetzt Andreas Molau als Gegenkandidat für Udo Voigt vorgeschickt. Ich habe da meine Zweifel weil ich glaube, dass Andreas Molau keine Hausmacht hat. Der ist sehr kurz erst in der NPD - ich bin mir einfach nicht sicher. Er ist natürlich ein Stratege, er ist ein Intellektueller in der Partei. Aber ich weiß nicht, ob er wirklich das Gros der Szene hinter sich vereint. Sehr umstritten ist auch Holger Apfel, der eigentliche Kronprinz der NPD. Udo Voigt wollte immer Holger Apfel als seinen Nachfolger bestimmen aber die Drei haben sich jetzt zusammengetan und haben gesagt, dass sie auf dem Sonderparteitag eine Gegenkandidatur machen. Udo Voigt muss gehen. Wer mitmischt, ist Christian Worch, einer der

immer wieder gegen die straffe Zusammenarbeit von NPD und Kameradschaften war und der sich in seiner Rolle ein wenig gemäßiger gegeben hat. Christian Worch hat den geplanten Sturz von Voigt mit initiiert. Der neue Vorsitzende der DVU, Matthias Faust, sehr kurz erst in der DVU, ist ein Freund von Christian Worch. Obwohl sich die DVU unter Frey immer wieder von den Kameradschaften abgrenzen wollte, steht Faust wieder für eine Zusammenarbeit. Ziel ist es, Zusammen mit den Kameradschaften vielleicht auch Akzeptanz bei der Jugend zu finden. Es könnte da eine gemeinsame Fraktion entstehen oder eine ganz neue Konstellation.

Ganz rechts im Bild, die Feindbilder in der NPD, Jürgen Rieger und Thomas Wulff, die ganz klar sagen, dass sie auch Andreas Molau nicht wollen. Es gibt da ganz intern wirklich Streitereien.

Unten, Christian Breuninger, ein sehr wichtiger Berliner NPDler, der sagt: „Wir müssen kooperieren, wir müssen zusammenhalten, wir müssen Udo Voigt stärken.“ Das sind momentan die Streitereien.

Rechtsextremismus. Perspektiven aus dem Bund und aus Berlin

Ulla Jelpke

Innenpolitische Sprecherin der Fraktion
DIE LINKE. im Bundestag

Nach dem Mordanschlag eines mutmaßlichen Neonazis auf den Passauer Polizeichef Alois Mannichl Ende letzten Jahres sprachen CSU-Politiker und Medien von einer „neuen Dimension“ rechter Gewalt. Diese Einschätzung offenbart die Ignoranz konservativer Politiker gegenüber nahezu täglichen Gewalttaten von Neonazis, die sich allerdings meist nicht gegen Bürger aus der „Mitte der Gesellschaft“ wie den Passauer Polizeichef richten, sondern gegen sogenannte Randgruppen wie Migranten, Obdachlose oder linke Punks. Der Angriff auf den Passauer Polizeichef war keineswegs die erste Attacke von Neonazis im vergangenen Jahr. Mindestens vier Menschen wurden 2008 bei rassistisch oder rechtsextrem motivierten Gewalttaten ermordet, unzählige weitere zum Teil schwer verletzt. Im vergangene. Jahr hatten wir mit 13.985 Delikten ein Rekordhoch rechtsextrem motivierter Straftaten von Hakenkreuzschmierereien bis zur schweren Körperverletzung. Vier im vergangenen Jahr begangene Morde aus rechtsextremen oder rassistischen Motiven tauchen in dieser Statistik noch gar nicht auf. Auch wenn Naziparteien wie die NPD bei den letzten Landtagswahlen in Westdeutschland niemals über die fünf Prozent kamen und zuletzt in Hessen unter einem Prozent blieben, darf keineswegs Entwarnung gegeben werden. In vielen Regionen Ostdeutschlands, aber auch in Bayern und Teilen des Ruhrgebiets bauen Neofaschisten systematisch ihren Einfluss vor Ort aus. Sie sind eine tägliche Gefahr für alle, die nicht in ihr Weltbild passen.

Der Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus muss ein dauerhafter Schwerpunkt der Linksfraktion sein. Gerade jetzt muss verhindert werden, dass Opfer der Wirtschaftskrise den braunen Rattenfängern hinterherlaufen. Dazu brauchen wir eine starke und glaubwürdige Linke und aktiven Antifaschismus auf allen Ebenen – auf der Straße, im Betrieb und der Schule und im Parlament.

Aber was macht die Linksfraktion im Bundestag konkret gegen Rechtsextremismus?

Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist nicht nur eine Frage der Innenpolitik. Es handelt sich hier vielmehr um ein Querschnittsthema, das genauso die Bildungspolitik und Sozialpolitik betrifft. Insbesondere in diesen Bereichen kann Präventionsarbeit geleistet werden.

Wenn wir uns in der Bundestagsfraktion direkt mit Rechtsextremismus beschäftigen, geht es vor allem um Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung über die faschistische Gefahr und die Entlarvung der weitge-

henden Untätigkeit, Unfähigkeit und Unwilligkeit der Bundesregierung im Kampf gegen Neofaschismus und Rassismus.

Ein Mittel, das wir als Opposition dafür haben, sind kleine und große Anfragen an die Regierung. Unsere monatlichen Kleine Anfragen zu Zahlen rechter Gewalt, die wir schon seit 1993 an die Bundesregierung richten, haben wesentlich mit dazu beigetragen, dass rechte Straf- und Gewalttaten überhaupt erfasst werden. Ebenfalls monatlich, quartalsweise oder jährlich stellen wir Kleine Anfragen zu antisemitischen Straftaten, Aufmärschen und Musikveranstaltungen der Neofaschisten. Die Zahlen in den Antworten sind häufig ungenau, manipuliert und schön gerechnet. So zählte die Bundesregierung seit dem Anschluss der DDR 1990 bis Ende 2007 „insgesamt 40 Todesopfer politisch rechts motivierter Gewalt“, während das Webportal „Mut gegen rechte Gewalt“ bis einschließlich 2008 über 140 solche Morde auflistet. Oft behauptet die Bundesregierung, „keine Erkenntnisse“ zu den von uns nachgefragten rechtsextremen Organisationen zu haben. Dies beweist die Ignoranz der Regierung gegenüber der Gefahr von rechts. Unsere Kleinen Anfragen sind dennoch nicht nutzlos. Sie tragen dazu bei, die Regierung, die staatlichen Behörden und die Öffentlichkeit permanent für die Gefährlichkeit des Rechtsextremismus zu sensibilisieren. Oder wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 14.8.2008 anerkennen musste: „Mit ihren parlamentarischen Initiativen sorgt die Linksfraktion jedenfalls dafür, dass die Sicherheitsbehörden möglichst viel mit der Beobachtung der rechtsextremistischen Szene beschäftigt werden.(...) Für die Linksfraktion müssen die polizeilichen Kriminalstatistiken des Bundes und der Länder, die im Jahresrhythmus erscheinen, folglich monatlich aktualisiert werden (...). Demnach nutzt die Fraktion die parlamentarische Anfrage nicht dazu, ihr Informationsbedürfnis zu stillen, sondern als Mittel zur Behördenerziehung.“ Auch wenn die Regierung vorgibt, keine Erkenntnisse zu haben, wird so die Aufmerksamkeit auf diese Gruppierungen gelenkt – wie auf die nicht mehr vom Verfassungsschutz beobachteten Republikaner, die weiterhin mit rassistischen Kampagnen vor allem gegen muslimische Migranten hetzen und offen mit ausländischen Rechtsextremisten wie dem Vlaams Belang in Belgien kooperieren. So legten wir den Finger in die Wunde, wenn wir danach fragte, wie es sein kann, dass ein Schulungszentrum für Holocaustleugner, das „Collegium Humanum“ im nordrhein-westfälischen Vlotho, als gemeinnützig anerkannt und steuerlich begünstigt wurde. Solche parlamentarischen Anfragen trugen mit dazu bei, diesen Skandal in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und Druck für das im Mai 2008 vollzogene Verbot des „Collegium Humanum“ durch das Bundesinnenministerium zu erzeugen. In ähnlicher Weise griffen wir die Recherchen engagierter Journalistinnen und Journalisten über die „Heimattreue Deutsche

Jugend“ (HDJ) auf, stellten eine Kleine Anfrage und brachten einen Antrag für ein Verbot dieser Naziororganisation ein, die bereits Kinder mit dem menschenverachtenden Gift des Faschismus indoktriniert. Ein Verbotsverfahren gegen die HDJ läuft inzwischen.

Diese Arbeit könnten wir so nicht leisten, ohne einen engen Kontakt mit außerparlamentarischen Initiativen, autonomen Antifagruppen, der VVN und engagierten wachsamem Bürgerinnen und Bürgern. Von dort bekommen wir Anregungen, Tipps und Informationen. Und eine solche enge Zusammenarbeit von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit ist auch unser Politikverständnis bei der Linken.

Wir versuchten auch, den Graubereich zwischen dem rechtskonservativen Rand der Unionsparteien und der offenen Naziszene zu thematisieren – z.B. bei Burschenschaften, sogenannten Vertriebenenverbänden oder rechtskonservativen Schulungszentren wie in Weikersheim. Diese ideologischen, personellen, organisatorischen und finanziellen Verstrickungen extrem rechter Gruppierungen mit dem Staat aufzudecken, öffentlich zu machen und nach Möglichkeiten zu kappen, war wieder das Ziel einer Reihe von Kleinen Anfragen. Von jeder Bundesregierung hoch subventioniert wurde insbesondere der Bund der Vertriebenen (BdV). Bis heute stellt der BdV die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnischer Westgrenze als „Verzichtspolitik“ in Frage. Er verharmlost den deutschen Faschismus und präsentiert deutsche Täter als Opfer. Wir machten so öffentlich, dass ein Innenstaatssekretär auf dem Sudetendeutschen Tag 2008 auftrat, auf dem auch der von der Bundesregierung als zum Teil rechtsextrem eingeschätzte Witikobund einen Vortrag hielt.

Kleine Erfolge konnten wir verbuchen, wenn wir mit Hilfe parlamentarischer Anfragen die Verwicklung von staatlichen Institutionen und Rechtsextremisten entlarven, die daraufhin abgebrochen werden mussten. Ein Erfolg war in diesem Zusammenhang die Intervention im Falle eines rechtsextremen Journalisten und Führungsmitglied der „Deutschen Konservativen“, der über das Technische Hilfswerk (THW) in Schleswig-Holstein Hilfsgüter an „deutsche Volksgenossen“ nach Lettland schaffen wollte. Dem THW wurde die weitere Zusammenarbeit mit dieser Initiative durch die Bundesregierung untersagt. Auch dem einen oder anderen revisionistischen Spuk bei der Bundeswehr konnten wir ein Ende bereiten. So hat sich die Bundeswehr endlich von der Kollaboration mit dem ultrarechten Ring deutscher Soldaten Berlin gelöst, der am Volkstrauertag gemeinsam mit NPD, DVU, Nazikameradschaften, Vertriebenenverbänden und Burschenschaften den „Heldentod“ der Soldaten würdigt. Im Jahr 2007 blieb die Bundeswehr der Veranstaltung ganz fern und erließ ein „Uniformtrageverbot“. Im Jahr 2008 hatten wir mit unseren Anfragen schließlich mit dazu beigetragen, dass anders als in den Vorjahren kein offizieller Vertreter der Bundeswehr am alljährlichen Pfingsttreffen der Veteranen der Gebirgstruppe, darunter im Ausland verurteilten Nazikriegsverbre-

chern, im bayerischen Mittenwald mehr als Redner auftritt. Das sind sicherlich nur kleine Erfolge – und auch hier war außerparlamentarischer Druck durch antifaschistische Initiativen entscheidend, der durch unsere parlamentarische Tätigkeit nur verstärkt wurde.

Nach dem Anschlag auf den Passauer Polizeichef wurde erneut viel über den Nutzen eines NPD-Verbots debattiert. Der Sinn einer solchen Verbotsforderung ist innerhalb der Linksfraktion umstritten. Aber Einigkeit besteht über die Forderung nach Abzug der Spitze des Verfassungsschutzes aus den Gremien der NPD. Wir fordern dies zum einen aus prinzipiellen Erwägungen, da die Abschaffung aller Geheimdienste weiterhin ein angestrebtes Ziel der LINKEN ist. Zum anderen war dies die vom Bundesverfassungsgericht beim Scheitern des letzten Verfahrens 2003 genannte Grundvoraussetzung für ein neues Verbotsverfahren. Es war dem Bundesverfassungsgericht nicht möglich, zu unterscheiden, welche der rassistischen, antisemitischen und volksverhetzenden Äußerungen „echt“ NPD waren und welche von den V-Leuten des Verfassungsschutzes in der Partei. Bis heute stellt die Anwesenheit von V-Leuten als staatlich bezahlten Nazi-Hetzern in der NPD das größte Hindernis für ein neues Verbotsverfahren gegen die NPD dar. Die Fraktion DIE LINKE hat daher im Bundestag mehrfach Anträge mit der Forderung „V-Leute abschalten“ eingebracht. Indem sich auch SPD und Grüne weigerten, diesen Antrag zu unterstützen, entlarvten sie ihren Ruf nach einem NPD-Verbot als Wählertäuschung.

Die Weigerung von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und einigen Landesinnenministern, die Verfassungsschutzspitze aus der NPD abzuziehen, stellt eine unverantwortliche Sabotage eines neuen NPD-Verbotsverfahrens dar. Es drängt sich da leicht der Verdacht auf, dass die Herrschenden die NPD gar nicht verbieten wollen, weil sie sie brauchen. Schon Franz-Josef Strauß gab einst die Losung aus, dass man mit „Hilfstruppen“ nicht zimperlich sein dürfe – Hilfstruppen, die bei Bedarf gegen die Linke losgelassen werden oder, wie von Berlusconi in Italien praktiziert, zur Not auch als Mehrheitsbeschaffer der bürgerlichen Rechten herhalten dürfen, um einen befürchteten Linksruck zu verhindern. Und wenn Rechtsextreme und Rechtspopulisten unter den präkarisierten Opfern neoliberaler Regierungspolitik auf Stimmenfang gehen und damit der Linken in einem Wählersegment Konkurrenz machen, das die Sozialdemokratie schon längst verloren hat, dann kommt auch bei so manchem Sozialdemokraten klammheimliche Freude auf.

Anstelle der für die Aufklärung nutzlosen V-Leute des Geheimdienstes fordert die Fraktion DIE LINKE die bereits 2001 vom Bundestag beschlossene Schaffung einer unabhängigen, aus Bundesmitteln finanzierten Beobachtungsstelle gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.

Mit unserer Arbeit im Bundestag haben wir versucht, Initiativen gegen Rechtsextremismus eine parlamentarische Stimme zu geben und zugleich die Rahmenbedingungen für antifaschistisches Engagement zu verbessern. So veranstaltete die Fraktion DIE LINKE. im Februar 2008 eine Expertenanhörung zur Auswertung der Bundesprogramme „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ und „Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“. Wir setzten uns dafür ein, dass der thematische Schwerpunkt der Bundesprogramme beim Rechtsextremismus blieb und nicht – wie von Unionsseite gewünscht – gegen „Extremismus von Links und Rechts“ gerichtet ist. Ebenso machten wir uns in einem Antrag für den Erhalt der bewährten Mobilen Beratungen und Opferberatungen stark, während die Unionsparteien diese unabhängigen Projekte unter staatliche Kontrolle stellen und nur noch anlassbezogen und zeitlich befristet arbeiten lassen wollen.

Grundsätzlich haben wir uns gegen Einschränkungen demokratischer Grundrechte unter dem Vorwand der Bekämpfung des Rechtsextremismus ausgesprochen. In diesem Zusammenhang haben wir uns insbesondere gegen die von Unionsseite betriebene Gleichsetzung von links und rechts durch die Extremismus-Formel gewandt, die faktisch zu einer Verharmlosung rechtsextremer Gewalt bei gleichzeitiger Kriminalisierung von Linken führt.

Verdrängt wird so auch, dass Rassismus eben nicht nur eine Angelegenheit von Neonazis ist. Wir müssen auch über den Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft, unter Anhängern der etablierten Parteien reden. Und wir müssen den staatlichen, institutionellen Rassismus thematisieren. Vor 16 Jahren wurde das Grundrecht auf Asyl von einer großen Koalition aus Unionsparteien und SPD faktisch abgeschafft. Vorausgegangen waren eine rassistische Medienkampagne unter der Überschrift „Das Boot ist voll“ sowie eine neonazistische Anschlagswelle auf Migranten. Die LINKE im Bundestag kämpft gegen alle weiteren Verschlechterungen im Zuwanderungsgesetz und für ein uneingeschränktes Asyl- und Aufenthaltsrecht sowie die menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen in der BRD

DIE LINKE. im Bundestag und in den Landtagen und Kommunen kann dazu beitragen, den zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Rechtsextremismus eine parlamentarische Stimme zu geben. Sie kann dazu beitragen, das Thema Rechtsextremismus im öffentlichen Bewusstsein wach zu halten. Und sie kann mit helfen, die Rahmenbedingungen für antifaschistisches Engagement zu verbessern. Als Bundestagsabgeordnete bin ich ebenso wie andere Kolleginnen und Kollegen auch außerparlamentarisch tätig, etwa als Anmelderin von antifaschistischen Demonstrationen. Denn auch uns ist bewusst, der Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus kann und wird nicht im Parlament gewonnen. Entscheidend

ist das Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure – von Gewerkschaften über kirchliche Kreise, migrantische Selbstorganisation, sozialistische Kräfte bis hin zur autonomen Antifa. Und entscheidend ist die Gestaltung einer solidarischen Gesellschaft, in der nicht mehr das Profitprinzip den Wert eines Menschen bestimmt. Denn nur in einer solchen Gesellschaft können Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit dauerhaft die Daseinsgrundlage entzogen werden.

Marion Seelig

Innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Abgeordnetenhaus von Berlin

Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus haben im Jahr 2008 auch in Berlin wieder zugenommen. Wenn ich trotzdem einen positiven Aspekt an den Anfang stelle, dann weil ich finde, dass von einem solchen Kongress, wie wir ihn heute gemeinsam durchführen, keine Resignation, sondern Widerstandswille und Handlungsbereitschaft, ausgehen sollen.

So ist in ganz besonderer Weise hervorzuheben, dass die Aktivitäten der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR), des apabiz – Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V., der Opferberatungsstelle ReachOut und das Projekt Antisemitismus im Kontext von Migration und Rassismus (amira) nicht nur sich weiter professionalisiert, sondern auch eine Vielzahl von Multiplikatoren hervorgebracht haben.

In meinem Bezirk Pankow ist das unter anderem, die Netzwerkstelle Moskito, die mit ihrem Register beispielsweise auch rassistische Beleidigungen und andere Formen von rechtsextremistischen Übergriffen niedrigschwellig erfasst, die den Status einer Straftat noch nicht erreichen. Das trägt zu einer Aufhellung der Dunkelfelder bei und ist eben auch Opferhilfe. Die genannten Organisationen haben auch für 2007 einen sog. Schattenbericht zum offiziellen Bericht des Verfassungsschutzes erstellt, in den ihre ganz praktischen Erfahrungen und eigene Recherchen einfließen. Eine gute Arbeitsgrundlage für alle Akteure gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Gerade in den Bezirken, in denen der Widerstand und die Bereitschaft zur Zivilcourage zugenommen haben. Stellvertretend für diese Tendenz will ich aus jüngstem Anlass heraus die Bezirksbürgermeisterin von Lichtenberg, Christina Emmerich, nennen. Der Berliner Aktionsplan, nicht ohne Mühe in den Koalitionsverhandlungen erkämpft und finanziell untersetzt, ermöglicht diese sehr gute Arbeit.

Auf welche Situation treffen diese Akteure nun in Berlin? Auch 2008 hat sich an der Bedeutung der NPD innerhalb des Berliner Rechtsextremismus nichts geändert: Sie steht im Mittelpunkt rechtsextremistischer Aktivitäten, weil sie die strukturellen Defizite der „Freien Kräfte“ ausgleicht. Indem sie rechtsextremen Einzelpersonen sowohl durch Parteimitgliedschaft als auch durch anlassbezogene Einbindungen einen organisatorischen Rahmen anbietet. Trotz der Richtungs-

streitigkeiten auf NPD-Bundesebene gilt der Berliner Verband als eine der Hochburgen des NS-Flügels. Diese Linie vertrat der ehemalige Landesvorsitzende Eckart Bräuniger und sie wird vom jetzigen Vorsitzenden Jörg Hähnel fortgesetzt.

Die bereits 2007 beobachtete Tendenz der engen Kooperation, gegenseitigen Unterstützung (Ordner, Wahlkämpfe etc.) und zum Teil personellen Verschmelzung von „Freien Kräften“ mit der NPD, setzte sich 2008 ungebrochen fort. Die „Autonomen Nationalisten“ sind weiterhin die zentrale Aktions- und Organisationsform der „Freien Kräfte“ in Berlin mit regionalen Schwerpunkten in Lichtenberg, Süd-Neukölln und Pankow. Der Berliner Verfassungsschutz rechnet den „Autonomen Nationalisten Berlin“ im Juni 2008 100 Personen zu.

Zu den Höhepunkten rechtsextremer Aktivitäten 2008 zählte neben der Mobilisierung gegen den Bau und die Einweihung einer Moschee in Pankow-Heinersdorf im August auch ein Aufmarsch, der sich gegen den Bau von Hindu-Tempeln in Neukölln richtete. Die Argumentationsmuster sind immer gleich: „Überfremdung der deutschen Heimat, gegen Multikulti.“ Am 18.10. marschierten etwa 350 Teilnehmer gegen „Kinderschänder“ in Marzahn. Das scheint 2008 auch bundesweit ein mobilisierungsfähiges Thema für die NPD zu sein.

Das 6. Jahr in Folge fand am 6.12. der Aufmarsch „Jugend braucht Perspektiven – für ein nationales Jugendzentrum“, diesmal in Lichtenberg statt. Hier möchte ich noch einmal hervorheben, dass es der Zivilgesellschaft gelungen ist, den Nazi-Marsch durch den symbolträchtigen Weitling-Kiez zu verhindern. Auch mit dem Polizeipräsidenten und dem Innensenator hat es eine kritische Aufarbeitung des Polizeieinsatzes gegeben, der, wie auch aus unserem Newsletter hervorgeht, sehr viel stärker dem Protest von Bürgerinnen und Bürgern hätte Rechnung tragen müssen.

Ein Schwerpunkt rechtsextremer Gewalttaten lag im ersten Quartal 2008 im Bezirk Friedrichshain. Hier fanden mehrere gewalttätige Übergriffe durch Gruppen von vermummten Rechtsextremen auf Kneipen, Personen und Häuser der linken Szene statt. In Pankow setzte sich die Bedrohung von Einzelpersonen fort, Portraitaufnahmen auf Internetseiten, Gewaltandrohungen per e-mail, Flugis mit Namen und Anschriften von jungen AntifaschistInnen gehören zu diesem Szenario.

Wiederholt wurden 2008 symbolträchtige jüdische Gedenkort besmiert und beschädigt, so etwa das Denkmal für die ermordeten Juden Europas und mehrfach der jüdische Friedhof in Weißensee. Auch in den Amateur-Fußballligen kam es immer wieder zu antisemitischen Parolen. Am Kurfürstendamm wurde ein Rabbiner, der mit mehreren Schülern in einem Kleinbus unterwegs war, angepöbelt und von einem anderen Fahrzeug verfolgt.

ReachOut, registrierte 2008 insgesamt 116 Angriffe zum Vergleich von 112 Gewalttaten im Jahr zuvor. Zur Situation in den Berliner Bezirksverordnetenversammlung ebenso wie zur rechtsextremen Infrastruktur ließe sich noch viel sagen, auch die Kündigung rechtsextremistischer Szeneläden ist ja ein Erfolg der Zivilgesellschaft, aber ich verweise auf die Workshops am Nachmittag. Entscheidend ist es meiner Meinung nach, den Weg der arbeitsteiligen Zusammenarbeit zwischen unserer Partei, zivilgesellschaftlichen Kräften, Landespolitik und Antifa weiterzugehen.

Die extreme Rechte in Parlamenten

Benno Hafeneeger

1. Parlamentarisches Auftreten der extremen Rechten

Nach den vorliegenden Beobachtungen und empirischen Untersuchungen können fünf Varianten unterschieden werden:

1. Die Fraktionen der extremen Rechten nutzen die Parlamente als Bühnen und Foren für ihre klassischen Themenbereiche und den damit verbundenen, immer wiederkehrenden Metaphern. Neben der Ausländer- und Asylpolitik, der Globalisierung und Europa werden Kriminalität und innere Sicherheit ebenso wie die allgemeine wirtschaftliche und soziale Lage (Arbeitsplätze, Arbeitslosigkeit) national bzw. nationalistisch aufbereitet und in fremdenfeindliche, rassistische Ressentiments eingebunden.

Die soziale Frage erhält auf diese Weise eine nationalistisch-ethnisierende bzw. rassistische Akzentuierung und Deutung. Themen wie Armut, materielle Abstiegsängste, gefährdeter Wohlstand, hohe Arbeitslosigkeit, bezahlbare Wohnungen, öffentliche Sicherheit und sozialstaatliche Leistungen geraten in den Vordergrund des Themenhaushalts der extremen Rechten. Die Ethnisierung und Nationalisierung von Ängsten und Problemen macht aus der sozialen eine nationale Frage, die darauf abzielt, ein „Klima“ der gesellschaftlichen Akzeptanz für nationale und soziale Inhalte zu schaffen. Migranten, Ausländer, Asylbewerber und „Fremde“ werden als „Sozialschmarotzer“ diffamiert und in populistischer Agitation zu Schuldigen von strukturell und politisch verursachten Problemlagen und Krisen erklärt sowie in aggressiver Weise gegen die angebliche Vernachlässigung der Interessen und Sorgen der „deutschen Bevölkerung“ bzw. der „kleinen Leute“ ausgespielt.

Weiter wird Einwanderungs- und Integrationspolitik mit einer angeblichen Gefährdung der „inneren Ordnung und Sicherheit“ verknüpft, indem Ausländer und Asylbewerber bspw. für steigende Kriminalität bzw. Gewalt verantwortlich gemacht werden (Stichwort der extremen Rechten: „Überfremdung“). Dem folgt der Ruf nach staatlicher Härte (in Form von Gesetzen) und einer rigiden Ausländer- und Asylpolitik, nach „Sauberkeit und Ordnung“ gegen den angeblichen kulturellen „Verfall“ und „Niedergang“ des deutschen – homogen postulierten – Volkes bzw. der deutschen „Schutz- und Schicksalsgemeinschaft“.

2. Bei der extremen Rechten sind Versuche zu erkennen, das Etikett einer „Ein-/Zwei-Themenpartei“ abzustreifen und sich mit Anträgen, Anfragen und Öffentlichkeitsarbeit zu anderen Politikbereichen und einem breiteren kommunalen Themenspektrum (Verkehr, Kommunalverwaltung, Finanzen, Arbeit, Umwelt, Wohnungspolitik, soziale Infrastruktur etc.)

zu äußern. Dies wird mit einem Auftreten verbunden, das sich zwischen bieder-brav, moderat einerseits und kämpferisch-agitatorisch andererseits bewegt. Somit versucht die extreme Rechte sich als die lokale (nationale) Alternative und „wirklich, deutsche“ Partei zu präsentieren.

Mit der (öffentlichkeitsorientierten) Präsentation von Fleiß und vermeintlicher Seriosität, mit geschickter Taktik und Rhetorik sowie mit einer „demokratischen Aura“ (als gewählte nationale Partei und Alternative) wird eine Normalisierung und ihre (zumindest teilweise) Akzeptanz im Parteien- und Parlamentsgefüge angestrebt. Als „Anwalt der kleinen Leute“ gegen „die da oben“ sind die verstärkten Aktivitäten (verbunden mit einer Vielzahl von Anträgen und Anfragen) der extremen Rechten mit dem Hinweis auf ihre parlamentarischen Kontroll- und Oppositionspflichten versehen. Nach ihrer Selbsteinschätzung sind sie schließlich „die Einzigsten“, die sich ernsthaft um die Sorgen und Probleme der (deutschen) Bürgerinnen und Bürger kümmern, wodurch ihnen – so ihre Selbstsuggestion – in der „einheimischen Bevölkerung“ Vertrauen entgegengebracht und politisch-parlamentarische Kompetenz bescheinigt würde.

3. Trotz des Strategiewandels der extremen Rechten und der veränderten Selbstinszenierung erweisen sich viele der Fraktionen und Akteure nach wie vor als „faul, inkompetent und zerstritten“; sie schweigen, zeigen sich überfordert, sind nicht anwesend und verbinden ihre Tätigkeit häufig mit einem unverfrorenen Ausnutzen der materiellen Möglichkeiten ihres Mandats (Abzockermentalität). Ihre Parlaments- und Politikunfähigkeit kommt auch darin zum Ausdruck, dass sie in den kommunalpolitischen Debatten ebenso wie im parlamentarischen Alltagsgeschäft keine Rolle spielen. Wenn überhaupt, dann werden sie höchstens als autoritäre „Ein-Mann-Aktivität“ wahrgenommen und lassen nur bei internen Skandalen in Form von Abspaltungen und Austritten oder bei strafrechtlichen Ermittlungen und Verfahren von sich hören.

4. Mangels innerparteilicher Demokratie, fehlender lebendiger Parteiarbeit und einer Kultur abwägender, kompromissorientierter Konfliktlösungen werden Differenzen und Richtungsstreitigkeiten in den rechts-extrem Parteien und Parlamentsfraktionen autoritär „gelöst“. Es herrscht eine rigide Anweisungs- und Entscheidungspolitik der Parteiführung von oben nach unten. Dieses strukturelle Moment findet sich auch in der kommunalen Parlaments- und Alltagsarbeit wieder: Einzelne Personen dominieren und nutzen die parlamentarische Bühne stärker für „Polemik und Demagogie“ oder agieren mit „Seriosität und Geschick“ bzw. in abgestuften Varianten „moderater Parlamentsarbeit und kämpferischer Propaganda“.

5. Die Kommunikation in der parlamentarischen Alltagsarbeit ist – so eine weitere zu beobachtende Variante – durch eine anbietende „Selbst-Normalisierungsstrategie“ gekennzeichnet. Das Ziel lautet: Anerkennung und Zugehörigkeit. Der Versuch, eine demokratisch über Wahlen legitimierte Alternative rechts von der Union darzustellen, kennzeichnet einige Fraktionen und Akteure. Hier geht es insbesondere um das Kalkül, bei Abstimmungen gemeinsam mit dem „bürgerlichen Lager“ aufzutreten, um als „Zünglein an der Waage“ punktuell und wiederkehrend eine entscheidende (quasi Koalitions-)Rolle zu spielen.

2. Parlamentarischer Umgang mit der extremen Rechten

Hier können idealtypisch vier Varianten unterschieden werden:

1. Rechtsextreme Fraktionen und Mandatsträger schweigend zu verachten, auszugrenzen und zu ignorieren. Dies setzt einen Konsens aller demokratischen Kräfte in einem Kommunalparlament oder Landtag voraus. Nur wenn ein solcher „Schulterschluss“ zustande kommt, hat ein strategisches Vorgehen auf der Grundlage einer parlamentarischen Geschlossenheit gegenüber Rechtsextremisten und Rechtspopulisten auch Aussicht auf Erfolg. Der basale Konsens zwischen den demokratischen Parteien besteht darin, die im Parlament vertretene rechtsextreme Fraktion auf allen politischen Ebenen zu ignorieren, „rechts liegen“ zu lassen, auszugrenzen, von jeglicher Verantwortung fernzuhalten und ihren parlamentarischen Bewegungsspielraum – soweit dies rechtliche und verfahrenstechnisch möglich ist – zu beschneiden bzw. einzuengen.

Das Ziel ist dabei, der extremen Rechten weder eine parlamentarische noch eine öffentlichkeitswirksame Plattform zur Selbstdarstellung zu geben. Ihre Mandatsträger sind auf diese Weise (auch nach außen hin sichtbar) nicht als gleichberechtigte Partner in der politischen Auseinandersetzung anerkannt.

2. Die Strategie, gegenüber der extremen Rechten gelassen zu bleiben und mit ihren Vertretern sogar sachbezogen zu diskutieren, kann für die demokratischen Fraktionen zur Folge haben, dass sie immer wieder – bei Anträgen und Anfragen „von rechts“ – eine quasi normale bzw. sachliche Auseinandersetzung mit den Feinden und Kritikern der freiheitlichen demokratischen Grundordnung suchen müssen. Es kann für die demokratischen Parteien auch das Problem

entstehen, dass nicht die Rechtsextremen, sondern sie selbst zunehmend unter Druck bzw. Rechtfertigungsdruck bezüglich ihrer ablehnenden Haltung (bei Anträgen, Anfragen) geraten.

3. Bei einer selbstbewusst dechiffrierenden Auseinandersetzung mit den Argumentationslogiken und Themen der extremen Rechten geht es um die (punktuell und zugleich kontinuierliche) Entlarvung ihrer politischen Zielsetzungen hinter der Fassade einer an- und vorgeblich normalen demokratischen Partei. Mit dieser Vorgehensweise soll den Rechtsextremen die ideologische Maske „vom Gesicht gerissen“ bzw. ihre demokratiefeindlichen Intentionen für die Bürgerinnen und Bürger sichtbar und verständlich gemacht werden. Die demokratischen Parteien stehen dabei vor der Aufgabe, sich über die Ideologie und Programmatik der extremen Rechten zu informieren und sich mit deren Inhalten, Zielen und Strategien auseinanderzusetzen.

Die politischen Absichten und ideologischen Begründungsmuster der extremen Rechten sollen auf diese Weise offen gelegt werden. Die Strategie der Entlarvung ist jedoch nicht allein auf den parlamentarischen Umgang mit dem organisierten Rechtsextremismus beschränkt, sondern beinhaltet weiter die Möglichkeiten und Chancen einer Zusammenarbeit mit kommunaler Verwaltung, zivilgesellschaftlichem Engagement und lokalen wie regionalen Medien.

4. Die parlamentarische Auseinandersetzung richtet sich weniger an die Akteure der extremen Rechten, weil die mit Argumenten nicht zu erreichen und zu überzeugen sind. Sie sind meist am Ende ihrer politischen Sozialisation, Träger von Ideologie und deren öffentliche Repräsentanten. Die Auseinandersetzung muss sich an die Bevölkerung richten, hier aufklärend und informierend werden – um potentielle Wähler(innen) wieder zurück zu holen.

3. Ausgewählte Ergebnisse aus der Studie „Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten“

(Friedrich-Ebert-Stiftung 2007)

In acht Kommunen (vier West, vier Ost) mit rechtsextremen Vertretern im kommunalen Parlament wurden – im Rahmen einer qualitativen Studie – Parlamentarier aus demokratischen Fraktionen/Parteien nach ihrem Umgang gefragt. Einige ausgewählte Ergebnisse folgen in tabellarischer Form:

Tab. 12: Welche Themen spricht die NPD/sprechen die „Republikaner“ im Parlament an?

Kategorien	Mittel-hessen		Pfalz		Sächs. Schweiz		Vor-pommern		Σ (N = 16)
	EHR	WÖ	LU	PS	KÖ	SEB	HST	ANK	
Sachorientiert/lokalpolitisch	2	2			2	2	2	2	12
Protestorientiert/populistisch	1				1	2	2	1	7
Rechtsextrem/fremdenfeindlich		1	1	2	2		2	1	7

Tab. 13: Wie sieht das Verhalten, d.h. vor allem die Kommunikation und das Auftreten, der NPD/„Republikaner“ im Parlament aus?

Kategorien	Mittel-hessen		Pfalz		Sächs. Schweiz		Vor-pommern		Σ (N = 16)
	EHR	WÖ	LU	PS	KÖ	SEB	HST	ANK	
Verbal aggressiv/konfrontativ	1	2		2			2		7
Kleinbürgerlich/biedermännisch		1	2		1	2		1	7
Ruhig/sachlich					2	2		2	6

Tab. 14: Lässt sich bei der NPD/den „Republikanern“ eine kommunalpolitische Kompetenz feststellen oder nutzt/nutzen sie das Parlament lediglich als „Bühne“ zur politischen Selbstinszenierung?

Kategorien	Mittel-hessen		Pfalz		Sächs. Schweiz		Vor-pommern		Σ (N = 16)
	EHR	WÖ	LU	PS	KÖ	SEB	HST	ANK	
Politische Selbstinszenierung	1	1	1	2		1	2	1	9
Kommunalpolitische Kompetenz					2	2		1	5

Tab. 17: Welche Strategievarianten zum Umgang mit der NPD/den „Republikanern“ im Parlament hat Ihre Fraktion entwickelt?

Kategorien	Mittel-hessen		Pfalz		Sächs. Schweiz		Vor-pommern		Σ (N = 16)
	EHR	WÖ	LU	PS	KÖ	SEB	HST	ANK	
Nicht mehr als unbedingt nötig auseinandersetzen	2	1	1	2	1	2	2	2	13
Ignorieren/Ausgrenzen	1	2	2		1	1	2		9
Anträge prinzipiell ablehnen	2	1					1		4
Anträge in Ausschüsse verweisen							2		2
Beratung und gem. Stellungnahme der demokratischen Fraktionen				2					2
Konsequent auseinandersetzen					1				1

Tab. 18: Würden Sie Ihre Verhaltensweise gegenüber der NPD/den „Republikanern“ als eher gelungen oder als eher weniger bzw. gar nicht gelungen bewerten?

Kategorien	Mittel-hessen		Pfalz		Sächs. Schweiz		Vor-pommern		Σ (N = 16)
	EHR	WÖ	LU	PS	KÖ	SEB	HST	ANK	
Eher bewährt	1	1	1		1	2	1		7
Eher weniger/gar nicht bewährt						1			1

Tab. 19: Welche Absicht haben Sie mit Ihrem Verhalten verfolgt? Wollten Sie Ihren Standpunkt zu und gegenüber der NPD/den „Republikanern“ klarmachen oder wollten Sie sie ideologisch demaskieren?

Kategorien	Mittel-hessen		Pfalz		Sächs. Schweiz		Vor-pommern		Σ (N = 16)
	EHR	WÖ	LU	PS	KÖ	SEB	HST	ANK	
Ideologische Demaskierung	1			1	2	1			5
Standpunkt klarmachen	1				1	1			3

Jugendarbeit gegen Rechts – Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen

Albert Scherr

Die Frage nach den Erfordernissen, Möglichkeiten und Grenzen von Versuchen, mit den Mitteln der Jugendarbeit gegen rechtsextreme, rassistische, fremdenfeindliche, antisemitische und antidemokratische Tendenzen unter Jugendlichen vorzugehen, verweist auf Diskussionen, die inzwischen seit nunmehr fast 20 Jahren immer wieder geführt worden sind. Ausgangspunkt war zunächst eine massive Abwehrhaltung unter Jugendarbeitern gegen die Zumutung, sich nunmehr mit rechten Tendenzen unter Jugendlichen auseinandersetzen zu sollen. Anfang der 1990er Jahre stellte die Herausbildung einer rechten Jugendszene ein überraschendes Phänomene dar, auf das die Fachöffentlichkeit nicht vorbereitet war und das eine Prämisse westdeutscher Jugendarbeit grundlegend in Frage stellte: Die Annahme nämlich, dass Jugendarbeit ihre Grundlage in einer prinzipiellen Haltung der Sympathie mit ihren Adressaten, auch mit den mehr oder weniger problematischen Formen ihres abweichenden Verhaltens haben könne.

Die einschlägigen Diskussionen haben seitdem wiederkehrend zu einer Reihe von Kontroversen über den Sinn und Unsinn pädagogischer Konzepte gegen Rechtsextremismus geführt. Kontrovers war und ist zum Teil noch insbesondere die Programmatik einer gruppenpädagogischen „akzeptierenden“ Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen (s. dazu Scherr 2000; Gubions 2007). Es lassen sich meines Erachtens aber auch Elemente eines theoretisch und empirisch fundierten Konsenses benennen. Ich werde im Weiteren einige mir diesbezüglich entscheidenden Aspekte themenförmig skizzieren (s. dazu auch Lynen von Berg/Pallos/Steil 2007; Möller/Schumacher 2008; Scherr 2008).

Vorab ist zunächst noch darauf hinzuweisen, dass anfängliche prinzipielle Abwehrhaltungen gegen eine Jugendarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen inzwischen weitgehend als überwunden gelten können sowie dass die Jugendarbeit außerordentlich engagiert und erfolgreich darin war, Konzepte und Methoden einer antirassistisch und menschenrechtlich ausgerichteten Jugendbildungsarbeit zu entwickeln bzw. weiterzuentwickeln (s. als Überblick mit weiterführenden Literaturhinweisen Scherr 2007a, b und c). Es mangelt insofern gegenwärtig nicht an begründeten Antworten auf die Frage, was im Rahmen der Jugendarbeit sinnvoll gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus getan werden kann. Es fehlt dagegen an einer Infrastruktur, die eine kontinuierliche, über zeitlich befristete Projekte hinausgehende und von einschlägigen Innovationszwängen der Projektförderung entlastete Umsetzung sinnvoller Arbeitsansätze ermöglicht. Im Rückblick auf die Entwicklung seit Beginn der 1990er Jahre lässt sich feststellen, dass es nicht genügt, immer wieder neue Aktionsprogramme

aufzulegen. Erforderlich sind vor allem der Ausbau und eine Qualifizierung der Jugendarbeit, die es ihr ermöglichen, ihren gesetzlichen Auftrag gerecht zu werden.

1. Jugendarbeit ist – was immer wieder übersehen wird – als eine Pflichtaufgabe der Kinder und Jugendhilfe gesetzlich verankert (SGB VIII, § 11 und 12). Dort heißt es:

„Jungen Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen.“

Jugendarbeit soll demnach allen Jugendlichen als ein Angebot zur Verfügung stehen, das – wie im Gesetztext weiter deutlich wird – die Jugendgruppenarbeit und die offene Jugendarbeit ebenso umfasst wie die politische Jugendbildung. Diese Aufgabenstellung reagiert auf die Beobachtungen, dass die Lebensphase Jugend eine riskante und folgenreiche Phase der Entwicklung darstellt, in der sich grundlegende moralische und politische Überzeugungen herausbilden, die im Erwachsenenalter dann nur noch schwer beeinflussbar sind. Jugendliche gelten entsprechend auch politisch als in besonderer Weise beeinflussbar und deshalb in besonderer Weise als auf eine pädagogische Begleitung ihres Entwicklungsprozesses angewiesen.

Dieser Hinweis ist hier aus drei Gründen wichtig:

- Die Entstehung und Verbreitung rechtsextremer Tendenzen ist nicht zureichend als eine Folge gesellschaftsstruktureller Problemlagen wie Armut und Arbeitslosigkeit und auch nicht als Effekt eines einflussreichen Diskurses erklärbar, der suggeriert, dieses seine zentral auf Einwanderung und Globalisierung zurückzuführen. Denn welche Sichtweisen der gesellschaftlichen Situation Jugendliche sich zu eigen machen und wie sie sich im Verhältnis zu einem rechtspopulistischen Diskurs positionieren ist nicht zuletzt davon abhängig, welche Möglichkeiten der politischen Selbstaufklärung sie vorfinden und welche Überzeugungen in ihrem sozialen Umfeld als plausibel oder unplausibel, akzeptabel oder verwerflich betrachtet werden.

Möglichkeiten der Einflussnahme von rechtsextremen Organisationen, Kameradschaften und Jugendszenen sind so betrachtet auch eine Folge davon, dass die Angebotsstruktur einer politisch verantworteten, für Jugendliche attraktiven und pädagogisch qualifizierten Jugendarbeit nicht zureichend entwickelt ist. Denn ersichtlich steht faktisch keineswegs allen jungen Menschen ein hinreichendes und attraktives Angebot

der Jugendarbeit zur Verfügung. Ein erheblicher Teil der Jugendlichen bleibt folglich im Freizeitbereich dem Einfluss von Gleichaltrigen Gruppen, kommerziellen Angeboten oder aber gegebenenfalls eben rechtsextremen Gruppierungen überlassen, die bekanntlich die Jugendarbeit längst als ein Mittel der Mitgliederwerbung für sich entdeckt haben. Wenn Jugendarbeit nicht in der Lage ist, allen Jugendlichen attraktive Freizeit- und Bildungsangebote zu unterbreiten, entsteht ein Vakuum, das rechte Szenen und Organisationen besetzen können.

Dieses Angebotsdefizit gilt es zunächst zu thematisieren, bevor über die Möglichkeiten und Erfordernisse eigenständiger Angebote der Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus diskutiert wird. Denn eine stabile, verankerte und fachlich qualifizierte Angebotsstruktur demokratische Jugendarbeit wäre zweifellos ein zentral bedeutsamer Beitrag, um ein Gegengewicht zur Verfestigung rechtsextremer Tendenzen unter Jugendlichen zu setzen. Faktisch erleben wir aber gegenwärtig keinen Ausbau der Jugendarbeit, sondern, insbesondere in den neuen Bundesländern, einen erheblichen Personalabbau.

- Jugendarbeit ist gesetzlich als ein Angebot für alle Jugendlichen vorgesehen. Eine Ausgrenzung von Teilgruppen nach politischen Kriterien widerspricht nicht nur den gesetzlichen Vorgaben, sondern auch dem tradierten fachlichen Selbstverständnis. Denn Jugendarbeit hat sich – jedenfalls in ihrer westdeutschen Tradition – als ein Lern- und Experimentierfeld verstanden, in dem die Erfahrungen, Fragestellungen und Interessen Jugendlicher im Zentrum stehen.

Eine Besonderheit des pädagogischen Arbeitsfeldes Jugendarbeit resultiert so betrachtet daraus, dass Heranwachsende hier nicht als unmündige Objekte von Erziehung und Belehrung betrachtet, sondern als Subjekte mit ihren je eigenen Erfahrungen und Sichtweisen ernst genommen werden. Jugendarbeit zielt entsprechend darauf, einen Ort zu bieten, an dem Jugendliche sich unter Bedingungen relativer Sanktionsfreiheit artikulieren können und dabei auf Erwachsene treffen, die sich auf eine ernsthafte Auseinandersetzung mit ihren Überzeugungen einlassen. So betrachtet ist Jugendarbeit darauf verwiesen und zugleich in besonderer Weise dazu geeignet, einen pädagogischen Rahmen auch für die Auseinandersetzung mit problematischen politischen Tendenzen unter Jugendlichen anzubieten. Als ein solcher Ort ist sie unverzichtbar. Denn Jugendliche lassen sich ihre Überzeugungen gewöhnlich nicht verbieten. Sie sind aber in der Regel dann zu einem auch selbstkritischen Nachdenken bereit, wenn sie auf Pädagogen treffen, die befähigt und bereit sind, sich auf einen Dialog mit ihnen einzulassen, der nicht von vornherein durch politische und moralische Konformitätszwänge überformt ist (s. Scherr 1997).

Grundlegend auch für eine solche Jugendarbeit, die die darauf zielt, gegen rechtsextreme Tendenzen wirksam zu werden, ist also das Angebot einer dialogi-

schen Auseinandersetzung mit Jugendlichen unterschiedlicher politischer Verortung, nicht die Ausgrenzung unliebsamer Teilgruppen.

- Eine solche Sichtweise schließt selbstverständlich ein, dass Jugendarbeit nicht den Charakter einer Sonderleistung für rechtsextreme Szenen annehmen und selbstverständlich auch nicht mit einer Ausgrenzung linker und antifaschistischer Jugendszenen einhergehen sollte. Vielmehr ist eine Aufgabe demokratischer Jugendarbeit nicht zuletzt darin zu sehen, diejenigen Jugendszenen zu stärken und zu stützen, die sich aktiv gegen Rechtsextremismus engagieren und dadurch dazu beizutragen, den relativen Einfluss rechtsextremer Tendenzen unter Jugendlichen zu begrenzen. Dass dies nicht mit einer bedingungslosen Sympathie mit antifaschistischen Jugendszenen einhergehen kann, ist selbstverständlich; auch hier kann es nur um eine solche professionelle Jugendarbeit gehen, die sich auf eine Auseinandersetzung mit problematischen Tendenzen – z. B. in Gestalt der Infragestellung demokratischer Grundrechte für Rechtsextreme – einlässt.

2. Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ist auf fachlich differenzierte Konzepte verwiesen und steht vor der Aufgabe, Möglichkeiten und Grenzen ihrer Wirkungsmöglichkeiten zu bestimmen. Sie verfügt über solche Konzepte und ein Wissen über deren Möglichkeiten und Grenzen. Grob vereinfacht können – über eine generelle präventive Orientierung hinaus – drei grundlegende Konzepte unterschieden werden (s. dazu Scherr 2001 und 2007c):

- Erstens Jugendarbeit als Ort gesellschaftspolitischer Bildung, insbesondere im Sinne demokratischer, menschenrechtlicher und antirassistischer Bildung. Eine solche Bildungsarbeit ist nicht nur ein Spezialauftrag für eine eigenständige Träger und Institutionen, sondern auch ein möglicher und anzustrebender Bestandteil des Alltags offener Jugendarbeit. Sie ist insbesondere dann aussichtsreich, wenn sie früh ansetzt, also bevor sich politische Orientierungen verfestigt haben und durch die Zugehörigkeit zu einschlägigen Gruppen und Organisationen sozial abgestützt werden. Zudem ist eine solche Bildungsarbeit nicht allein als bloße Wissensvermittlung anzulegen, sondern so zu gestalten, dass demokratische Strukturen und menschlichrechtliche Werte nicht nur deklariert, sondern im Alltag der Jugendarbeit auch erfahrbar werden. Darüber hinaus gilt, dass es die Erfolgsaussichten erheblich steigert, wenn Bildungsarbeit auf entgegenkommende Grundorientierungen ihrer Adressaten trifft. Dagegen sind Jugendliche mit bereits verfestigten rechten Überzeugungen für Angebote demokratisch-menschenrechtlicher Bildungsarbeit nur schwer erreichbar und durch diese kaum beeinflussbar.

- Zweitens sozialpädagogische Konzepte wie insbesondere das der akzeptierenden Jugendarbeit. Diese gehen von der Grundannahme aus, dass rechtsextreme Tendenzen und Orientierungen nicht als Ausdruck

vermeintlich rational begründeter politischer Überzeugungen zu betrachten sind, sondern als eine Artikulationsform biographischer und sozialer Problemlagen. Die Kernidee entsprechender Vorgehensweisen lautet also, durch sozialpädagogische Hilfen sowie durch Beziehungsangebote dazu beizutragen, dass rechts-extreme Haltungen ihre Bedeutung als Form der Bearbeitung sozialer und biographischer Problemlagen verlieren. In der Fachdiskussion wurde, z.T. recht polemisch gegen eine solche sozialpädagogische Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen argumentiert. Dies zum einen mit dem Argument, dass dieser ein entpolitisiertes Problemverständnis zur Grunde liege und zweitens, dass akzeptierende Jugendarbeit faktisch zu einer Unterstützung und Stärkung rechter Szenen führe. Meine Einschätzung dazu kann ich hier nur knapp skizzieren (s. Scherr 1993 und 2000):

- Das Konzept akzeptierender Jugendarbeit ist ersichtlich nur dann und nur für solche Jugendszenen sinnvoll, für die sich ein Zusammenhang zwischen sozialen Problemlagen und rechten Orientierungen begründet aufzeigen lässt; also insbesondere für rechte Jugendszenen in prekären Lebenslagen. Akzeptierende Jugendarbeit ist kein Universalrezept für Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus insgesamt.
- Akzeptierende Jugendarbeit setzt Jugendarbeiter mit einer klaren politischen Haltung gegen Rechtsextremismus sowie eine differenzierten Kenntnis der Elemente rechtsextremen Denkens voraus; denn nur dann ist gewährleistet, dass Akzeptanz als fachliche Haltung von persönlicher Sympathie bzw. unklaren Abgrenzungen unterschieden bleibt. Zudem benötigt akzeptierende Jugendarbeit eine Infrastruktur, die ein ‚going native‘, eine allmähliche Identifikation mit den Adressaten verhindert. D.h. insbesondere: Mindestbedingung fachlich verantwortbarer akzeptierender Jugendarbeit ist eine regelmäßige Supervision.
- Akzeptierende Jugendarbeit muss im jeweiligen lokalen Kontext als ein Element der Angebotsstruktur erkennbar sein; es ist nicht vertretbar, dass sie das alleinige Angebot der Jugendarbeit im lokalen Kontext und somit als eine Sonderleistung für die rechte Szene wahrgenommen wird, während nicht-rechte Jugendliche aus der Jugendarbeit verdrängt werden.
- Akzeptierende Jugendarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen ist dann potentiell kontraproduktiv, wenn rechte Szenen im jeweiligen lokalen Kontext ohnehin hoch einflussreich sind und mit Akzeptanz in der lokalen Öffentlichkeit rechnen können. Sie stellt nur dann einen sinnvollen Arbeitseinsatz dar, wenn es darum gehen muss, eine Arbeitsgrundlage für die pädagogische Arbeit mit solchen Jugendszenen herzustellen, die ansonsten nicht erreichbar sind.
- Drittens ist Jugendarbeit ein möglicher Bestandteil von Strategien, die auf die Stärkung zivilgesellschaftlicher Initiativen gegen Rechtsextremismus ausgerichtet sind (s. dazu Lynen von Berg/Pallos/Steil 2007). Die keineswegs selbstverständliche Voraussetzung

hierfür ist eine lokale Verankerung von Initiativen, die bereit sind, sich entschieden gegen rechte Tendenzen zu positionieren. Argumentiert man machtstrategisch und nicht nur pädagogisch, dann spräche im Kontext zivilgesellschaftlicher Strategien vieles für ein Vorgehen, das systematisch die antirassistischen und demokratischen Jugendszenen stützt und zugleich den – demokratisch und rechtsstaatlich zulässigen – Repressionsdruck auf rechte Szenen stärkt. Denn die relative Stärke und Schwäche von Jugendszenen ist folgenreich für die politische Sozialisation der jeweils nächsten Jugendgeneration. Ein solches Vorgehen ist aber nur dort möglich, wo demokratische Jugendszenen vorhanden sind sowie eine lokale Politik existiert, die diesen gegenüber keine Berührungspunkte hat.

3. Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind ersichtlich keine Jugendprobleme. Schon deshalb ist die Auseinandersetzung damit nicht allein und primär mit den Mittel der Jugendarbeit zu leisten. Jugendarbeit steht aber in der Gefahr, und das ist ein Kernproblem auch der laufenden Bundes- und Landesprogramme, politisch als ein Mittel der Rechtsextremismusbekämpfung in einer Weise inszeniert und instrumentalisiert zu werden, die es ermöglicht, über andere Erfordernisse politischen Handelns zu schweigen. Dies ist dann der Fall, wenn einschlägige Aktionsprogramme als vermeintlich hinreichender Nachweis dafür beansprucht werden, dass Politik den Erfordernissen einer angemessenen Bekämpfung des Rechtsextremismus gerecht wird.

Entsprechend können die Möglichkeiten und Grenzen der Jugendarbeit nicht sinnvoll diskutiert werden, ohne zugleich die Situation und den Handlungsbedarf in anderen Feldern von Politik und Pädagogik in den Blick zu nehmen. Dies gilt insbesondere auch für die Frage nach den Anforderungen an eine Bildungspolitik gegen Rechtsextremismus, also für die Frage, welche Veränderungsbedarf für die schulische und hochschulische Bildung sowie die betriebliche Ausbildung aus der Entstehung und Verfestigung des neueren Rechtsextremismus folgt. Dass diese Frage nicht ausreichend gestellt wird, kann man auch als eine Folge davon sehen, dass die gesellschaftliche Zuständigkeit für Maßnahmen gegen Rechtsextremismus zentral an die Jugendarbeit delegiert worden ist. Dies ist nicht zuletzt deshalb folgenreich, weil damit die Schule als einzige gesellschaftliche Institution, die tatsächlich aller Heranwachsenden erreicht, weitgehend aus der Diskussion über Erfordernisse von Strategien gegen Rechtsextremismus ausgeklammert bleibt und eine Reform schulischer Curricula im Sinne einer ‚Bildung für die Einwanderungsgesellschaft‘ (s. dazu Hornel/Scherr 2004) ebenso wenig stattgefunden hat wie eine entsprechende Reform der Lehrerbildung.

Ein zentrales Erfordernis einer Pädagogik gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wäre demgegenüber in der Etablierung einer präventiven Bildungsarbeit insbesondere in den allgemeinbildenden Schulen und den Hochschulen zu sehen, d.h. einer solchen Bildungsarbeit, die allen Heranwachsen-

den den Sinn und die Bedeutung demokratischer und menschenrechtlicher Prinzipien erfahrbar macht und verdeutlicht sowie sie zu einen sachlich fundierten und differenzierten Verständnis zentraler gesellschaftlicher Problemlagen und Konflikte befähigt. Denn der Sinn demokratischer und menschenrechtlicher Normen einerseits, die Problematik nationalistischer, rassistischer und antisemitischer Positionen andererseits erschließt sich nicht von selbst.

Literatur

Bohn, Irina Erfahrungen aus dem Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt. In: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Aufgaben und Grenzen der Kinder- und Jugendhilfe. Leipzig, 2000, S. 87-97

Gubins, Guido. u.a. (2007) Aufsuchende Arbeit mit rechtsextrem und menschenfeindlich orientierten Jugendlichen. In: deutsche Jugend, H. 12/2007, S. 526-534

Hormel, Ulrike/Scherr, Albert (2004) Bildung für die Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden

Lynen von Berg, Heinz/Palloks, K./Steil, A. (2007) Interventionsfeld Gemeinwesenarbeit. Weinheim und München

Möller, K./Schumacher, N. (2007) Rechte Glatzen. Wiesbaden

Scherr, Albert (1993) Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen. Bielefeld

Scherr, Albert (1997) Subjektorientierte Jugendarbeit. Weinheim und München

Scherr, Albert Akzeptierende Jugendarbeit. In: DJI (Hrsg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Aufgaben und Grenzen der Kinder- und Jugendhilfe. Leipzig, 2000, S. 9-20

Scherr, Albert Pädagogische Interventionen. Gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Bad Schwalbach/Ts., 2001

Scherr, A. (2007a) Antirassistische Bildung. In: Reinhardt, V. (Hrsg.): Inhaltsfelder der politischen Bildung. Hohengehren, S. 182-189 (Koautorin: Gaby Elverich)

Scherr, A. (2007b) Menschenrechtsbildung. In: Reinhardt, V. (Hrsg.): Inhaltsfelder der politischen Bildung. Hohengehren, S. 190-199

Scherr, A. (2007c) Pädagogische Interventionen gegen rechts. In: Hamann, K./Schmohl, D./Schorb, B. (Hg.): Mit Medien aktiv gegen Rassismus. Antisemitismus und Ausgrenzung. Leipzig, S. 16-23

Scherr, Albert (2008) Herausforderung Rechtsextremismus. Erfordernisse, Möglichkeiten und Grenzen pädagogischer Interventionen. In: Benzler, S. (Hrsg.): Strategien gegen Rechtsextremismus. Locom, S. 57-68

Wagner, Ulrich/Christ, Oliver/van Dick, Rolf Die empirische Evaluation von Präventionsprogrammen gegen Fremdenfeindlichkeit. In: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung, H. 1, 2002, S. 101-117

Kein Platz für Schwarze und Juden – Fußball und die extreme Rechte

Gerd Dembowski

April 2008. Als ein Jenaer Spieler einen Eckball gegen den Halleschen FC treten will, beginnen Halle-Fans zu rufen: „Juden Jena“. Was folgt, ist grotesk. Der nahe Schiedsrichterassistent will nichts gehört haben, obwohl das Tondokument des MDR später beweist, dass es unüberhörbar war. Der Hallesche FC zeigt sich uneinsichtig, nach dem Motto: Erst abstreiten, wenn das nicht mehr geht, dann herunter spielen und auf „die Medien“ schimpfen. Der Staatsanwalt sagt, dass „Juden Jena“ nicht als Volksverhetzung zu werten sei, weil „Jude“ kein Schimpfwort ist. Beim darauf folgenden Spiel des Halleschen FC zeigen Halle-Fans daraufhin das Banner „Hahaha – wir wollen Beweise“. Im Gegensatz zur deutschen Gesetzbarkeit und Politik kommt es sportlich zu einem Punktabzug für den verbandsintern zuvor bereits angemahnten Halleschen FC.

Langfristig fühlen sich jedoch diejenigen Zuschauer bestätigt, die „seit je her“, wie in Internetforen oft zu lesen ist, „ohne politischen Hintergrund“ das Wort „Jude“ im Stadion als Schimpfwort gebrauchen. „Juden Berlin“ z. B. wird seit DDR-Zeiten gern gegen die angeblich reichen Vereine aus dem als intellektuell wahrgenommenen Berlin verwendet. Im Herbst 2007 bekommt es Union Berlin lautstark von Dynamo-Dresden-Fans zu hören. Im Februar 2007 skandieren Fans von Lok Leipzig „Juden Aue“ sowie „Aue und Chemie – Judenkompanie“ vor den massiven Ausschreitungen gegen die Polizei, die aus Solidarität mit den verletzten Polizisten zur Aussetzung eines Spieltages in Sachsen führt. Lok-Fans sind zuvor bei einem A-Jugendspiel aufgefallen, wie sie sich auf einer leeren Tribüne so aufgestellt haben, dass ein quasi ‚lebendiges‘ Hakenkreuz entstand.

Im Mai 2008 verunglimpfen Fans des FSV Zwickau die Fans und den Verein von Sachsen Leipzig mit „Juden Chemie“. 2005 bezeichnen Energie-Cottbus-Fans die Fans von Dynamo Dresden auf einem 2 x 10m großen Banner als „Juden“, das „d“ in der Wortmitte wie im Dresdener Vereinswappen dargestellt. Cottbus behaupteten online, sie seien nicht antisemitisch. Sie hätten diese Form der Beschimpfung nur gewählt, weil die Dresdener gern antisemitisch anderen gegenüber reagierten und diese sie deshalb am Härtesten träfe.

Des Weiteren wird in solchen Fällen oftmals ein vermeintliches Unrecht beschworen, man stilisiert sich selbst zum Opfer, wie in diesem youtube-Kommentar: „Der Hund ist woanders begraben, nämlich dass in Deutschland mit zweierlei Maß gemessen wird. Mir wird immer noch Schuld angelastet und deshalb darf ein Ausländer mich angreifen, ohne das dem groß was passiert. Hier wird Unrecht nicht gleich bestraft, das ist der Knackpunkt und Unruheherd.“

Ordnet man die o.g. „Jude“-Rufe in das sonstige gruppenhistorische Auftreten der aktiv beteiligten Fans, so muss ihnen jedoch bewusst sein, dass allein die Zuschreibung des Wortes „Jude“ als Schimpfwort schon antisemitische Denkmuster und historische Bezüge in tradierter und modernisierter Form voraus setzt. Und wenn diese „Juden“-Rufe sich dann gegen Vereine richten, die wie Tennis Borussia Berlin eine jüdische Geschichte oder Bayern München und Eintracht Frankfurt noch zusätzlich eine Geldassoziation gewährleisten (Bayern = reicher Klub, Frankfurt = „Bankenmetropole“) kommt der latent gefestigte, unhinterfragte Antisemitismus schon deutlicher zum Vorschein. Ebenso wie bei der durchaus üblichen „Jude“-Beschimpfung des stets ungeliebten Schiedsrichters, der keinem Team angehört, das Spiel nur „kaputt pfeift“ oder gar in eine Intrige verwickelt und „vermutlich gekauft“ ist.

Während solche antisemitischen Diskriminierungen oftmals ohne körperliche Präsenz von Juden auskommt, erfahren die oftmals multi-ethnisch zusammen gesetzten Teams deutscher Makkabi-Vereine Antisemitismus unmittelbar persönlich. Der medial breit diskutierte Fall von Gesängen bei VSG Altglienicke, wie „Jude verrecke“, „Synagogen müssen brennen“ oder „U-Bahn nach Auschwitz!“ gegen Spieler von Makkabi Berlin sind nach Ansicht des Vorsitzenden Tuvia Schlesinger nur Beispiele für den Vereinsalltag, wie er im März 2008 der Schweizer Wochenzeitung WOZ erzählt: „Die Situation hat sich für unsere Fußballmannschaften eher verschlechtert. Es vergeht kein Wochenende, an dem wir nicht angegriffen werden, keine Woche ohne ein antisemitisches Vorkommnis. Häufig beteiligen sich jetzt auch Spieler daran. Mittlerweile scheint es gesellschaftsfähig zu sein, uns zu beleidigen. Derzeit herrscht eine Stimmung gegen uns die ist nahezu unerträglich.“

Antisemitismus und Rassismus mögen im Osten direkter und gewalttätiger auffallen, sie sind allerdings auch im Westen der Republik nicht zu unterschätzen. Bis der DFB 2006 eingreift und Alemannia Aachen nach einem Spiel gegen Borussia Mönchengladbach bestraft, sind massenhafte „Asylanten“-Rufe gegen gegnerische Teams üblich. Am 28.6.08 darf ein rechtsextremer Fanclub von Eintracht Braunschweig an einem Fanturnier des dortigen Fanprojekts teilnehmen. Nach Gewinn des Turniers präsentiert sich dieser Fanclub auf den Siegerfotos in neonazistisch kodierten T-Shirts. Dies wiederholt der Fanclub nicht nur in einem selbst produzierten Online-Video, sondern dort werden auch Hitlergrüße gezeigt, unterlegt mit Musik der in die rechtsextreme Szene verstrickten Rockband „Kategorie C“. Ein Fanclub-Mitglied feiert den Turniersieg online so: „Wir sind Fette, Asoziale. Wir machen überall Randalen und unsere Farben sind schwarz-weiß-rot, wir bleiben treu bis in den Tod.“

Auch in Dortmund häufen sich 2008 die Berichte über die dortige Ultra-Gruppierung „FC Desperados“ und einen Teil der Ultras „The Unity“. Die „Desperados“ gelten als Nachfolger der Borussenfront und damit als eine der wenigen klar rechtsextrem positionierten Ultra-Gruppen Deutschlands. Auf Auswärtsfahrten kommen Nazi-Sprüche in Zügen und Hitlergrüße an Bahnhöfen vor, links aussehende Menschen werden angepöbelt. Ein Anti-Schalke-Aufkleber beschimpft Schalke als „Juden“ - mit Hilfe eines Zahlencodes. Ein Teil der größeren, als unpolitisch geltenden Ultras „The Unity“ haben eine Kneipe eröffnet, in der auch Neonazis verkehren. Im Umfeld der Kneipe sind verstärkt neonazistische Aufkleber gesichtet worden.

Insgesamt kommt hinzu, dass sich von der ersten bis zur untersten Liga oftmals ein subtiler rechtsextremer Lifestyle etabliert hat, der sich im kontinuierlichen Wandel befindet, und dabei mit modernisierenden Versatzstücken verschiedener Jugendkulturen, politischen Forderungen und Modetrends patchworkt. Rechte Symbolik drückt sich demnach längst nicht immer in martialischem Auftreten aus, sondern in ständig wechselnden Codes.

Im und um die Stadien war und ist dem aktuellen rechten Lifestyle Präsenz garantiert, weil auch ideologisch nicht gefestigte, provozierende Jugendliche und Jungerwachsene mit dieser Kleidung szenekontexten wollen. In manchen Stadien der unteren Ligen prägt z. B. die neonazistische Marke „Thor Steinar“ das Erscheinungsbild von Teilen der aktiven Fankultur.

Marken wie „Thor Steinar“ oder „Erik & Sons“ setzen sich dort oder im eigenen Stadtteil durch, weil Jugendliche und junge Erwachsene dabei und up to date sein wollen oder sich ein auch in physischer Hinsicht bedrohlicher Gruppenzwang aufbaut. Die Kleidung setzt auf gute Qualität und vertreibt ein Design, das nicht augenscheinlich so aussehen muss, wie viele sich rechtsgerichtete Personen womöglich vorstellen.

Ständig neue Embleme und Codes erschweren die Strafverfolgung. Hier wird sich bezüglich des Erscheinungsbildes auch in linksorientierten Szenen bedient, von Che Guevara bis hin zum so genannten Palästinenser-Schal, um antisemitische Denkpartikel geschickt hinter dem inzwischen gängigen Modeaccessoire einerseits und einer gesellschaftlich häufig geteilten Staatskritik an Israel zu verbergen.

„Solange der hier nichts Rechtes grölt“, sagen Fans dann gern, „ist es doch kein Problem.“ Als anwesend in einer Kurve oder einer Fanszene akzeptiert zu sein, kann allein schon ein psychologischer Anker dafür sein, auf unterschwelligem und sukzessivem Wege an vorhandene Einstellungsmuster anzuknüpfen und entsprechende Meinungen hoffähiger zu machen.

Noch dazu gilt in vielen Fankreisen die schiefe Parole „Keine Politik im Stadion“, nach der Personen mit rechtsextremen Einstellungen und Denkversatzstücken innerhalb ihrer Szenen geduldet werden, wenn

sie sich im Stadion mit ihrer Meinung zurück halten. Dabei wird z.B. vorhandene Männerbündelei und männliche Härteideale unter dem Signum der Heteronormativität als unpolitisch ignoriert. „Dadurch, dass Fans ‚Keine Politik im Stadion‘ krakeelen und antirassistische Töne als störende, fußballfremde Einmischung einordnen, bestätigen und stabilisieren sie vorhandene rassistische Tendenzen und entsprechende Akteure. Sie stellen sich auch selbst einen Freibrief aus, nicht auf rechte Rufe oder die Gegenwart von Neonazis und Mitläufern reagieren zu müssen.“ (Michael Eichener in Ballbesitz ist Diebstahl) Eine solche kulturelle Hegemonie begreifen rechtsextreme Parteien, Gruppierungen und ihre Mitläufer als nützliche Einladung und versuchen weiterhin, Fußballstadien der Profiligen und Fußballplätze der Amateurligen als Verstärker zu nutzen.

Andockstationen in sich selbst als unpolitisch bezeichnenden Fanszenen bieten der weit verbreitete, oft mit sozialdarwinistischen Einstellungsmustern verbundene Manierismus, Aufrührergestus und Sloganismus. Rechtsextreme erkennen dies als Anknüpfungspunkte, ihre vermeintlich einfach gestrickten Lösungen zu komplexen Problemen der Gegenwart anzubieten. Weitere, damit einher gehende Merkmale sind ein Konglomerat aus antikapitalistischen Tendenzen, der Sicherung von Etabliertenvorrechten, Antiintellektualismus, Politikverdrossenheit und vor allem fanhistorisch eingeschriebener Gewaltakzeptanz. Zum Andocken nutzen Rechtsextreme trittbrettfahrerartig gesellschaftspolitische Themen. Dies ist ein Phänomen, das sich auch unabhängig vom Einfluss Rechtsextremer in Fußballgesängen finden kann, wenn bestimmte Elemente aktueller Politik- und Popgeschehnisse von derb bis ironisch-distanziert kommentiert werden. Dies alles, verbunden mit einer oftmaligen Akzeptanz einer ähnlich ausgeprägten und akzeptierten rechten Teiljugendkultur in zahlreichen Stadtbildern, erfordert nicht einmal eine rechte Unterwanderung im klassischen Sinne.

Insgesamt lässt sich speziell im Umfeld von unterklassigem Fußball ablesen, wie sich die gegenwärtig zu konstatierende Tendenzen eines gesellschaftlich erstarkten Antisemitismus, der sich gern auch als Kritik am Staate Israel tarnt, unter einem Brennglas verschärft äußert.

Darüber hinaus ist Fußball ein gutes Beispiel dafür, dass antisemitische und rassistische Diskriminierung nicht losgelöst von anderen Diskriminierungsformen, sondern als Syndrom einer weit verbreiteten „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (Wilhelm Heitmeyer) zu betrachten ist. Hier kann der gegenwärtige deutsche Nationalismus, der auch als medial wie politisch gepriesener „Partynationalismus“ zur WM 2006 und EM 2008 seine verbal und gewalttätig überbordenden Auswirkungen hatte, ein Teil des Puzzles sein. Ebenso wie Anti-Intellektualismus und sich oberflächlich modernisierende Männlichkeitsformen (Sexismus/Homophobie), gepaart mit sozialdarwinistischen Einstellungsmustern.

Demzufolge sollten nicht nur die zunehmend über den Amateur- und Freizeitfußball rekrutierende NPD und der Prozent der Stadionbesucher im Fokus von Gegenmaßnahmen stehen, die ihre zumindest latent vorhandenen Einstellungen exzessiv nach außen kehren, sondern auch die Masse, die ab und an darauf einsteigt. Vor allem die Jugend, die womöglich die Masse im Stadion von Morgen ist.

Literatur zum Weiterlesen

Bündnis Aktiver Fußballfans (Hg.) Ballbesitz ist Diebstahl. Fußballfans zwischen Kultur und Kommerz, Göttingen 2004

Dembowski, Gerd: Brennglas Fußball, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 5, Suhrkamp: Frankfurt/Main 2007

Dembowski, Gerd: Zeichen der Zeit. Zu Fragen von Rassismus und Randale im Fußball, Quelle: Dt. Akademie für Fußballkultur online: <http://fussballkultur.org/v01/de/pub/index.html?navID=124&artikelID=1144&IDS=NyFD7YE5>

- **Endemann, Martin: „Sie bauen U-Bahnen nach Auschwitz.** Antisemitismus im deutschen Fußball, in: Gerd Dembowski, Jürgen Scheidle (Hg.): Tatort Stadion. Rassismus, Antisemitismus und Sexismus im Fußball, Papyrossa: Köln 2002. Überarbeitet in: Stiftung Neue Synagoge – Centrum Judaicum (Hg.): Stadionmagazin zur Ausstellung „Kicker. Kämpfer und Legenden. Juden im deutschen Fußball“, Berlin 2006

Gabler, Jonas: Ultrakulturen und Rechtsextremismus. Fußballfans in Deutschland und Italien, Köln 2009

Glaser, Michaela/Elverich, Gabi (Hg.) Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Fußball. Erfahrungen und Perspektiven der Prävention, Halle 2008

www.dasversteckspiel.de

Alte und neue Förderprogramme gegen Rechtsextremismus – Auf dem Weg zu Gesamtstrategien?

Lorenz Korgel

Es ist sicherlich richtig, die Kritik an den gegenwärtig laufenden Förderprogrammen immer wieder zu reformulieren. Es sollte darüber hinaus aber auch gefragt werden, in welche strategische Richtung die Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in Zukunft gelenkt werden sollen. Wenn wir davon ausgehen, dass Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus gesamtgesellschaftliche Probleme sind, bedarf es auch komplexer Problembearbeitungskonzepte mit einem breiten Ansatz. Es braucht „integrierte Gesamtkonzepte“ möglichst auf allen drei Ebenen, dem Bund, den Ländern und der kommunalen Ebene. Bevor ich zur Erläuterung dieses Aspektes komme, möchte ich kurz den derzeitigen Stand der Debatte und der Kritik rund um die Förderprogramme des Bundes, wie ich ihn wahrnehme, zusammenfassen.

Über „alte und neue“ Förderprogramme gegen Rechtsextremismus zu sprechen kann eine optimistische Perspektive haben. Demzufolge könnte man festhalten, dass seit dem Jugend-zentrierten „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG, 1992-1996) und der thematischen Schwerpunktverlagerung durch die Programme Civitas, Entimon und Xenos hin zu einem eher zivilgesellschaftlichen breiten Focus die große Zeit der ideologischen Auseinandersetzung vorbei zu sein scheint. Niemand wird heute in Abrede stellen, dass es einer qualifizierten Jugendarbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen bedarf, die nach bestimmten Standards arbeitet. Niemand wird andererseits heute in Abrede stellen, dass es einer vitalen demokratischen Kultur bedarf, um Rechtsextremismus die Legitimationsbasis zu entziehen.

Positiv könnte man ebenfalls festhalten, dass wir heute an einem Punkt sind, an dem die Bundesprogramme nach pragmatischen Gesichtspunkten alle notwendigen Handlungsfelder abdecken. Das Programm „Vielfalt tut gut“ konzentriert sich auf die Arbeit mit Jugendlichen und thematisiert auch neuere Entwicklungen wie „Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft“. Dasselbe Programm hat mit dem Aufgreifen der Idee Lokaler Aktionspläne (LAP) ein schlüssiges Konzept zu Problembearbeitung auf kommunaler Ebene implementiert. Weiterhin gibt es durch das ESF gestützte Programm Xenos ein Förderprogramm, das in die Arbeitswelt hinein reicht und schließlich mit dem Programm „Kompetent. Für Demokratie“ einen Förderbereich, in dem Beratung und Intervention organisiert werden kann.

Eine „runde Sache“ könnte man also sagen und schließlich könnte man auch noch festhalten, dass die Existenz der Programme selbst schon ein Erfolg ist. Wir alle wissen ja, wie umstritten dieser Maßnahme-

bereich ist und wie sehr er immer wieder von „Katastrophen“ wie „NPD-Wahlerfolgen“ oder Gewaltvorfällen abhängt.

Im Zuge einer genauen Betrachtung muss freilich etwas Wasser in den Wein gegossen werden. Zu unterschiedlichen Anlässen berichten Praktiker/innen und Wissenschaftler/innen immer wieder von Schwierigkeiten und konzeptionellen Schwächen der Bundesprogramme, die ich im Folgenden nur anreißen bzw. zusammenfassen kann.

Mehr als 10 Jahre existieren nun Programmerrfahrungen in unserem Themenfeld. Noch immer laufen die Programme mit begrenzten Förderlaufzeiten. Dies bedingt eine ständige Neuerfindung von eigentlich erprobten und für gut befundenen Projektformaten, die dann wiederum umbenannt und in neue Rahmenrichtlinien hineingepresst werden müssen. Mit der fehlenden Kontinuität in den Programmen geht eine hohe Fluktuation bei den Projektmitarbeitenden einher, was unnötigen Kompetenzverlust bedeutet.

Noch immer ist die finanzielle Struktur der Programme nicht durchdacht. Die Co-Finanzierungsmodelle sind oftmals unrealistisch. Einerseits ist der einzubringende Drittmittelbetrag oft zu hoch angesetzt und andererseits ist die Vorstellung, dass ein „Modell“ automatisch nach drei Jahren in die Regelfinanzierung der Länder und Gemeinden übernommen wird in den meisten Fällen utopisch, weil es viel längerer Zeiträume bedarf um Projekte mit einem top-down Ansatz zu implementieren.

Weitere Kritikpunkte, die vorgebracht werden:

Zu starke Dominanz der Verwaltungen: Insbesondere bei den Lokalen Aktionsplänen wird kritisiert, dass nur eine „handverlesene Zivilgesellschaft“ teilhaben darf. Kritisches Potenzial der Zivilgesellschaft kommt so nicht zum Tragen. Dies hat zur Folge, dass in Kommunen mit einem gut ausgebildeten Problembewusstsein mit LAPs gute Ergebnisse erzielt werden können. Kommunen, die aber schon immer eine defizitäre Sensibilität gegenüber den Problemen hatten, haben entweder gar keinen LAP oder sie lassen die kritische Zivilgesellschaft außen vor.

Zu geringe Fördersummen im Rahmen der LAPs: Die maximale Fördersumme von 20.000 Euro ist „zu wenig zum Leben, zum Sterben zuviel“.

Zu hohe bürokratische Hürden, zu viel Dokumentations- und Abrechnungsaufwand.

Kritische inhaltliche Rahmungen, wie z.B. die Ausrichtung des Bundesprogramms „kompetent. Für Demokratie“ am Begriff der „Krisenintervention“.

Defizitäre Verzahnung der Bundesprogramme mit den Angeboten der Regeldienste in den Ländern (wobei die mit dem Bundesprogramm „kompetent.“ eingeführten Beratungsnetzwerke in den Ländern einen positiven Lösungsansatz darstellen können).

Insgesamt eine fehlende Einordnung der einzelnen Ansätze in eine Gesamtstrategie.

Immerhin, zum letzten Aspekt hat sich im vergangenen Jahr etwas Bemerkenswertes auf Bundesebene getan. Das Problem ist nur: es wurde kaum bemerkt. Im Oktober 2008 hat das Bundeskabinett den Nationalen Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogener Intoleranz (NAPgR) beschlossen. In seiner Systematik enthält der Aktionsplan vernünftige Bestandteile, die zuvor von der Bundesregierung so noch nie zusammen gestellt wurden. (Verschiedene zivilgesellschaftliche Gruppen haben allerdings eine mangelnde Beteiligung am Entstehungsprozess bemängelt und auch zahlreiche inhaltliche Kritikpunkte eingebracht, auf die hier nicht eingegangen werden kann). Es fällt auf, dass sich niemand in der gesamten Debattenlandschaft der Bundesprogramme auf den NAPgR bezieht. Auf den Websites der Bundesprogramme fehlt jeder Hinweis (Stand Januar 2009). Es gibt auch keine Erläuterung der Bundesregierung, wie der NAPgR als strategisches Entwicklungsinstrument genutzt werden kann.

Dies erweckt den Eindruck, dass nicht beabsichtigt ist, mit dem NAP eine strategische Steuerung in diesen Maßnahmebereich hinein zu bekommen. Wenn dem so wäre, geht die Zeit des pragmatischen Improvisierens also weiter: So gibt es heute eine Vielzahl von Akteuren, Projektformaten und Netzwerken, ohne Klarheit in welchem Verhältnis sie zueinander stehen, welchen Platz sie in der Strategie des Bundes einnehmen und welche zeitliche Perspektive ihnen zukommt. Dieser Zustand ist m.E. schädlich für ein zielorientiertes Vorgehen und Planen. Es ist wenig transparent, was die einzelnen Programme und Projekte leisten sollen und was von ihnen zu erwarten ist. In Folge dessen werden diese immer wieder mit überhöhten Erwartungen konfrontiert. So brandet nach Wahlerfolgen der NPD immer wieder der absurde Vorwurf auf, die Programme seien offensichtlich wirkungslos oder sie verhindern zu wenig rechtsextremes Gewalt-handeln. Es ist dringend erforderlich, dass Programm-gestalter die Projekte vor solchen Erwartungen, die nicht in ihre Aufgabenbereiche gehören, in Schutz nehmen.

Kurzum: Es braucht Gesamtkonzeptionen für diesen Maßnahmebereich, sowohl auf Bundesebene als auch auf den Ebenen der Länder und der Kommunen (bei letzteren eignen sich die verschiedenen Erfahrungen aus den Lokalen Aktionsplänen).

Beispiel Berlin

Der Berliner Senat hat mit der Landeskonzeption „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ eine entsprechende Gesamtkonzeption vorgelegt. Ich sage nicht, dass diese Konzeption das Ende der Weisheit ist. Der Berliner Integrationsbeauftragte plant derzeit den weiteren Entwicklungsprozess der Landeskonzeption. So wird es beispielsweise die Einbeziehung weiterer Syndrome „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ in die Problem- und Strategieberatung geben. Innerhalb von zwei Jahren wird der Senat eine Bilanz ziehen und feststellen, welche neuen Handlungsfelder zu ergänzen sind und welche neuen Bedarfe entstanden sind.

Insbesondere auf der Zielebene sollte die Landeskonzeption noch präzisiert werden. Nichtsdestotrotz haben wir sehr positive Rückmeldungen aus der Trägerschaft auf die Landeskonzeption erhalten. Denn mit ihr ist es möglich die Schwerpunkte der Strategie des Berliner Senats deutlich zu machen. So haben wir in der Landeskonzeption Leitprojekte hervorgehoben, die damit in ihrer Legitimation aufgewertet wurden. Auch haben wir in der Landeskonzeption sehr deutlich benannt, welche Netzwerke und Mobilisierungsinstrumente wir nachhaltig in Berlin verankern und nutzen wollen.

Die Landeskonzeption findet man im Internet:

http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/themen/demokratie-vielfalt-respekt/landeskonzeption_g_rechtsextremismus.pdf

Pädagogische Interventionen: Neue Lehrmaterialien zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus

Juliane Wetzel

„Gegen Antisemitismus“ Eine Software für den Unterricht

Schülerinnen und Schüler sind Teil einer Gesellschaft, in der traditionelle antisemitische Stereotype immer noch aktuell sind. Der Mangel an der Vermittlung kognitiven Wissens in Schule und Unterricht erhöht die Bereitschaft, solche Stereotype unreflektiert zu übernehmen.

Die Software Gegen Antisemitismus bietet Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, sich mit dem Thema Antisemitismus auseinanderzusetzen. Jeder der acht Themenschwerpunkte beginnt mit einem drei- bis vierminütigen Einführungsfilm, der einen orientierenden Charakter hat und Leitfragen stellt, die in der „Werkstatt“ bearbeitet werden können. Das erste Kapitel setzt sich mit der Frage auseinander „Was sind Vorurteile?“ Weitere Stationen widmen sich den verschiedenen Formen und Motiven des Antisemitismus, die bis heute aktuell sind: die „Christliche Judenfeindschaft“, der „Rassenantisemitismus“, der „Antisemitismus im Nationalsozialismus“, „Antisemitismus nach dem Holocaust“ und der „islamisierte Antisemitismus“. Ergänzt wird dies durch die Bereiche „Jüdische Weltverschwörung“ sowie „Handel und Wandel“, zwei antisemitische Stereotypenmuster, die heute einen besonders hohen Aktualitätswert haben.

In der „Werkstatt“ werden zu allen acht Themen Aufgaben angeboten, die mit entsprechenden Materialien zu bearbeiten sind. Auch das Lernen „ohne Bildschirm“ wird angeregt, indem viele Aufgaben auf die herkömmliche Art im Heft, auf dem ausgedruckten Arbeitsblatt und vor allem im gemeinsamen Gespräch gelöst werden können. Dazu gibt es Methodentipps, wie visuelle Medien bzw. Texte analysiert werden sollten. Ein umfangreiches Lexikon mit mehr als 200 Einträgen steht zur Verfügung.

Der Einsatz der Unterrichtssoftware ist sowohl im Präsenz- wie im Projekt- und Freiarbeitsunterricht möglich. Sie soll Schüler zur Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus motivieren (auch über die Attraktivität des Mediums), ihnen einen Überblick über tradierte und neue Formen des Antisemitismus geben, ihren Blick für antijüdische Stereotype entwickeln bzw. schärfen helfen, sie ihre eigenen antisemitischen Ressentiments bewusst werden lassen, Kompetenzen entwickeln, antisemitische Darstellungen zu erkennen und zu dechiffrieren, sie befähigen, Texte auf ihren antisemitischen Gehalt hin zu analysieren.

Die Unterrichtssoftware ist im Rahmen des Projekts „Fit Machen für Demokratie – Jugendliche setzen sich mit Antisemitismus auseinander“ entstanden, das vom Landesinstitut für Schule und Medien, Berlin-

Brandenburg, vom Berliner Büro des American Jewish Committee und vom Zentrum für Antisemitismusforschung, TU Berlin in den Jahren 2005 bis 2007 durchgeführt wurde. Gefördert wurde sie von entimon, der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ und dem Cornelsen Verlag.

Gegen Antisemitismus, DVD, Einzellizenz 29,95 EUR, Verlag: Cornelsen Software
ISBN: 978-3-06-064492-6, Bestellnummer: 644926

Systemanforderungen: PC: Windows XP, Vista, Pentium 450 MHz, 128 MB RAM (256 MB RAM empf.)

Antisemitismus in Europa Vorurteile in Geschichte und Gegenwart

Arbeitsmaterialien – Drei Bausteine für Unterricht und außerschulische Bildung und Lehrerhandreichung

Zentrum für Antisemitismusforschung in Kooperation mit OSZE/ODIHR und dem Anne Frank House Amsterdam

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa hat wiederholt auf die wichtige Rolle von Bildungsarbeit für die Bekämpfung jeglicher Formen von Intoleranz, einschließlich des Antisemitismus, verwiesen. Um dem Anstieg des Antisemitismus seit Beginn des 21. Jahrhunderts entgegenzutreten, werden pädagogische Materialien und Strategien benötigt.

Das OSZE Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte und das Anne Frank House in Amsterdam haben deshalb in Zusammenarbeit mit Experten aus sieben Ländern Unterrichtsmaterialien erarbeitet, die sich mit verschiedenen Aspekten des Antisemitismus beschäftigen. Die deutsche Ausgabe dieser Arbeitshefte wurde vom Zentrum für Antisemitismusforschung in Berlin in Kooperation mit dem Fritz Bauer Institut in Frankfurt entwickelt.

Das Unterrichtsmaterial besteht aus drei Teilen und einer Lehrerhandreichung:

- Teil 1 thematisiert jüdische Geschichte und Antisemitismus in Europa bis 1945
- Teil 2 beschäftigt sich mit Antisemitismus in Europa nach 1945
- Teil 3 behandelt Antisemitismus als eine von vielen Formen der Diskriminierung von Minderheiten
- Die vom Zentrum für Antisemitismusforschung erstellte Lehrerhandreichung möchte zu einem gezielten und selbst gewählten Einsatz der Materialien anregen

Mit dem Unterrichtsmaterial gewinnen Schüler einen Einblick in das Thema Antisemitismus als historisches Phänomen und erfahren gleichzeitig, wie antisemitische Stereotype aus der Vergangenheit bis heute wirken. Die Materialien sind so gestaltet, dass Schulen und Lehrer frei wählen können, in welchen Fächern die Bausteine eingesetzt werden: sie sind für den Geschichtsunterricht geeignet, passen aber ebenso gut in den Religions-, Deutsch-, Politik- und Sozialkundeunterricht oder sind auch interdisziplinär zu verwenden.

Das Material bietet Unterrichtsbausteine, die auf den spezifischen Kontext der jeweiligen Staaten eingehen. So arbeiten Schüler in Deutschland mit Material, das nicht nur deutschsprachig ist, sondern sich auch spe-

ziell auf in Deutschland verbreitete Erscheinungsformen des Antisemitismus bezieht. Dies gilt ebenso für die Länder Kroatien, Dänemark, Litauen, die Niederlande, Polen und die Ukraine.

Die Arbeitsmaterialien können bei der Bundeszentrale für politische Bildung kostenlos bestellt werden. Dies gilt ebenfalls für die Handreichungen für Lehrkräfte.

http://www.bpb.de/publikationen/UAHJQ8,0,Antisemitismus_in_Europa_Arbeitsmaterialien.html

http://www.bpb.de/publikationen/V294LR,0,Antisemitismus_in_Europa_Handreichungen_f%FCr_Lehrkr%E4fte.html

Zustimmung mangels Alternativen

Fritz Burschel

Kommunale Verankerung der extremen Rechten durch Unterwanderung und Normalisierung – Beispiele aus der Provinz

„Es sind die strukturschwachen Regionen im Osten und im Westen, in denen derzeit über Stärke und Schwäche des modernen Rechtsextremismus entschieden wird.“ So schreibt Dierk Borstel vom Zentrum für Demokratische Kultur in Berlin in Folge 6 der „Deutschen Zustände“¹. Beim Erscheinen bezogen auf das Jahr 2007 könnte er mit dieser Feststellung für das Jahr 2009 immer noch Recht behalten, immerhin stehen in diesem Jahr 8 Kommunalwahlen² an, die an den Tag bringen werden, ob die extreme Rechte die Ernte gezielter kommunaler Strategien der Verstärkung und Unterwanderung einfahren können. Es steht zu erwarten, dass zu den bereits über 250 KommunalpolitikerInnen extrem rechter Parteien viele Dutzend weitere hinzukommen werden. Es wird nach der Wahl jedoch sehr genau zu klären sein, ob diese erwarteten Zugewinne an Mandaten tatsächlich Ergebnis und Erfolg einer gezielten Normalisierungspolitik gerade im ländlichen Raum sein werden oder ob die Ergebnisse letztlich gleich geblieben, die Nazi-Parteien nur ganz banal von der höchststrichterlichen Quasi-Abschaffung der 5- bzw. der 3-Prozent-Klausel vom 13.2.2008 profitieren können.³ Von besonderem Interesse ist dabei das Bundesland Thüringen, in dem neben der Kommunal- und Europawahl (7.Juni) auch Landtagswahlen (30.8.09) stattfinden werden, wo die NPD versuchen wird an alte Wahlerfolge – etwa an die 3,7 Prozent Stimmen bei der Bundestagswahl 2005 – anknüpfen zu können. Es wird im Nachgang zu überprüfen sein, ob die Rechtsextremismus-Expertin der LINKEN-Landtagsfraktion Martina Renner Recht behält, wenn sie schreibt: „Entgegen der landläufigen Meinung von voreiligen Kommentatoren basiert der Einzug der Rechtsextremen in die Landesparlamente eben nicht vorrangig auf der Mobilisierung von so genannten Protestwählern, sondern sind Ergebnis einer beharrlich ausgebauten soziokulturellen Verankerung gerade im ländlichen Raum.“⁴ Wie wir weiter unten sehen werden, hat sie für ihre pessimistische Einschätzung mehr als gewichtige Belege, die den Kontext von Wahlerfolg und lokaler Verankerung verdeutlichen. Thüringen stellt jedoch insoweit eine Besonderheit im „Superwahljahr 2009“ dar, als hier

eben am 30. August auch noch Landtagswahlen stattfinden und es nicht unwahrscheinlich ist, dass die NPD den Sprung ins Landesparlament schaffen könnte, was dann zweifellos auf die enormen und über weite Strecken professionellen Anstrengungen der Neonazis und ihrer Partei in den zurückliegenden Jahren, ihre starke Mitgliederwerbung und kommunale Präsenz im ganzen Freistaat zurückzuführen wäre. Ob die allfälligen partei-internen Querelen der Rechtsextremen, die diese Modernisierungsprozesse ja auch bundesweit begleiten, ihre Wahlchancen einschränken werden, bleibt abzuwarten.

Die entscheidende Rolle, welche dem kommunalen Aktionsfeld in der Frage beigemessen wird, ob sich eine rechtsextreme Bewegung verstetigen und durchsetzen kann, wird von einigen AutorInnen sehr deutlich erkannt und mit Bezug auf die Spezifik des Ländlichen beschrieben. In einer Analyse der Brandenburgischen Kommunalwahl etwa schreibt Axel Krumrey für die Rosa Luxemburg Stiftung zutreffend: „Das was Mitte der 1990er Jahre als ‚normale‘ subkulturelle ‚Bushaltestellenbewegung‘ in vielen Dörfern galt, die zwar anpolitisiert, aber keineswegs ideologisch gefestigt war, tritt heute als weitestgehend unorganisierte, aber durchaus politisch überzeugte Jugendclique auf, deren Köpfe nicht selten die Schulungsangebote der NPD durchlaufen haben. Eine allgemeine Fremdenfeindlichkeit bildet dabei den Kitt der Szene und bindet auch Alteingesessene Ortsbewohner ein.“⁵ Wie weit der Organisationsgrad der rechtsextremen Szene tatsächlich ist, lässt sich nicht mit Bestimmtheit sagen und doch kann festgehalten werden, dass aus den Nazi-Schlägern der 1990er Jahre inzwischen erwachsene Kader, oft mit eigener Familie und ebenfalls politisch aktiver Partnerin, geworden sind, deren Agieren weit über die betrunkene und für potentielle Opfer u.U. lebensgefährliche Präsenz an Bushaltestelle und Marktplatz hinausgeht und tatsächlich bedeutende Professionalisierungsprozesse durchlaufen hat. Leider ist die geschilderte gefährliche Präsenz gewaltbereiter Neonazis im öffentlichen Raum gerade im ländlichen Raum deswegen nicht verschwunden: Auch hier hat es Nachwuchs gegeben und auch für die erwachsenen NPD- und Kameradschaftsleute gilt, dass ihr Verzicht auf martialisches und gewalttätiges Auftreten nur taktische Gründe hat, die einmal mehr die strategische Ausrichtung jüngerer Formierungsprozesse der Rechtsextremen belegt. Warum aber gelingt es den Rechtsextremen, die in ihrem Gemeinwesen mehr oder weniger offen als Neonazis auftreten, dennoch oft, sich als politische Kraft zu verankern? Ein Grund ist in jedem Falle das, was Krumrey als Kitt und der Berliner Politikwissenschaftler Hajo Funke wie folgt beschreibt: „... [dass] die Wahlerfolge

¹ Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 6, Frankfurt a.M. 2008, S. 270

² Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Nordrhein-Westfalen am 7. Juni

³ BVerfG, Urteil vom 13.02.2008, 2 BvK 1/07 (KWahlIG SH)

⁴ Martina Renner: Aus der Mitte des Dorfes. Zum Beispiel Thüringen: Wie Neonazis die Kommunalpolitik entdeckten, in: Junge Welt vom 14.6.2007, S. 10

⁵ Axel Krumrey: Rotes Brandenburg mit „braunen“ Flecken. Analyse der Kommunalwahlen in Brandenburg 2008, in: standpunkte 22/2008, S. 8

der NPD [...] nicht denkbar sind ohne die Bereitschaft zu fremdenfeindlichen beziehungsweise rechtsextremistischen Einstellungen in mindestens einem Drittel der deutschen Bevölkerung.“⁶ Die Ergebnisse der einschlägigen Studien mit ihren erschreckenden Ergebnissen⁷ sollen hier nicht referiert, sondern nur darauf hingewiesen werden, dass die von Funke, Krumrey und vielen anderen seit einigen Jahren festgestellte Korrespondenz zwischen rechtsextremistischen Erfolgen und Einstellungen bei einer Mehrheit der BürgerInnen dieses Landes wissenschaftlich abgesichert und für den ländlichen Raum besonders signifikant ist.

Warum aber schlagen diese Einstellungsmuster gerade im dörflich-kleinstädtischen Bereich oft so enorm durch? Die AutorInnen Doris Liebscher und Christian Schmidt benennen als das wesentliche Problem und Spezifikum des ländlichen Raums in ihrer verdienstvollen Studie „Grenzen lokaler Demokratie“ das „besondere Näheverhältnis“ auf dem flachen Land, bei dem „die lokale Verankerung der Nazikader als akzeptierte Mitglieder der Gemeinden eine wichtige Rolle [spielt]“.⁸ In diesem Nahraum Dorf / Kleinstadt sind der Konformitätsdruck und die „Selbstverständlichkeit“ bestimmter Denk- und Vorurteilsstrukturen wesentlich bedeutender als in städtischen Umgebungen. Wieder in der Langzeit-Studie „Deutsche Zustände“ finden wir dazu erhellende Hinweise: „In ländlichen Regionen hingegen ist eher von verhaltensbezogenen homogenen Sozialräumen auszugehen, in denen interne Einstellungsunterschiede aufgrund höheren normativen Drucks und Konformität eher verdeckt bleiben. Etwaige Differenzen zeigen sich also eher weniger in öffentlichem Verhalten. Hier besteht die besondere Gefahr der lokalen Monopolsituation einer Gruppe und der undialektischen Bewegungslosigkeit in der ‚Weltauslegung‘ der kommunalen Öffentlichkeit.“⁹ Jeder, der vom Land kommt oder eine Zeit in einem Dorf oder Städtchen gelebt hat,

kann von diesem Phänomen ein Liedchen singen. **10** Mit Bezug auf neonazistische Unterwanderungs- und Normalisierungsstrategien indes ist diese Beobachtung keineswegs harmlos: „Das ist besorgniserregend, zumal gerade in ländlichen Gebieten und in den neuen Bundesländern ein überdurchschnittlich hohes Ausmaß an Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu beobachten ist.“ **11** Die AutorInnen des Essays bestätigen in ihrer Analyse auch die weithin akzeptierte These, dass bestimmte gesellschaftliche Prozesse diesen Effekt u.U. enorm verstärken können, nämlich Abwanderung, soziale Desintegration aus unterschiedlichen Gründen und daraus erwachsende weitere Homogenisierung auch der Ansichten und Einstellungen: „Die [...] These ist, dass mit der Abwanderung ein systematischer Selektionseffekt verbunden ist, der dazu führt, dass in den betroffenen Gemeinden vor allem Menschen zurückbleiben, die [...] anfälliger sind für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. [...] Speisen sich die Alternativen an Bezugspersonen zunehmend lediglich aus menschenfeindlich Eingestellten, werden auch vergleichsweise liberale Individuen zu Normkonformitäten [...] neigen, können sie sich doch eine Ablehnung seitens der Gruppe aufgrund vielfach mangelnder Alternativen kaum leisten.“ **12** Dabei nehmen sie Bezug auf die Ereignisse in der sachsen-anhaltinischen Gemeinde Pretzien, wo Neonazis im Rahmen einer Sonnwendfeier Mitte 2006 zunächst eine US-Flagge und dann das Tagebuch der Anne Frank „den Flammen übergaben“, ohne dass die versammelte Dorfgemeinschaft nebst PDS-Bürgermeister eingriffen noch überhaupt die Ungeheuerlichkeit des Geschehens erkannten. Der bundesweite Skandal zog sich an genau dieser indifferent-homogenen Konformität der Pretziener hoch: „Die Sonnwendfeier in Pretzien muss kein Einzelfall bleiben“, schließen denn auch die AutorInnen wenig zuversichtlich. Es ist also nicht mal notwendig, dass – was Martina Renner für Thüringen beobachtet hat – die als „gesellschaftliche Akteure“ anerkannten NPD-Leute und Kameradschaften „Spitzenkandidaten [...] aus dem kleinbürgerlichen Milieu“ rekrutieren müssen, um ganze Dorfgemeinschaften auf ihre Seite zu ziehen und jede Widerrede zu verunmöglichen. Dennoch sind es aber genau diese wohl situierten Spitzenkandidaten, die für „traumhafte“ Ergebnisse für die Rechtsextremisten sorgen: sie stehen dann auch wie der Juwelier Udo Pastörs aus dem mecklenburg-vorpommerschen Lübbüchen, der (unterdessen verstorbene) Fahrlehrer Uwe Leichsenring im sächsischen Königstein und ein Handwerksmeister im benachbarten Reinhardsdorf-Schöna, der einstige Maschinenschlosser Alfred Zutt und seine Frau, die Altenpflegerin, Doris Zutt, die über zwei Jahrzehnte im hessischen Ehringshausen für die NPD im Stadtrat saßen, oder der DVU-Stadtrat Uwe Bätz-Dölle im thüringischen Lauscha im medialen Fokus.

⁶ Hajo Funke: Welchen Stellenwert hat der kommunale Kontext?, in: Fabian Virchow, Christian Dornbusch (Hrsg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können, Schwalbach 2008, S. 281

⁷ Eine bundesweite repräsentative Studie ist die auf zehn Jahre angelegte des Bielefelder Konfliktforschers Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände, a.a.O.; diese Reihe, die den interessanten Begriff der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (GMF) einführt, ist für Leute, die in die Thematik tiefer einsteigen wollen, unverzichtbar, gut gemacht und mit Hintergrundartikeln lesbar aufgelockert; eine weitere Studie, „Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland“ (Berlin 2006), wurde vom Leipziger Institut für medizinische Psychologie von Prof. Elmar Brähler und Dr. Oliver Decker, erarbeitet und von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegeben; im Verlag Westfälisches Dampfboot erschien eine solche Studie zu „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“, herausgegeben u.a. von den Berliner Politik-Professoren Richard Stöss und Bodo Zeuner; und z.B. für Thüringen erscheint kontinuierlich eine repräsentative Untersuchung, die seit 2000 der Thüringer Landtag bei der Friedrich-Schiller-Universität in Jena in Auftrag gibt: <http://www.thueringen.de/de/politisch/tm/>

⁸ Bündnis 90/Die Grünen (Bundestagsfraktion) (Hg.): Grenzen lokaler Demokratie. Zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Nazis im ländlichen Raum, Berlin 2007, insbesondere S. 61 – 75 u. 128ff

⁹ Martin Petzke, Kerstin Endrikat, Steffen Kühnel: Risikofaktor Konformität. Soziale Gruppenprozesse im kommunalen Kontext, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 5, S. 60

¹⁰ Und es ist schlimm genug, auch ohne die Marx'sche Kategorie der „Idiotie des Landlebens“ zu bemühen

¹¹ Martin Petzke u.a.: Risikofaktor Konformität. Soziale Gruppenprozesse im kommunalen Kontext, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 5, S. 60

¹² Ebenda, S. 63

Beispiel Thüringen

Wenden wir uns ein paar Beispielen zu, die bestimmte Aspekte dieser Analyse erhellen mögen. Die NPD in Thüringen hat sich in den zurückliegenden 6 – 8 Jahren sehr gewandelt und weiterentwickelt: hatte sie 2003 nur 130 Mitglieder stieg diese Zahl bis 2007 auf über 450. Auch wenn die Mitgliederzahl gegenwärtig stagniert oder gar leicht rückläufig ist, bleibt ihre Größe und die rasante Zunahme für ein relativ kleines Bundesland wie Thüringen sehr erschreckend. Die Rechtsextremismus-Expertin Martina Renner hat die Aktivitäten der NPD und ihre „Erfolgsrezepte“ in einem bis dato leider unveröffentlichten Vortrag auf eindruckliche Weise als „Graswurzel-Strategie“ beschrieben.¹³ Folgen wir in einer groben Zusammenfassung ihren verdienstvollen Rechercheergebnissen: Die Akteure der NPD präsentieren sich im kommunalen Alltag als angepasste, respektable Bürger mittelständisch, kleinbürgerlichen Gepräges und versuchen schon äußerlich eine eindeutige Distanz zum Nazischläger herzustellen, mit dem nach wie vor – erschreckend stoisch – bundesweit jeder zweite Artikel über Neonazis bebildert wird. Das beste Beispiel hierfür ist der Landesgeschäftsführer der NPD, Patrick Wieschke. „2000 war Wieschke an einem Anschlag auf einen türkischen Imbiss in Eisenach beteiligt. In der rechtsextremen Szene war er für seine cholesterin- und gewalttätigen Ausfälle berüchtigt. [...] Heute gehört Wieschke zu den strategischen Köpfen im rechtsextremen Lager. Seine Haftzeit hat er für Bildungs- und Schulungsmaßnahmen genutzt. Wieschke ist es, der heute offensiv für die NPD die Etablierung im öffentlichen Raum betreibt. Er sitzt auf der Besuchertribüne des Thüringer Landtages, er reiht sich in den Bürgerprotest gegen die Theaterschließung in Eisenach ein, er diskutiert ungehindert auf einem Forum der Thüringer Landeszeitung zur Frage „Verfassungsfeinden den Geldhahn abdrehen?“. Wieschke ist auch derjenige, der am entschiedensten die Strategie der kommunalen Verankerung vorantreibt.“¹⁴ Und auch wenn Wieschke im Grunde natürlich den Landtag im Blick hat, wirkt sich diese Strategie auch und gerade im ländlichen Raum und kleinstädtischen Kontexten aus, was am Beispiel Thüringen gut sichtbar wird. Ob es sich um Bürgerinitiativen zum Stopp der Salzeinleitung in die Werra handelt, um den Schulnetzplan, Müllverbrennungsanlagen, Moscheebauten, Schwimmbadbau, Erhalt von Kleinbahnhöfen oder um Großmarktansiedlungen, junge, sympathische, einwandfrei gekleidete NPD-Leute sind, wenn nicht an vorderster Front, so doch auf jeden Fall dabei – ob sich nun offen als Neonazi bekennend oder gemäß der Unterwanderungsstrategie klandestin. Auf einmal tauchen solche „interessierten“, „besorgten“ Bürge-

rInnen in Stadtratssitzungen, Bürgersprechstunden, bei Gemeindeversammlungen oder bei der Gründung von Wahlvereinigungen auf und gehen je nach allgemeiner Stimmung gezielt mit der Wortergreifungsstrategie zu Werke, um die Versammlung in ihrem Sinne umzudrehen, zumindest aber zu stören, oder sie schleichen sich als freundliche Nachbarn und MitbürgerInnen ein, in Elternbeiräte, Kindergartenvorstände, Heimat- und Sportvereine, Mittelstandsvereinigungen und Gewerbeverbände, im Kirchenchor oder bei der Freiwilligen Feuerwehr. Sie übernehmen Ehrenämter und organisieren Ferienfreizeiten, Hausaufgabenhilfe, Konzert-Fahrten und Kinderfeste. Sie kommen dabei nie unvorbereitet oder mit leeren Händen, sie haben mehr oder minder offen das Ziel, die Themen und Besorgnisse, den Unmut und politische Aktivität ihrer MitbürgerInnen im Sinne ihrer Politik zu instrumentalisieren, zumindest aber die Profilierung ihrer Leute als normale, zuverlässige, kompetente MitstreiterInnen zu erreichen. Und derartige Unterwanderungsstrategien sind selbstverständlich nicht nur in Thüringen zu beobachten: so musste etwa in Bayern ein Ortsverband des fränkischen Jungbauernverbands ausgeschlossen werden, weil er komplett in Nazi-Hand war; im erwähnten Pretzien beauftragte der Bürgermeister den „Heimat Bund Ostelbien e.V.“ nicht nur mit der Ausrichtung von Dorffesten, sondern auch mit dem Aufbau eines Infozentrums für Radtouristen.¹⁵ Und so kommen wir zurück nach Thüringen, wo in Lauscha dem DVU-Mann Böz-Dölle bei der Bürgermeisterwahl 2006 18 Prozent der BürgerInnen die Stimme gaben. Und das, obwohl der rechtsextreme Stadtrat vor allem auf die örtliche Neonazi-Kameradschaft baut, die eher durch bürgerschaftliches Engagement denn durch lautes Nazi-Gedöns auffallen. Sie gründete den „Verein zur Pflege deutscher Denkmäler in Thüringen“ und kümmert sich um den Erhalt von Wanderhütten, pflanzt Bäume und gibt eine Postille namens „Pappenheimer“ heraus, in der regelmäßig mehrere örtliche Handwerksbetriebe inserieren, obwohl die braune Hetze im Blatt unübersehbar ist. SPD-Bürgermeister und die BürgerInnen Lauschas haben mit all dem offenbar wenig Probleme: sie genehmigten den braunen Kameraden sogar, auf einem Gehweg eine Gedenkplatte anzubringen – gewissermaßen die Parodie eines Stolpersteins – für einen im wahrsten Sinne des Wortes „gefallenen Kameraden“, der vermutlich im Suff aus dem Fenster stürzte und starb. In Lauscha, so könnte man sagen, ist die politische Durchdringung und kommunale Verankerung gelungen.¹⁶

Aber nicht nur in Lauscha und Eisenach sind braune Kameraden mit bürgerlichem Anstrich aktiv. In Gotha organisieren sie eine Bachreinigung, in Geraberg beteiligen sie sich mit Original-Wehrmachts-Uniformen und -gerät an einem Bürgerfest, ohne dass irgendjemand etwas auffällt. Sie geben Regionalzeitungen heraus mit jeweils bis zu 20 000 Exemplaren Aufla-

¹³ Die Rosa-Luxemburg-Stiftung plant für den Herbst 2009 Martina Renners Ergebnisse zum Kern einer Veröffentlichung zu Unterwanderungs- und Normalisierungsstrategien von Neonazis im ländlichen Raum zu machen.

¹⁴ Martina Renner: Aus der Mitte des Dorfes. Zum Beispiel Thüringen: Wie Neonazis die Kommunalpolitik entdeckten, in: Junge Welt vom 14.6.2007, S. 10

¹⁵ Astrid Geisler: Die Jungs, das Dorf und die Schuld, in: tageszeitung vom 8.7.06

¹⁶ Martina Renner, a.a.O.

ge, wie den „Wartburgkreis Boten“, den „Rennsteig Boten“, den „Blickpunkt Vogtland“ oder die Erfurter „Bürgerstimme“. Sie gründen Tarnvereine, die arglose BürgerInnen nicht auf ersten Blick als klebrige Nazi-Vereinigungen erkennen können. Ein besonders rühriger Vereinsmeister ist dabei Kai-Uwe Trinkaus aus Erfurt, der u.a. mit „Schöner Leben in Erfurt e.V.“, „Alleinerziehende in Not e.V.“ und „Pro Kid e.V.“ in Erscheinung getreten ist.¹⁷ „Die kommunale Verankerung schaffen wir nur über Vereine: entweder selbst gründen oder bestehende übernehmen“, so das Credo des nicht unumstrittenen Trinkaus.¹⁸ Die immer besser organisierten Kameradschaften und NPD-Verbände verfügen über fleißige FlugblattverteilerInnen, organisieren im Wahlkampf flächendeckend Infostände und sorgen für eine kontinuierliche öffentliche Präsenz ihres geschulten und „gepflegten“ Personals.

Trotz dieser Fülle zum Teil überaus „erfolgreicher“ rechtsextremer Unterwanderungsversuche nach dem Graswurzelprinzip muss doch vor Alarmismus gewarnt werden: nicht überall, wo die Nazis derartige Taktiken anwenden, geht ihr Plan auch auf. Häufig werden sie rechtzeitig enttarnt und es formiert sich zivilgesellschaftlicher Protest gegen diese dreisten Vereinnahmungsversuche. Auch ist trotz dieser Fülle zu fragen, inwieweit diese Strategie der „kommunalen Verankerung“ tatsächlich flächendeckend und im Sinne der Rechtsextremen erfolgreich Wirkung entfalten kann, zumal das Reservoir an Mitstreiterinnen und Mitstreiter im organisierten Umfeld durchaus begrenzt ist. Und die Frage, die Ex-PDS-MdB Carsten Hübner im Rahmen der Tagung zutreffend formuliert hat muss gestattet sein, ob die Tatsache, dass „uns ausnahmslos jedes NPD-Kinderfest der zurückliegenden Jahre in Deutschland bekannt ist“, nicht den Schluss zulässt, dass es sich um ein übersichtliches Problem handelt, dessen strategische Durchschlagkraft bezweifelt werden darf. Es ist zu vermuten, dass rechtsextreme Unterwanderungsstrategien nur dann funktionieren, wenn sie im Gemeinwesen entsprechenden Widerhall finden. Dass das gerade im ländlichen Raum in durchaus besorgniserregender Weise und immer häufiger geschieht, ist Ausgangspunkt dieser Erörterung gewesen. Und würde sich die Thüringer NPD nicht wirklich Chancen auf einen Einzug in den Landtag ausrechnen, wäre sie nicht derart breit und vielseitig in Aktion getreten, wie das u.a. Martina Renner beschreibt.

Beispiel Bayern

Hier lässt sich zum Schluss vielleicht noch als Gegenbeispiel das Bundesland Bayern anfügen, in dem die Durchdringung des ländlichen Raums durch die NPD nicht stattgefunden hat, jedenfalls nicht annähernd in der Thüringer Dimension. Obwohl in Bayern der bundesweit größte NPD-Landesverband mit über 1000 Mitgliedern und mit Kreisverbänden in allen 96 Landkreisen an den Start geht, fällt sie bei Wahlen – bis auf ein paar wenige Leuchttürme – noch stets durch. Und doch kommen wissenschaftliche Studien und erfahrene Experten nicht zu dem Schluss, dass die Bayern immun sind gegen rechtsextreme Unterwanderungsversuche: im Gegenteil, ein beherzt zu Jugendarbeit und Rekrutierungsoffensiven schreitender Rechtsextremismus fände in Bayern äußerst günstige Bedingungen mit Blick auf Vorurteilsstrukturen, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und rechtsextreme Denkstandards nicht nur bei Jugendlichen vor.¹⁹ Ein weit größeres Problem als der organisierte, zahlenmäßig in Relation zu 12,5 Millionen EinwohnerInnen übersichtliche Neonazismus ist in Bayern die Präsenz rechtsgerichteter Jugendgruppen auf dem Lande, welche nicht parteilich oder in Kameradschaften organisiert sind, jedoch stark rechtsextremes Gedankengut aufweisen und durchaus in der Lage sind, gewalttätig in Aktion zu treten, um sich Räume und Einfluss zu sichern. Diese Tendenz zeichnet sich anhand zahlreicher Beispiele ab (ist aber leider noch nicht systematisch untersucht). Am 23.2.08 etwa grölten auf einer Party in der Nähe des niederbayerischen Regen rund 40 Jugendliche im Alter um die 20 Jahre ausländerfeindliche und Nazi-Parolen. Die Polizei löste das „Fest“ auf und ein Sprecher erklärte: „Nach den jetzigen Erkenntnissen hat keiner der Jugendlichen einen typisch rechtsradikalen Hintergrund.“²⁰ Diese Feststellung trifft den Nagel auf den Kopf: alle derartigen Meldungen und die Hinweise auf eine vor allem in einer „Bauwagen-Subkultur“ rund um mittlere und kleinere Städte in ganz Bayern gepflegte rechtsextreme Jugendkultur mit hoher, alkoholbefuehrter Gewaltbereitschaft lassen die These zu, dass es eine starke rechtsextreme Strömung in der bayerischen Kleinstadt- und Dorfjugend gibt, welche für Rekrutierungsversuche (Musik, Konzerte, CDs, Internet etc.) seitens organisierter Neonazis – wie man in Bayern sagt – „a gmahde Wiesen“ (eine gemähte Wiese) sind. Dieser Befund

¹⁷ Weitere ausgesprochene Nazi-Vereine in Thüringen: Toringi-Verein zur Thüringer Brauchtumpflege e.V., Verein zur Pflege deutscher Denkmäler in Thüringen e.V., , Deutsch-Russische Friedensgesellschaft europäischen Geistes e.V., Bismarckturmverein e.V., Inferno Windisch, Eastfight e.V., SG Germania e.V., Deutscher Jugendbund Hildburghausen e.V.

¹⁸ <http://npd-blog.info/index.php?s=trinkaus>

¹⁹ Der Mitautor der Studie „Vom Rand zur Mitte“ (a.a.O.), Oliver Decker, hat die Erhebungsergebnisse für Bayern aus Anlaß eines Vortrages in der Münchener Seidl-Villa am 24.1.2008 aus der Studie herausgerechnet und kommt zu erschütternden Resultaten: bei fast allen Fragen stellen die Bayern mit ihrer Zustimmung echte Ausreißer im negativen Sinne vom bundesweiten Trend dar. 30 Prozent etwa stimmen der Aussage „Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß“ bei einem Bundesdurchschnitt von 17,8, 55 % stimmen „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ zu bei einem ohnehin schon erschreckenden Bundesdurchschnitt von 39,1 %; der Aussage „Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen“ stimmen in Bayern 19,2 %, im Bund 11,6 % zu usw.

²⁰ Bayerwald-Bote, 28.2.08, Straubinger Tagblatt 28.2.08 (auffällig bleibt indessen, dass der Vorfall erst vier Tage später bekannt wird)

verdeutlicht auf alarmierende Weise, wo das Problem in Bayern, zumal im ländlichen Raum, liegt: Bei den rechtsgerichteten Jugendlichen und jungen Erwachsenen handelt es sich um die „Kinder aus dem Dorf“, die Eltern sind bekannt, es wird versucht das Problem in der Weise zu verschweigen oder zu bagatellisieren, wie wir das zu Anfang beschrieben haben. In einem kleinen Dorf im oberbayerischen Landkreis Rosenheim rief der CSU-Bürgermeister um Hilfe, weil „die Rechten“ den Jugendraum okkupiert hätten. Nachdem er den Jugendraum zunächst geschlossen hatte, sollte der Vorgang im Gemeinderat debattiert werden. Nun erschienen zu der Sitzung nicht nur die Okkupanten in uniformähnlichem Outfit (schwarze Bomberjacken etc.) ohne Schriftzüge – und in ihrem Gefolge: deren empörte Eltern, die ihre Kinder benachteiligt sahen. Es deutet einiges darauf hin, dass es in Bayern, zumal im ländlichen Raum, einen stark rechts tendierenden Mainstream gibt, aus dem Jugendliche agieren, die das rechtsextreme Gedankengut von den Eltern ablauschen, oder – was wiederum ungezählte Anrufe verzweifelter Eltern dokumentieren – die in pubertärer Opposition zum Elternhaus sich der präsenten rechten Szene annähern. Insofern kann davon ausgegangen werden, dass es in Bayern ein großes, „schlummern-des“ Potential für rechtsextreme Formierung gibt. Diese Konstellation wartet im Grunde nur auf einen im Sinne der NPD „magischen Moment“, wo der organisierte Wille der Neonazis mit den negativen Einstellungen bei der Bevölkerungsmehrheit zueinander findet. Vorerst hat die NPD bei den Kommunalwahlen 2008 nicht wirklich punkten können²¹, doch daran kann sich zum Beispiel durch die oben geschilderten sozialen Desintegrationsprozesse im Gefolge der „Krise“ schnell etwas ändern.

Eine Verschlechterung der Stimmung, zumal im ländlichen Raum, kann für die kommenden Jahre eine Angleichung der Verhältnisse in Ost und West weiter vorantreiben: Abwanderung und Desintegration sind schon lange keine ostdeutschen Phänomene mehr und wenn man den anfangs zitierten Essay von Dierk Borstel über eine Gemeinde in Rheinland-Pfalz liest, verliert man diese Illusion schnell.

²¹ Sie konnte über Tarnlisten nur drei Stadtratsmandate in Nürnberg (2) und München erringen; in München sitzt seither der bundesweit bekannte Nazi-Kader Karl Richter für die „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA) in dem ehrwürdigen Gremium

Populismus in Österreich

Sebastian Reinfeldt

Begriffsklärung Rechtsextremismus/ Rechter Populismus

Der Begriff Rechtsextremismus bezeichnet eine ideologische Formation, und zwar als extrem, damit situiert er diese am Rande oder außerhalb des politisch Normalen und Tolerierbaren. Als Elemente des Rechtsextremismus gelten allgemein die Ablehnung pluraler Demokratie, der Hass auf Minderheiten und Fremde, das Führerprinzip und Autoritarismus sowie die positive Bezugnahme auf ‚bestimmte‘ Elemente des Nazismus, besonders dessen Antisemitismus.

Die Diskussion um Rechtsextremismus zieht deshalb in der Regel eine Diskussion über den Linksextremismus nach sich, weil beide Extremismen auf ihre Art in dem ideologischen Setting Extremismus vs. Nicht-Extremismus die Formierung einer politischen Mitte befördern.

Das hat erst einmal wenig mit der Totalitarismustheorie zu tun, sondern ist einem ‚ideologischen Mechanismus‘ der Herausbildung demokratischer Kräfte der Mitte geschuldet, die sich eben gegen Extremismen ab- und zur Wehr setzen. Jenseits der Verfassungsschutz-Taxonomie, nach der bestimmte Gruppierungen mehr oder weniger extremistisch seien, sind in der ideologischen Sphäre – einem der besonderen Kampfplätze der Politik – die Frontlinien nicht immer klar.

Ein Beispiel: Im Vorfeld dieser Konferenz gab es im Internet auf Facebook eine kleine Diskussion um die nationalistischen Strömungen innerhalb der Linken, die momentan – globalisierungskritisch – die nationale Karte militant ausspielen wollen, um gegen das internationale Kapital zu mobilisieren. Dafür werden innerhalb dieser Gruppen auch Bündnisse nach weit rechts hin diskutiert, eine Art neue wehrhafte Volksfront. Ist das nun rechtsextremistisch? Gehören diese Leute (noch) zur Linken?

In einer solchen Situation muss man selbstverständlich Grenzen ziehen, denn Politik (so wie die Kriegsführung) ist wesentlich auch Grenzziehung, und dabei kommt es im Politischen sowohl auf argumentative Stringenz als auch auf die Definitionsmacht an, die aus den politischen Kräfteverhältnissen erwächst. Denn die politische Mitte, die sich gegen die Extremismen wendet, ist eher ein statistischer Wert, und wir beobachten daher nicht nur in Deutschland und Österreich immer wieder, wie rechtsextreme Positionen und Haltungen in die politische Mitte rutschen, wobei sie allerdings – so finde ich – eine Formveränderung durchlaufen. – Doch wäre dies eine andere Geschichte.

Geht es bei Rechtsextremismus also um die Kennzeichnung einer nicht-tolerierbaren politischen Ideologie, so bezeichnet Populismus eine politische Technologie, das sind Mechaniken, Prozeduren, die

von einer Machtformation benutzt werden (Michel Foucault würde hier von einem Dispositiv sprechen), um die fluiden Wählerinnen und Wähler, die sich nicht mehr durch die klassischen ideologischen Formationen erfassen lassen, zumindest zeitweise an eine Partei oder an eine Parteienkonstellation zu binden und somit dieser zur politischen Macht zu verhelfen. Die ideologische Aufladung des Populismus ist kein Bestandteil der politischen Technologie selbst, Populismus wird von rechts entwickelt, aber er kann auch von links in Anschlag gebracht werden.

Die Wahlergebnisse in Österreich seit der Partei-Machtübernahme Jörg Haider – er hat den Vorsitz der FPÖ 1986 übernommen – stellen in aller Dringlichkeit die Frage danach, wie es sich erklären lässt, dass diese Partei samt Jörg Haider Neugründung BZÖ (Bündnis Zukunft Österreich) über Jahre hinweg so erfolgreich gewesen ist – und es bleibt, trotz oder wegen ihrer militanten Anti-Ausländerpolitik. Die Zahlen: 1986: 9,7%; 1990: 16,6%; 1994: 22,5%; 1999: 26,9% – und danach dachten viele, dass sich das Phänomen erledigt hatte, denn 2002 erhielt die FPÖ zwei Jahre nach ihrer Regierungsbeteiligung nunmehr 10% der Stimmen. Doch es ging weiter: 2006: 11% plus 4,1% BZÖ; 2008: FPÖ 17,5% plus BZÖ 10,7%, insgesamt 28,2% – damit hat der rechtspopulistische Block in Summe wieder den Wert von 1999 erreicht, ja er wurde sogar übertroffen.

Wir müssen uns also mit der Frage beschäftigen, wie rechter Populismus funktioniert. Der Fall Österreichs mit rund einem Drittel Wählerunterstützung ist deshalb so einzigartig, weil dessen Wirksamkeit über einen langen Zeitraum hinweg andauert. Somit sind die gängigen Erklärungen wie Protestwahl, kurzzeitiges Phänomen der Politikverdrossenheit etc. hinfällig. Rechter Populismus in Österreich ist ein Bestandteil des dortigen politischen Systems geworden, das er entsprechend verändert hat und weiter verändert. Auf welche Weise arbeitet Populismus also?

Rechter Populismus

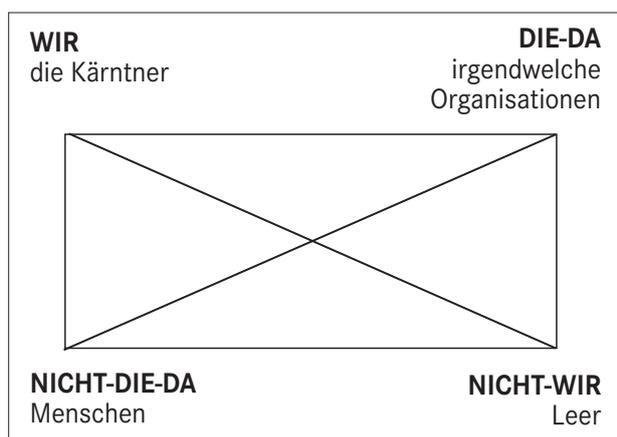
Als Technologie besteht Populismus, solange er aus der parlamentarischen Opposition heraus betrieben wird, aus täglich sich wiederholenden diskursiven Zügen (im Sinne eines Schachspiels, wo eine Seite immer nach dem gleichen Ablauf zieht), diskursive Züge, die im medialen Raum und in der Öffentlichkeit platziert werden, und die im Alltagsdiskurs sich endlos wiederholen. Die Spielfelder des Populismus sind die elektronischen Medien ebenso wie die Printmedien, aber auch Parlamentssitzungen, gesellschaftliche Ereignisse, Bierzelte, Kneipen, ja sogar Beerdigungen und Trauerfeiern.

Diese immer-gleichen diskursiven Züge bedürfen wesentlich eines charismatischen Führers, wie Max Weber und Max Horkheimer ihn nennen würden, eines

Gesichtes, eines Mundes, eines Namens der täglichen medialen Präsenz. Im Falle Österreichs war dies Jörg Haider und ist jetzt H.C. Strache.

„Das soziale Kärnten: Es muss den Menschen besser gehen. Jörg Haider war davon beseelt, dass es allen Menschen gut geht, das es einen Optimismus gibt, das nicht irgendwelche Organisationen zu entscheiden haben, wer Hilfe braucht, sondern Jörg hat am liebsten selbst mit Menschen Kontakt gehabt und gespürt, wo man Hilfe braucht. Das Kinderbetreuungsgeld, der bekannte Kinderscheck – ein Projekt Jörg Haiders, das heute in Österreich nicht mehr weg zu denken ist, das Schulstartgeld, Lehre mit Matura. Unser Landeshauptmann hat gelitten, wenn ein Junger keine Bildungschance hatte, wenn er für eine Lehre mit Matura Geld ausgeben soll, wenn er keinen Lehrplatz hatte, wenn er einfach keinen Optimismus hatte. Das ist etwas, was mich auch mit Jörg Haider sehr verbunden hat, wir sind beide in guten, aber armen Verhältnissen aufgewachsen und das ist auch eine gute Schule und auch in diesen Zeiten wichtig, wo manch Überfluss zu hinterfragen ist. ... Jörg Haider hat ganz besonders auf ältere Menschen immer eine Herzlichkeit, ein Auge geworfen. Das Müttergeld: Das war eine Begegnung einer Frau die ihm in Österreich, in Kärnten erzählt hat, das es ein Sozialsystem gibt, das eine Mutter, die viele Kinder groß gezogen hat, die ihr ganzes Leben gearbeitet hat, nicht einmal eine Pension in Österreich hat. Jörg Haider hat sofort erkannt, wie wichtig das ist und hat sofort auch verstanden ein Projekt zu entwickeln, um auch diesen Menschen Danke zu sagen. Er war ein großer Beschützer der Menschen.“

Dies wurde vom amtierenden (Jörg Haider nachfolgenden) Kärntner Landeshauptmann (das ist die österreichische Bezeichnung für den Ministerpräsidenten) in einer öffentlichen, vom öffentlich-rechtlichen Fernsehen (ORF) live übertragenen Zeremonie anlässlich des Todes von Jörg Haider in Klagenfurt geäußert. Ich will an dieser Stelle keine ausführliche Textexegese betreiben, sondern nur die Dreiviertel des populistischen semiotischen Vierecks erläutern. Es geht hier im Wesentlichen darum, „Subjektpositionen“ zu definieren, wie man in der Diskursanalyse sagt, also um Sender-Empfänger-Plätze, von denen aus wir die Botschaften einordnen können. Diese wären:



WIR - die Kärntner

DIE-DA - irgendwelche Organisationen, das Sozialsystem

NICHT-DIE-DA - Menschen: Junge ohne Lehrstelle, ältere Menschen, Mutter, Leute aus armen Verhältnissen,

Die Wirksamkeit der Person Jörg Haider, sein Charisma, das ihn zum „großen Beschützer der Menschen“ macht, wird durch recht einfache zu erkennende Inklusions- und Exklusionszüge beschrieben. Er bearbeitet die linke Seite des Vierecks, indem er einfache Menschen in eine übergeordnete „Wir-Kategorie“ überführt, durch politische Initiativen, die den Menschen etwas geben, das ihnen zuvor gefehlt hat, wobei dieses ‚etwas‘ ganz unpolitischer Natur ist: „Optimismus finden“, „Herzlichkeit“, „Dank“.

Das Interessante an dieser Passage ist zudem, wie hier reale politische Handlungen (Lehrstellen schaffen, Pensionen, Kinderbetreuungsgeld) vollständig im populistischen Schema interpretiert werden, und dass augenfällig wird, dass es sich bei Populismus keineswegs „nur um Worte“ handeln muss. Populismus an der Macht – und darum handelt es sich im Falle des österreichischen Bundeslandes Kärnten, wo die Haider-Partei die politische Landschaft dominiert und das Land führt – gestaltet ein Gemeinwesen, und rückt dabei die Sozialpolitik in den Mittelpunkt.

Was ist daran eigentlich problematisch? Na ja, die Wortwahl ist etwas simpel, die Rhetorik verbesserungswürdig – aber das alleine wäre ja kein Grund, Wahlergebnisse als etwas Dramatisches zu sehen. In dieser Darstellung anlässlich der Trauerfeier fehlt indessen ein entscheidender Punkt, der die Aggressivität der rechtspopulistischen Propaganda zeigt. Er wurde schlicht verschwiegen. Um diese zu zeigen, werden wir uns nun der FPÖ zuwenden, die seit der Abspaltung von Jörg Haiders BZÖ unter der Führung von H.C. Strache ebenfalls einen strammen Anti-Ausländer-Kurs fährt.

FPÖ: Die soziale Heimatpartei

„Asylbetrug heißt Heimatflug. WIR für EUCH, deshalb FPÖ HC Strache“, das war in Österreich während des letzten Wahlkampfes tausendfach landauf, landab plakatiert. Wenn wir diese Aussagen auf das populistische Viereck übertragen, dann sehen wir die Achse von links oben nach rechts unten, die die scharfe Abgrenzung gegen die Nicht-Wir-Gruppe markiert. Parallel dazu argumentierte die FPÖ – sagen wir mal im bundesdeutschen Kontext – gewerkschaftlich: „Einkommen zum Auskommen.“ Diese Aussage ist auf der Linie des eben erwähnten Haider-Nachrufs, in dem die vom Populismus organisierte Sozialpolitik erläutert wird. Die FPÖ sieht sich als die „soziale Heimatpartei“.

Der Spruch unter dem Schriftzug „Sie sind gegen IHN, weil ER für EUCH ist“ stammt übrigens aus einem

früheren Wahlkampf der FPÖ, damals noch unter Jörg Haider's Führung. Damals war Haider derjenige, der für die kleinen Leute – und so wie diese – spricht; Strache hat dies eins-zu-eins übernommen, und er illustriert damit schlagend das populistische Viereck.

Ich möchte nun noch ein Zitat nennen, in dem die Exklusionsachse „Wir versus Nicht-Wir“ durchlaufen wird. Es stammt aus einem Interview mit H.C. Strache aus dem Wahlkampf im Herbst 2008.

„Die Verantwortung eines österreichischen Politikers ist es, für alle Staatsbürger da zu sein. Und jeder Gast, der zu uns kommt, ist herzlich willkommen, wenn er sich an unsere Gesetze hält, sich in unsere Gesellschaft eingliedert, fleißig arbeitet und Steuern zahlt. Mit solchen Leuten haben wir kein Problem. Sehr wohl ein Problem haben wir aber mit Leuten, die nicht arbeiten wollen, die sich durch unser Sozialsystem angezogen fühlen wie, verzeihen Sie diesen Vergleich, die Motten vom Licht. Das muss abgestellt werden.“

(<http://www.tt.com/tt/home/nationalratswahl2008/story.csp?cid=15874&sid=73&fid=21>)

WIR - alle Staatsbürger

NICHT-DIE-DA - Gäste, die fleißig arbeiten und Steuern zahlen

DIE-DA - Sozialsystem, das Leute die nicht arbeiten wollen, subventioniert

NICHT-WIR - Leute, die nicht arbeiten wollen; Motten

Motten, Sozialschmarotzer, Parasiten – das ist das rhetorische Repertoire, sowohl des verstorbenen Ex-FPÖ-Vorsitzenden Jörg Haider als auch das seines Nachfolgers H.C. Strache, das die Nicht-Gruppe schafft, deren logische Funktion es ist, die obere Frontstellung zu stützen. Um es weniger technisch auszudrücken: Dem rechten Populismus ist die rassistische und klassizistische Ausschließung immanent. Er braucht diesen Ausschluss, um die permanenten Attacken gegen das politische Establishment zu stützen.

Das Spezifische des Falls Österreichs

Um nun den Status und die Wirksamkeit der „Subjektplätze“ zu verstehen, die in den eben dargestellten täglichen Diskurszügen geschaffen und wiederholt werden, müssen wir auf die Besonderheiten der politischen Landschaft Österreichs eingehen.

Im politikwissenschaftlichen Jargon gesprochen handelt es sich dabei um ein stark kooperativ geprägtes politisches System. Dies kommt durch die historisch gewachsene Stellung von zwei großen dominanten Parteien, nämlich der christlich-sozialen ÖVP und der sozialdemokratischen SPÖ, die zumeist gemeinsam die Regierung der Zweiten Republik nach 1945 gebildet haben und momentan bilden, und

durch die vergleichsweise stark ausgeprägte Sozialpartnerschaft. Österreich wird daher gerne als eine besonders stabile Demokratie beschrieben, und dabei werden besonders die beiden eben genannten Faktoren hervorgehoben.

Meine These hingegen ist, dass genau diese beiden stabilen Elemente entscheidende Triebfedern des rechten Populismus sind, und dass dessen Präsenz keineswegs ein Indikator für die Stabilität der österreichischen Demokratie ist. Es handelt sich nämlich nicht nur um mehr oder weniger gut gemachte und erfolgreiche Wahlpropaganda, sondern um Politik, die entlang des hier genannten Schemas organisiert und durchgeführt wird, eine Politik, der jedoch Rassismus im Wortsinne „eingeschrieben“ ist.

Die Adressaten dieser täglich wiederholten diskursiven Operationen werden sich, soweit sie sich angesprochen fühlen, mit den genannten Subjektpositionen identifizieren bzw. gegen-identifizieren. Besonders interessant ist hier die Achse Die-da versus Nicht-die-da. Wer enttäuscht ist vom politischen Establishment, befindet sich in der Position links unten. Damit ist er noch nicht automatisch Parteigänger der Populisten. Er muss „Nach oben“ geholt werden. Das kann aber nur dann funktionieren, wenn es Erfahrungen im und mit dem politischen System gibt, die von den diskursiven Zügen des Populismus aktiviert werden können.

Die kleinen Leute, für die der charismatische Führer andauernd spricht, sind in dem Schema links unten verortet. Das ist die Froschperspektive des Ressentiments, man fühlt sich von denen „Da-oben“, den Politikern der großen Koalition, betrogen und verraten, gleichzeitig beobachtet man regungslos deren Treiben, und wünscht sich „Befreiung“. Diese verspricht der charismatische Führer, indem er nicht nur verspricht, mit dem System zu brechen, sondern auch, dass bessere Zeiten beginnen werden für diejenigen, die dazugehören: für die Anständigen, die Fleißigen, die Tüchtigen, die Österreicher und alle diejenigen, die sich wie diese benehmen.

Zu den Wählerinnen und Wählern des rechten populistischen Blocks gehören proletarische Schichten aus dem Wiener Gemeindebau, enttäuschte Bauern, vom sozialen Abstieg bedrohter Mittelstand, Akademiker, enttäuschte Pensionisten, die jeden Euro umdrehen müssen; die FPÖ wurde insbesondere von Jugendlichen gewählt, die H.C. Strache cool fanden und die wenig optimistisch in die Zukunft sehen.

Wahrscheinlich kann jede Wählerin und jeder Wähler des populistischen Blocks ihre oder seine Geschichte erzählen, wie sie oder er sich betrogen und verraten fühlt, und damit rechtfertigen, warum er dazugehören will. So sagt beispielsweise eine aktuelle Statistik, dass 230.000 Menschen zur Gruppe der working poor gehören, die sich ein Einkommen wünschen, mit dem sie auskommen könnten.

Es ist dabei aber ganz gleich, ob das, was dabei berichtet wird, wahr oder halb erfunden ist, oder nur vom Hörensagen kommt, bedeutend ist, dass das populistische Schema solche Geschichten auslöst und in den täglichen Gesprächen am Arbeitsplatz, beim Einkaufen oder im Freundeskreis zirkulieren lässt.

Wenn aber – und dies war nach dem skandalisierten Regierungseintritt der FPÖ im Jahr 2000 der Fall – die populistische Partei selber an der Macht ist, kann das populistische Schema so nicht mehr greifen. Denn plötzlich gehört man selber zu „Denen-da“. In diesem Fall muss eine neue Gruppe für „Die-da-oben“ gefunden und populistisch verankert werden. Etwa die EU-Bürokraten in Brüssel, das Finanzkapital, verantwortungslose Manager, und in diesem Fall rechts unten, unter „Nicht-Wir“, die Spekulanten.

Aber rechter Populismus an der Macht wurde in der Ära seiner Regierungsbeteiligung nicht zivilisiert, wie viele gemeint haben, und er verschwindet auch nicht von der politischen Landkarte. Vielmehr etabliert er ein denunziatorisches politisches Klima, befestigt einen starken Sicherheitsstaat, optiert für autoritative Demokratie, und ist andauernd damit beschäftigt, Personengruppen ein- und auszuschließen, rhetorisch und mittels administrativer und gesetzlicher Regelungen.

Nicht zu vergessen: In den 90er Jahren meinte Jörg Haider einmal, ihm sei egal, welche Person in Österreich Innenminister sei, da dieser in der Ausländer- und Asylpolitik sowieso das machen müsse, was die FPÖ fordert.

Mit dem Beginn der neuen Ära großer Koalitionen 2006 und jetzt 2008 funktioniert der rechte Populismus allerdings wieder reibungslos. Denn zu den Besonderheiten des österreichischen Systems zählt auch der Umstand, dass es keine Opposition von links gibt, die sich ebenso systematisch und in täglichen diskursiven Zügen mit dem rechten Populismus auseinandersetzt.

Im Gegenteil: Die SPÖ hat mittlerweile ihre Strategie gewechselt. Hatte sie in den 90er Jahren erfolglos versucht, die potentiellen Wähler der FPÖ von der Stimmabgabe abzubringen (also politisch zu neutralisieren), so versucht sie diese jetzt mit Angeboten wieder an sich zu binden. In Zusammenarbeit mit der größten Boulevardzeitung „Krone“ tritt sie plötzlich für Volksabstimmungen bei zukünftigen EU-Vertragsänderungen ein; auf Landesebene wird eine Zusammenarbeit mit der FPÖ mittlerweile nicht mehr ausgeschlossen. Auf lange Sicht hin kann ich mir eine Kooperation, in welcher Form auch immer, zwischen der SPÖ und dem populistischen Block durchaus vorstellen.

Zu erwähnen ist hier noch der dritte Nationalratspräsident Martin Graf, der von der FPÖ nominiert wurde und von einer Parlamentsmehrheit aus ÖVP und SPÖ ins Amt gewählt worden war: Graf ist rechter Bur-schenschaftler, aus einer schlagenden Verbindung, seine Mitarbeiter bestellen T-Shirts und Lektüre bei

einem bekannten Neonazi-Buchversand. Er wurde auch mit SPÖ-Stimmen gewählt und wird von der SPÖ weiterhin im Amt gehalten.

Ausblick: Fallstricke des Linkspopulismus

Historisch gesehen war Populismus eher links einzuordnen, er wurde als Ausdrucksform für politische Bewegungen entwickelt, etwa der us-amerikanischen Farmer, oder auch des lateinamerikanischen Populismus, mit dem sich in den 1960er Jahren eine neue Elite inthronisiert hatte. Letzterer brachte nicht nur einen nationalen Befreiungsdiskurs, sondern auch eine Reihe wichtiger, populärer Reformen. Dazu gehörten Landreformen, die Einführung von Arbeitsgesetzgebungen, die Preissubventionierung von Gütern des täglichen Bedarfs, die Verstaatlichung von ausländischen Unternehmen und später auch von Banken, der Aufbau von Staatsbetrieben sowie von öffentlichen Bildungs- und Gesundheitssystemen.

Eine interessante Problemstellung ist nun aber die Frage nach dem zeitgenössischen Linkspopulismus. Dafür könnte die Partei „Die Linke“ als ein Beispiel angesehen werden.

Sie fängt den sozialen Protest in Deutschland auf, indem sie die oben genannten populistischen Techniken und Diskurse einsetzt. Dabei wird ganz allgemein gesprochen, beispielsweise beim Thema Hartz IV, eine generelle Frontstellung zur etablierten Politik begründet. So lange die anderen Parteien „des Verfassungsbogens“ die Linke aus dem Pool koalitionsfähiger Parteien ausschließen, können die politischen Köpfe Oskar Lafontaine und Gregor Gysi erfolgreich mit populistischen Diskursen spielen – und diese auch verkörpern. Im Sinne des eingangs entwickelten Vergleichs mit einem Schachspiel wäre dies eine erfolgversprechende Oppositionstaktik.

Doch kann eine linke Partei nur um den Preis der Selbstaufgabe das komplette Viereck durchlaufen. Sie können nur mit Versatzstücken spielen, so lautet meine Arbeitshypothese. Denn es besteht eine ideologische Grenze, die es einer linken Partei nicht ohne weiteres erlaubt, mit rassistischen Argumenten eine Exklusionsachse gegen die Nicht-wir-Gruppe zu begründen.

Die Äußerung Oskar Lafontaines während einer Kundgebung in Chemnitz im Jahr 2005 ist dabei als eine Art Versuchsballon zu interpretieren, um zu testen, wie weit der komplette populistische Diskurs adaptiert werden kann. „Der Staat ist verpflichtet, seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Er ist verpflichtet zu verhindern, dass Familienväter und -frauen arbeitslos werden, weil Fremdarbeiter zu niedrigen Löhnen ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen.“ (http://de.wikiquote.org/wiki/Oskar_Lafontaine)

„Wir“, das sind in diesem kleinen Redeausschnitt die „Familienväter und -frauen“, die in einer strikten Ausschließung zu den „Fremdarbeitern“ stehen, die im Wortsinne nicht dazu gehören: Nicht-Wir also.

Nach dem heftigen Widerspruch gegen diesen Versuch wurde diese Exklusionsachse weitgehend nicht mehr in Anschlag gebracht. Es wäre ein lohnenswerter Gegenstand weiterer Untersuchungen, was das für die Funktionsweise eines linken Populismus bedeutet. So ist dabei beispielsweise der Frage nachzugehen, welche Funktion hier die Debatte um verantwortungslose Manager, Heuschrecken und Spekulanten haben könnte.

Bislang ist festzustellen, dass linker Populismus, im Unterschied zur rechten Variante in Österreich, kein fest geformter politischer Faktor ist, sondern eher ein politisch-strategisches Experimentierfeld.

Literaturangabe

Sebastian Reinfeldt, Nicht-Wir und Die-da.
Studien zum rechten Populismus, Wien 2000

Rechtliche Mittel für die politische Auseinandersetzung mit rechtsextremen Strategien

Bianca Klose



Sich der politischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus zu stellen, heißt nicht, auf juristische Mittel zu verzichten. Angesichts einer gezielten rechtsextremen Wortergreifungs- und raumgreifenden Normalisierungsstrategie gehört zur gelebten Demokratie auch ihre Verteidigung mit den Mitteln des Rechts.

Deshalb ist es wichtig, die bestehenden – wenn auch begrenzten – juristischen Möglichkeiten zu kennen und anzuwenden.

Anhand von konkreten Handlungsempfehlungen im Umgang mit Rechtsextremismus sollte der Workshop Problembewusstsein schärfen, politische Handlungsspielräume sichtbar machen, aber auch helfen, die juristische Auseinandersetzung auf das Mögliche und Notwendige zu beschränken.

Insbesondere wurde im Rahmen des Workshops die neue Handreichung der MBR „Handlungs-Räume - Umgang mit rechtsextremen Anmietungsversuchen von öffentlich-rechtlichen Veranstaltungsräumen“ präsentiert. Gerade im „Superwahljahr“ 2009 (mit zahlreichen Kommunal- und Landtagswahlen, der Europa- und der Bundestagswahl) werden auch die Rechtsextremen von NPD bis DVU verstärkt versuchen, auf sich aufmerksam zu machen und sich mit zahlreichen Veranstaltungen in öffentlichen Räumen der Bevölkerung als vermeintlich „normale“ und damit wählbare Parteien zu präsentieren. Angesichts raumgreifender Normalisierungsstrategien der Rechtsextremen sehen sich Entscheidungsträger/innen in Bezirken und Kommunen immer häufiger mit entsprechenden Raumanfragen konfrontiert.

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) hat daher eine Handreichung erstellt, die kommunale Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft in ihrem politischen und rechtlichen Handeln gegen Rechtsextremismus – und speziell im Umgang mit rechtsextremen Anmietungsversuchen – unterstützen soll.

Die Kommunen sind längst zum Schauplatz des Kampfes der Rechtsextremen um gesellschaftlichen Anschluss geworden. Daher kommt ihnen eine Schlüsselrolle bei der Verhinderung raumgreifender Normalisierungsstrategien zu. Die Chancen einer erfolgreichen und dauerhaften Abwehr rechtsextremer Nutzungsansprüche liegen in einer kontinuierlichen

Arbeit gegen Rechtsextremismus und in einer gelebten Demokratie und ihre Verteidigung auch mit den Mitteln des Rechts.

Im Rahmen des Workshops konnte nur ausschnitthaft die 60-seitige Broschüre vorgestellt werden. Diese fasst den derzeitigen Stand der bundesweiten Rechtsprechung zur Abwehr rechtsextremer Nutzungsansprüche im öffentlich-rechtlichen Bereich zusammen. Sie gibt einen Überblick über die grundlegenden rechtlichen Rahmenbedingungen, erklärt relevante Grundbegriffe und enthält zahlreiche Beispiele und Urteile der letzten Jahre. Im Jahr 2007 wurde, wie in kaum einem Jahr zuvor, eine Vielzahl von relevanten Urteilen gesprochen, die hier erstmals für die interessierte Öffentlichkeit zusammengestellt werden.

Praxisnah erläutert die Handreichung Optionen, wie eine zeitweise oder grundsätzliche Abwehr von rechtsextremen Nutzungsversuchen begründet werden kann.

Insgesamt liegt der Fokus der Handreichung auf öffentlichen Einrichtungen. Aber auch hinsichtlich privatrechtlicher Anwendungsbereiche kommt der Muster-Raumnutzungsvertrag der MBR als Handlungsgrundlage in Betracht. Dieser ist neben den wichtigsten, in der Handreichung benutzten Gesetzestexten, im Anhang enthalten.

Erstmals wurde der Muster-Raumnutzungsvertrag am 18. August 2008 in Treptow-Köpenick der NPD vorgelegt und von dieser unterschrieben. Auch das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf hat der NPD anlässlich des in Räumen des Bezirks geplanten Landesparteitages am 14. März 2009 einen Mietvertrag mit Passagen des Muster-Raumnutzungsvertrages der MBR vorgelegt. Nachdem die NPD die Unterzeichnung des Mietvertrages nur unter Vorbehalt leistete, wurden die Räumlichkeiten anderweitig vergeben – das Berliner Verwaltungsgericht wies den Eilantrag der NPD auf Überlassung der bezirklichen Räume ab (Beschluss vom 13. März 2009 Berliner VG 2 L 32.09). Besonders umfangreiche Erfahrungen mit dem Einsatz des Vertrages konnten beim Bundesparteitag der NPD am 4. und 5. April 2009 gesammelt werden: Nachdem die grundsätzliche Abwehr der Nutzung von Räumen im Rathaus nicht gelungen war, hatte das Bezirksamt Reinickendorf durch den Einsatz des Vertrages die Nutzungsbedingungen für die NPD stark eingeschränkt und somit die Hürden für eine ordentliche Vertragserfüllung relativ hoch gesetzt.

Selbstverständlich ersetzt die Handreichung oder der Workshop keine Rechtsberatung. Es kann jedoch durch die umfangreiche Recherche und Materialaufbereitung fachliches Handeln unterstützt und somit ein Beitrag zum Ausloten politischer und rechtlicher Gestaltungsräume geleistet werden.

Ziel der Handreichung sowie des Workshops ist es, das Problembewusstsein zu schärfen und Handlungsräume zu eröffnen. Die enthaltenen Beispiele für couragiertes kommunales Handeln sollen dazu ermutigen, neue Schritte zu gehen und einen demokratischen Praxisraum zu geben. Denn letztlich ist und bleibt Rechtsextremismus ein politisches Problem, welches nicht allein juristisch gelöst werden kann, sondern stets die politische Auseinandersetzung erfordert.

Die Handreichung, der Muster-Raumnutzungsvertrag sowie weiterführende fachliche Beratung (im Berliner Raum) kann bei der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) angefordert werden:

MBR, Chausseestraße 29, 10115 Berlin,
Telefon: 030 - 24 04 54 30, info@mbr-berlin.de,
Bianca Klose - Projektleiterin MBR

Starker Staat gegen Nazis? Was bringen Verbote?

Martina Renner

Verbote von rechtsextremen Organisationen nach 1951

- Es lassen sich drei Verbotphasen unterscheiden:
- A.) Verbote von nationalsozialistischen Nachfolgeorganisationen und Sammelbecken von NS-Funktionären (1951-1969)
- B.) Verbote von provokanten/militanten neofaschistischen Organisationen (1980-1995)
- C.) Verbot von Kameradschaften/gewalttätigen rechtsextremen Gruppen (1995-2008)

Starker Staat gegen Nazis? Was bringen Verbote?
Gemeinsam gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus -
Für Demokratie, Vielfalt und Toleranz - 24. und 25. Januar 2009

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

In Deutschland bundesweit verbotene rechtsextreme/neofaschistische Organisationen 1951-

53

- 1951 Bund junger Deutscher
- 1951 Deutsche Sozialistische Partei (DSP)
- 1952 Bund für Wahrheit und Rechte
- 1952 Deutsche Arbeiterpartei (DAP)
- 1952 Unpolitische Interessensgemeinschaft (UIG)
- 1952 Vereinigung ehemaliger Internierter in Moosburg
- 1952 **Sozialistische Reichspartei (SRP)**
- 1952 Deutscher Arbeiter-Verband (DAV)
- 1953 Bund Deutscher Jugend
- 1953 Technischer Dienst
- 1953 Diskussionskreis der ehemaligen SS
- 1953 Nationale Sammlungsbewegung (NSB)
- 1953 Arbeitsgemeinschaft Nation Europa
- 1953 Deutsche Gemeinschaft (DG)
- 1953 Freikorps Deutschland
- 1953 Sozialistische Jugend Europas
- 1953 Vereinigung freier unabhängiger Deutscher
- 1953 Europäische Verbindungsstelle (EVS)

Starker Staat gegen Nazis? Was bringen Verbote?
Gemeinsam gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus -
Für Demokratie, Vielfalt und Toleranz - 24. und 25. Januar 2009

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

In Deutschland bundesweit verbotene rechtsextreme/neofaschistische Organisationen 1956-69

- 1956 Vereinigung ehemaliger Angehöriger des SS-Kavallerie-Korps in Bad Wildungen
- 1956 Bund Deutscher Nationalsozialisten (BDNS)
- 1956 Bund für Deutschlands Erneuerung
- 1956 Arbeitsgemeinschaft nie vergessene Heimat
- 1956 Gründungsausschuss der „Deutschen Gemeinschaft“
- 1957 Reichsjugend
- 1959 Bundesverband der ehemaligen Internierten und Entnazifizierungsgeschädigten e.V. (BIE)
- 1959 Soziales Hilfswerk für Zivilinternierte e.V. (SHW)
- 1960 Bund Nationaler Studenten (BNS)
- 1960 Nationaljugend Deutschlands (NJD)
- 1962 Bund Vaterländischer Jugend (BVJ)
- 1966 Stahlhelm e.V.
- 1966 Vereinigung der ehemaligen SS-Division „Nordland“
- 1969 Bund Deutscher Nationalsozialisten (BDNS)

Starker Staat gegen Nazis? Was bringen Verbote?
Gemeinsam gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus -
Für Demokratie, Vielfalt und Toleranz - 24. und 25. Januar 2009

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

In Deutschland bundesweit verbotene rechtsextreme/neofaschistische Organisationen 1959-95

- 1980 Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG)
- 1982 Volksozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit (VSBD/PdA)
- 1983 Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA)
- 1983 Wehrsportgruppe Wolfspack/Sturm 12
- 1983 Freundeskreis Deutsche Politik (FK)
- 1983 Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA)
- 1984 Unabhängiger Wählerkreis Würzburg (UWK)
- 1989 Nationale Sammlung (NS)
- 1992 Nationalistische Front (NF)
- 1992 Deutsche Alternative (DA)
- 1992 Nationale Offensive (NO)
- 1992 Deutscher Kameradschaftsbund Wilhelmshaven (DKB)
- 1993 Heimattreue Vereinigung Deutschlands (HVD)
- 1993 Nationaler Block (NB)
- 1993 Freundeskreis Freiheit für Deutschland (FFD)
- 1994 Wiking-Jugend (WJ)
- 1995 **Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)**
- 1995 Nationale Liste (NL)

Starker Staat gegen Nazis? Was bringen Verbote?
Gemeinsam gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus -
Für Demokratie, Vielfalt und Toleranz - 24. und 25. Januar 2009

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

In Deutschland bundesweit verbotene rechtsextreme/neofaschistische Organisationen 1995-2008

- 1995 Direkte Aktion Mitteldeutschland (JF)
- 1996 Skinheads Allgäu e.V.
- 1997 Kameradschaft Oberhavel
- 1998 Heide-Heim e.V. bzw. Heideheim e.V.
- 2000 Hamburger Sturm
- 2000 Blood & Honour Division Deutschland (B&H)
- 2001 **Skinheads Sächsische Schweiz (SSS)**
- 2003 Bündnis nationaler Sozialisten für Lübeck
- 2005 Alternative Strausberger DArt-, Piercing und Tattoo-Offensive (ANSDAPO)
- 2005 Kameradschaft Hauptvolk
- 2006 Kameradschaft Tor
- 2006 Berliner Alternative Südost (BASO)
- 2006 Fränkische Aktionsfront
- 2006 Schutzbund Deutschland
- 2007 Sturm 34
- 2008 Blue White Street Elite
- 2008 Collegium Humanum (CH)
- 2008 Verein zur Rehabilitierung der wg. Bestreitens des Holocaust Verfolgten (VRBHV)

Starker Staat gegen Nazis? Was bringen Verbote?
Gemeinsam gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus -
Für Demokratie, Vielfalt und Toleranz - 24. und 25. Januar 2009

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Rechtliche Grundlagen

- **Verbot nach Art. 9 Abs. 2 GG**
Vereinigungen, deren Zweck oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
- **Verbot nach Art. 21 Abs. 2 GG**
Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht.
- **Verbot nach § 3 Abs. 4 Vereinsgesetz**
Ein Verein darf erst dann als verboten (Artikel 9 Abs. 2 des Grundgesetzes) behandelt werden, wenn durch Verfügung der Verbotsbehörde festgestellt ist, daß seine Zwecke oder seine Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder daß er sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richtet (...).
- **Verbot nach §129 StGB**
Wer eine Vereinigung gründet, deren Zwecke oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, Straftaten zu begehen, oder wer sich an einer solchen Vereinigung als Mitglied beteiligt, für sie um Mitglieder oder Unterstützer wirbt oder sie unterstützt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

Starker Staat gegen Nazis? Was bringen Verbote?
Gemeinsam gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus -
Für Demokratie, Vielfalt und Toleranz - 24. und 25. Januar 2009

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Verbot SRP

- Aberkennung aller Mandate soll durch Übertritte zu CDU/FDP unterlaufen werden
- Nur 37% der Bevölkerung befürworten Verbot
- Wiederbelebungsversuche scheitern
- 1969 besteht ein Viertel des NPD-BV aus ehemaligen SRPlern
- Ohne SRP-Verbot kein KPD-Verbot und umgekehrt

Starker Staat gegen Nazis? Was bringen Verbote?
Gemeinsam gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus -
Für Demokratie, Vielfalt und Toleranz - 24. und 25. Januar 2009

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Verbot FAP

- 1984 Übertritte aus verbotener ANS/NA
- Breite Sammlungsorganisation (1000 Mitglieder)
- 1995 Verbot
- Seit 1993 Überführung in andere Organisationen (NPD, Kameradschaften)
- Zahlreiche Kader noch heute aktiv (Siegfried Borchardt, Thorsten Heise, Jürgen Rieger)

Starker Staat gegen Nazis? Was bringen Verbote?
Gemeinsam gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus -
Für Demokratie, Vielfalt und Toleranz - 24. und 25. Januar 2009

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Verbot Skinheads Sächsische Schweiz

- Von ehemaligen Mitgliedern der verbotenen Wiking-Jugend 1997 gegründet
- größte Kameradschaft (100-120 Mitglieder)
- Enge Kontakte zur NPD
- 2001 Verbot und zahlreiche Anklagen
- Verfahren erwiesen sich durch V-Mann-Problematik als schwierig
- Zahlreiche Weiterführungsversuche

Starker Staat gegen Nazis? Was bringen Verbote?
Gemeinsam gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus -
Für Demokratie, Vielfalt und Toleranz - 24. und 25. Januar 2009

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Sonderfall Verbot nach §129 StgB

Gegen die Mitglieder der Naziband ‚Landser‘ wurde 2003 ein Verfahren nach §129 zur Anklage gebracht. Das Gericht stellte in seiner Urteilsbegründung fest, dass die Musiker mit ihren in der Zeit von 1993 bis 2001 produzierten CDs Hass und Gewalt gegen Ausländer, Juden und anders Denkende geschürt habe. Die Bandmitglieder wurden nach §129 zu einer Haftstrafe verurteilt. Zudem wurden ihnen im Urteil Volksverhetzung, rechtsextreme Propaganda und eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zur Last gelegt. Mit einer Verurteilung nach §129 geht gleichzeitig das Verbot der Organisation einher.



Sänger Michael Regener vor Gericht

Starker Staat gegen Nazis? Was bringen Verbote?
Gemeinsam gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus -
Für Demokratie, Vielfalt und Toleranz - 24. und 25. Januar 2009

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Anlässe und Hintergründe

- SRP: Wahlerfolge/ausländische Kritik
- NO/NF/DA: Brandanschlag von Mölln
- Kameradschaft Tor/BASO: Bedrohung eines Polizeidirektors in Berlin
- Collegium Humanum: Reaktion auf Forderung von LINKE und Bündnis90/Grünen nach Verbot

Starker Staat gegen Nazis? Was bringen Verbote?
Gemeinsam gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus -
Für Demokratie, Vielfalt und Toleranz - 24. und 25. Januar 2009

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Kontinuitäten

SRP
VSBD/PdA
FAP

Friedhelm Busse



26.7.2008 Passau

Starker Staat gegen Nazis? Was bringen Verbote?
Gemeinsam gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus -
Für Demokratie, Vielfalt und Toleranz - 24. und 25. Januar 2009

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Argumente für Parteiverbot: Beispiel NPD



Warum ein Verbot der NPD nötig und möglich ist:

- Die NPD ist gefährlich
- Verbrechen sind nicht erlaubt, auch keine politisch motivierten
- Der Parteienstatus ist für NPD entscheidend
- Ein Verbot der NPD fördert den Ausbau der Demokratie
- Ein zweiter Anlauf für ein Verbotsverfahren ist juristisch möglich
- Eine gesellschaftliche Mehrheit für ein Verbot der NPD ist möglich
- (Kampagne der VVN-BdA, www.nonpd.de)

Starker Staat gegen Nazis? Was bringen Verbote?
Gemeinsam gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus -
Für Demokratie, Vielfalt und Toleranz - 24. und 25. Januar 2009



Argumente für Verbote Beispiel HDJ

- Größte und wichtigste Nachwuchs- und Rekrutierungsorganisation
- Kindererziehung und –drill im Geiste des Nationalsozialismus
- Steht in der Tradition der verbotenen Wiking-Jugend
- HDJ verachtet die Rechtsordnung der Bundesrepublik und propagiert kämpferische Beseitigung der Demokratie

Starker Staat gegen Nazis? Was bringen Verbote?
Gemeinsam gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus -
Für Demokratie, Vielfalt und Toleranz - 24. und 25. Januar 2009



Generelle Kritik an Verboten

- **„Die ‚entlastende‘ Delegation des gesellschaftlichen Problems Neonazismus an den Staat kommt einer gesellschaftlichen Verdrängung gleich; sie behindert eine radikale politische Auseinandersetzung und eine engagierte Gegenwehr der Bürger und Bürgerinnen selbst; sondern ich sehe auch die Gefahr, dass der Rechtsruck, den wir in der Gesellschaft verzeichnen müssen, auf staatlicher Ebene ergänzt, verstärkt und verfestigt wird: Denn der starke und autoritäre Staat mit seiner ‚law-and-order‘-Ideologie steht seinerseits rechts und ist eine der größten Gefahren für die Demokratie eines Landes – vor allem wenn es Deutschland heißt.“**
(R. Gössner, Mythos Sicherheit, Baden-Baden 1995)
- **Verbote treffen die Struktur, aber nur eingeschränkt die Anhänger. Ein Teil der Mitglieder zieht sich zurück, ein anderer organisiert sich neu. Verbote verhindern keine rechtsextremen Straf-/Gewalttaten.**

Starker Staat gegen Nazis? Was bringen Verbote?
Gemeinsam gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus -
Für Demokratie, Vielfalt und Toleranz - 24. und 25. Januar 2009



Kritik an Parteiverboten nach Art. 21 GG

- **„In einem sekulären neutralen Staat darf es keine freiheitlich demokratische Staatsreligion geben: der demokratische Verfassungsstaat kennt keine ‚falschen‘ politischen Meinungen und Ziele.“**
(H.Meier, Parteiverbot und demokratische Republik, Baden-Baden 1983)
- **„Für den Begriff der formalen Parteienlegalität bedeutet dies, dass es keine Zielsetzung gibt, die nicht Gegenstand von Parteipolitik werden könnte. Verfassungswidrige Ziele, wie sie derzeit mit dem Parteiverbot nach Art 21 Abs. 2 statuiert werden, sind mit einem radikaldemokratischen Konzept formaler Legalität unvereinbar. Jedwede Parteipropaganda steht demnach unter dem vollen Schutz der verfassungsrechtlichen Garantien, - solange (...) keine illegalen, das heißt gewaltsamen Mittel zum Einsatz kommen“.**
(H.Meier, Parteiverbot und demokratische Republik, Baden-Baden 1983)
- Problem: **„Man kennt aber Meinungen, die keine solchen sind, vielmehr Vorbereitungen zur Mordveranstaltung großen Stils.“** (Jean Améry 1971)
- **Lösungsvorschlag:** Antinazistische Klausel in das GG, damit entfielen das Parteienprivileg, Verfahren nach Art. 21 GG wären überflüssig, Verbote müssten sich nicht auf die Staatsschutzdoktrin der FDGO stützen.

Starker Staat gegen Nazis? Was bringen Verbote?
Gemeinsam gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus -
Für Demokratie, Vielfalt und Toleranz - 24. und 25. Januar 2009

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

